

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich, 28 Pf. frei ins Haus, Einzelnnummer 5 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die tschechopolnische Kolonisations- oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 29. September 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die sozialistische Bewegung in Spanien.

Madrid, 24. September 1906.

Das langsame Tempo der industriellen Entwicklung Spaniens, der konservative und wenig unternehmungslustige Charakter seiner Bourgeoisie, die ständige Arbeitslosigkeit, der schändliche Analphabetismus — all das sind Ursachen, aus denen der Entfaltung der Arbeiterpartei, zumal der gewerkschaftlichen Organisation, ungeheure Schwierigkeiten erwachsen.

Man vergegenwärtige sich nur einmal, in welcher Armut das spanische Proletariat dahinsiebt. Viele Arbeiter beider Kastilien, besonders solche aus der Landschaft La Mancha, die sehr wenig verdienen und obendrein nicht einmal das ganze Jahr Arbeit haben, gehen zu gewissen Zeiten ins nördliche Minenbecken, um dort Arbeit zu suchen. Andere — z. B. die Arbeiter Galiciens — verbringen einen großen Teil des Sommers fern der Heimat: in Kastilien, in Aragonien oder sonstwo. Da verdienen sie Geld mit Erntearbeiten. Wieder andere — die Proletarier Andalusiens — sehen sich genötigt, auf der Suche nach Arbeit zuweilen das ganze Land zu durchstreifen.

Um nur eine ungefähre Vorstellung von der schrecklichen Arbeitslosigkeit in Spanien zu haben, braucht man sich bloß zu vergegenwärtigen, daß augenblicklich 50 Proz. der Landarbeiter und 60 Proz. der Bauarbeiter beschäftigungslos sind. Und um die Bedeutung der Auswanderung in ihrem vollen Umfange zu ermessen, braucht man bloß zu berücksichtigen, daß im Jahre 1904 nicht weniger als 15 000 Arbeiter vom Hafen zu Vigo, 28 000 vom Hafen La Coruna und 12 000 Arbeiter von anderen Häfen abgefahren sind! Man muß — wie gesagt — diese Tatsachen kennen, um den Mitglieder-schwund unserer Gewerkschaften (von dem weiter unten noch die Rede sein wird) zu begreifen.

Durch den unauhörlichen Ortswechsel sowie durch die ständige Auswanderung nach Amerika erklärt sich von selbst, daß viele unserer Arbeiterorganisationen ihr siches Leben mühselig dahinschieben oder, kaum daß sie ins Leben gerufen sind, schon wieder dahinsinken. Besonders häufig ist diese Erscheinung in den Ebenen Kastiliens, wo die Landarbeiter seit einiger Zeit begonnen haben zu agitieren und sich zu organisieren.

Aber ungeachtet all der ungeheuerlichen Schwierigkeiten gewinnt die sozialistische und die gewerkschaftliche Propaganda allenthalben Terrain und die Lebenskraft unserer Partei zeigt sich bei jeder Gelegenheit. Ihren Kampf hat die Sozialdemokratie Spaniens nun aber nicht nur gegen die eigentliche Bourgeoisie zu führen, sondern auch gegen andere Elemente, die — obwohl dem Anschein nach fortschrittlich und revolutionär — doch nichts anderes sind als wertvolle Hilfspolizei der Bourgeoisie. Wir meinen damit die anarchistischen und die bürgerlich-republikanischen Elemente.

Bei einem durchgehends unwissenden, zum Teil durch Ueberarbeitung verblödeten und abgepumften, zumeist noch unter unsäglichem Elend schmachenden Proletariat schlagen die einseitigen Vorstellungen des Anarchismus nur zu leicht Wurzel, und man kann es nicht leugnen, daß die Anarchisten bei einem Teile des spanischen Proletariats sich eines gewissen Einflusses erfreuen. Da er jedoch keine Organisation oder richtiger: da er eine chaotische Organisation besitzt, da seine Presse platt und ungeschickt ist und da er in der letzten Zeit eine ganze Reihe Schläppen erlitten (es sei nur an die beiden großen Streiks von Barcelona und von La Coruna erinnert), so hat der spanische Anarchismus nicht mehr den Einfluß wie früher und erfährt er nur noch eine geringe Minorität unserer Arbeiterschaft. Dabei muß natürlich der Umstand im Auge behalten werden, daß trotz alledem der Anarchismus in Spanien noch immer eine Gefahr für den Fortschritt der Arbeiterbewegung bedeutet.

Etwas ernster — im Augenblick wenigstens — ist die republikanische Gefahr. Die republikanische Partei bedient sich des Vorwandes, „die bürgerliche Republik werde für die spanischen Arbeiter alles tun, was die Regierungen der am weitesten vorgeschrittenen Länder getan haben“. Sie verkündet, daß die Erklärung zur Republik den ersten — notwendigen und unerläßlichen — Schritt zur Befreiung des Proletariats bedeute. Sie verkündet, daß diese Republik unverzüglich, nächste Woche, allerhöchstens in einem Jahre verkündet werden soll. So zieht die republikanische Partei, obwohl sie aus Mitgliedern besteht, die ganz verschiedene und einander entgegengesetzte Ziele verfolgen, und obwohl sie sich als militärisch erklärt und kein bestimmtes, festes Programm hat, doch die Aufmerksamkeit vieler Arbeiter auf sich und lenkt sie von ihrem eigentlichen Kampfe ab, um sie einem Heere einzugliedern, das von Bürgerlichen geführt wird und das infolgedessen nur dazu dienen kann, die Herrschaft dieser dem Proletariat feindlichen Klasse zu befestigen und zu verlängern.

Trotz all dieser Schwierigkeiten macht unsere Partei Fortschritte und arbeitet sie, stets von einem großen Hoffen befeuert und revolutionären Geistes vorwärts drängend. So hat sie es denn fertig gebracht, über 150 Sektionen in allen Ecken und Winkeln des Landes zu gründen und um ihr Banner

mehr als 10 000 Kämpfer zu scharen, die sich in der Bewegung wirksam betätigen und pünktlich ihre Beiträge zahlen.

Nun zur gewerkschaftlichen Organisation. Die „Unión General de Trabajadores“ (Allgemeiner Arbeiterbund) hatte Februar 1905 in 373 Sektionen 56 905 Mitglieder. Die Unión ist der bedeutendste aller spanischen Arbeiterverbände und auch die einzige Gewerkschaft, die sich sowohl in ihrer Organisation wie in ihrer Propaganda durch die Prinzipien des Sozialismus leiten läßt. Allerdings sind in der letzten Zeit — im Besolge der außerordentlichen Arbeitslosigkeit und der unaufhörlichen Auswanderung — jene Zahlen stark gesunken, aber selbst mit ihren 36 557 Mitgliedern in 274 Sektionen ist die Unión zur Stunde noch immer die gewaltigste Arbeiterorganisation Spaniens. Uebrigens kann weder die Zahl der Partei- noch die der Gewerkschaftsmitglieder einen genauen Maßstab abgeben für den wirklichen Einfluß, den unsere Ideen unter den spanischen Arbeitern haben. Viele werden ihrer Gewerkschaft untreu — sei es nun, um den Beitrag zu sparen, oder weil sie ihren Wohnort wechseln. Nichtsdestoweniger verfolgen sie die Bewegung der sozialistischen Partei und suchen sie deren Aktionen stets zu fördern. Nur so ist es zu erklären, daß während des Feldzuges, den unsere Partei vergangenes Jahr um die Ausschreibung öffentlicher Arbeiten und um die Herabsetzung der Lebensmittelpreise führte — daß da auf den Ruf der Partei zu einem bestimmten Zeitpunkt, am 2. Juli, über 155 000 Arbeiter die Arbeit ruhen ließen, und zwar 20 000 in Madrid, 18 000 in Alicante, 33 000 in Bistaya usw.

Durch die in neuerer Zeit bewirkte Bildung sozialistischer Jugendgruppen sind wir auch ein gutes Stück vorwärts gekommen. Diese Jugendorganisation bildet bereits einen ziemlich starken nationalen Verband, der alle drei Jahre einen Kongreß abhält. Ferner haben wir in der Partei eine starke Strömung, die zur Bildung von Gewerkschaften auf mehrfacher Grundlage treibt: Streikunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Krankengeld, Sterbegeld. Desgleichen haben wir eine Strömung, die zur Bildung von Konsum- und Produktivgenossenschaften drängt. Und zwar betrachten unsere Genossen die Genossenschaften nicht etwa als Endziel, sondern nur als ein Mittel, um die Arbeiterbewegung zu unterstützen.

Die Presse spielt bei unserer Propaganda eine ziemlich große Rolle. Wir verfügen gegenwärtig über 14 wöchentlich und ein vierzehntägig erscheinendes Organ. Wir beabsichtigen, eine Tageszeitung herauszugeben, sobald unsere Mittel es erlauben sollten. Nach unserer Berechnung sind dazu 50 000 Pesetas nötig; durch freiwillige Beiträge haben die Genossen bereits etwas über 18 000 Pesetas zusammengebracht. Wenn man bedenkt, daß die Löhne in Spanien sehr niedrig sind, so zeugt jene Tatsache von der Aufopferungsfähigkeit unserer spanischen Genossen. Ist unser Arbeiterheer leider auch noch nicht sehr groß, so ist es doch zuverlässig und von festem Bestand. Daher können wir allen Gefahren mit Ruhe die Stirn bieten.

Die spanische Sozialdemokratie ist nun glücklich so weit, daß sie beginnen kann, auch ihren nationalen oder internationalen Solidaritätspflichten nachzukommen. Jüngst haben wir Geld für die unglücklichen Opfer des Verbrechens von Courrières gesandt und die Familien der beim Einsturz eines Reservoirs in Madrid verunglückten Arbeiter reichlich unterstützt. Augenblicklich suchen wir etwas Geld zusammenzubringen für die Familien der während der letzten Streiks im Norden Getöteten oder Verwundeten, desgleichen für die tapferen russischen Genossen. Für diese hat „El Socialista“ bis jetzt etwa 5500 Pesetas (= 4500 M.) zusammenbekommen.

Nach unseren Wählerfolgen darf weder die Stärke noch der Fortschritt der Partei beurteilt werden; denn die spanische Regierung bedient sich bekanntlich des Mittels der Fälschungen, des Stimmenkaufs und aller nur erdenklichen Betrügereien, um ihre Kandidaten durchzubringen. Trotz alledem hat Genosse Pablo Iglesias bei den letzten allgemeinen Wahlen, obwohl wir gegen ein Kartell sämtlicher bürgerlichen Parteien und gegen die üblichen Fälschungen und den herkömmlichen Stimmenkauf zu kämpfen hatten, 3110 Stimmen erhalten. Auf seinen Gegner — einen Republikaner — entfielen 3915 Stimmen.

Bei den Gemeindevahlen sind stets wachsende Erfolge zu verzeichnen. Das liegt daran, daß bei diesen Wahlen nach Stadtvierteln gewählt wird und nicht nach Kreisen, wie bei den Kammerwahlen. Infolgedessen haben wir die Möglichkeit, bei den Gemeindevahlen scharfe Kontrolle zu üben und Betrügereien unter Umständen mit Gewalt zu verhindern. Im Jahre 1903 hatten wir erst 50 Stadtverordnete in 20 Kommunen. Jetzt haben wir 71 Stadtverordnete und 30 Stadtverordnete hinzuzurechnen, die auch auf das Kommunalprogramm der Sozialdemokratie gewählt sind. Es handelt sich da um Arbeiter, die mit Hilfe von Gewerkschaften in den Wahlkampf gezogen sind und die zwar — aus diesem oder jenem Grunde — der sozialistischen Partei nicht angehören, aber doch sie und keine andere unterstützen.

Die letzten Kommunalwahlen erhielten ein ganz besonderes Gepräge dadurch, daß zum erstenmal Sozialisten in die Verwaltung der Haupt- und Residenzstadt Madrid gewählt wurden, nämlich die drei Genossen Pablo Iglesias, Largo Caballero und Ormaechea, die nun einen energischen Feldzug im Interesse politischer Reinlichkeit und zum Zweck

der Befreiung von Mißbräuchen aller Art führen. Die Folge davon dürfte sein, daß bei den nächsten Kommunalwahlen in Madrid ein heißer Kampf entbrennen wird; denn die Bürgerlichen sind wütend über die kräftige Opposition, die ihnen unsere drei Genossen machen.

Zum Schluß dieser gedrängten Uebersicht über den Stand der sozialistischen Bewegung Spaniens sind noch ein paar Worte nötig über die Mitglieder unserer Partei. Gegenwärtig hat ein Sozialdemokrat in Spanien nichts weiter zu erhoffen, als daß er etwa Liebe bekommt, von den Arbeitgebern boykottiert, von den Anarchisten als Verräter behandelt oder von der bürgerlichen Justiz ins Gefängnis geschickt wird. Und das löst natürlich die Leutchen, die nach Paris im dichten, nicht gerade an.

Aber ist auch die Zahl der Intellektuellen in der Partei nicht sehr groß, so dürfen wir uns doch rühmen, den gebildetsten und intelligentesten Teil der spanischen Arbeiterklasse in unseren Reihen zu haben: die Buchdrucker, die stets an der Spitze der Bewegung standen und noch stehen. Dadurch ist es möglich, über ein Korps von Propagandisten und Organisatoren zu verfügen, die befähigt sind, immer und überall nicht nur dem „gelben“ Element und ähnlichen „Freunden“ des Proletariats die Stirn zu bieten, sondern auch den Schlichen der bürgerlichen Parteien, besonders derjenigen, die Meisterinnen der Demagogie sind.

Nunmehr dürfen wir — ohne befürchten zu müssen, irgendwo auf Widerspruch zu stoßen — wohl versichern, daß trotz des verhältnismäßig recht geringen Bestandes unserer Streitkräfte doch der Einfluß unserer Partei auf die spanische Arbeiterklasse im allgemeinen bedeutend größer ist als der Einfluß der anderen Elemente, die mit mehr oder weniger Verachtung die Sache der Arbeiterschaft zu vertreten behaupten.

Wir sehen große Hoffnung auf die Zukunft. Und zwar, weil wir wissen und weil alle Genossen es wissen, daß inmitten der politischen Korruption, inmitten des religiösen Fanatismus, inmitten der Oligarchie, die Spanien beherrscht, unsere Partei die einzige ist, die den fortschrittlichen und revolutionären Geist des modernen Europa repräsentiert.

Und darum, im Interesse der Ehre Spaniens, im Interesse der Ehre unseres Proletariats wird die Partei ihren Kampf ohne Schwächeanwandlungen weiterführen. Sehen wir doch unseren höchsten Stolz darin, dem großen internationalen Arbeiterheer so bald wie möglich auch in Spanien ein Armeekorps zur Verfügung zu stellen, das stets gerüstet sein soll, die Aktion der Genossen in den anderen Ländern zu unterstützen bei dem großen Kampfe für die Befreiung des internationalen Proletariats.

Die russische Revolution.

Siedler-Politik.

Die Entscheidung über die Erweiterung der Bürgerrechte der Juden ist, wie der Petersburger Korrespondent das Bureau Loffan von maßgebender Seite erfährt, in negativem Sinne ausgefallen. Eine Erweiterung ihrer Rechte wird nicht eher stattfinden, als „bis die jüdische Jugend Rußlands einen mehr gesegneten Geist beweist“.

Das ist genau dieselbe hundsöttische Politik, wie der Henker von Siedler sie so raffiniert anzuwenden verstand. Als schwache jüdische Greise, als jüdische Männer, die sich um Politik den Teufel kimmern, den Herrn Gouverneur um Schutz anflehten und um Einstellung des entsehligen Blutbades baten, da erhielten sie die höhnische Antwort: Der Pogrom werde aufhören, wenn sie, die Wittsteller, die Revolutionäre auslieferten. Aber die armen Leute wußten gar nichts von den Revolutionären, sie kannten sie nicht und wären selbst beim „besten“ Willen nicht imstande gewesen, sie auszuliefern. Und der Gouverneur wußte das, und doch ließ er Kinder und Greise elend ermorden.

Genau so verfährt die Regierung. Sie verweigert den Juden die Erweiterung ihrer Bürgerrechte bis solange, als nicht die jüdische Jugend Rußlands einen mehr gesegneten Geist beweist!! Man weiß wirklich nicht, worüber man sich mehr wundern soll: über die Unberschämtheit dieser russischen Regierungsgauner oder über die Tatsache, daß es den Revolutionären bisher noch gelungen ist, den Terrorismus in Dohnen zu halten, deren Ueberschreitung bei der immer noch wachsenden Brutalität und Verlogenheit der Regierung keinen denkenden und fühlenden Menschen in Erstaunen setzen dürfte.

Die reaktionäre „Aufloje Snamja“ in Petersburg veröffentlicht einen bezeichnenden Depeschwechsel zwischen der Etschawetgrader Abteilung des Verbandes des russischen Volkes und dem Truppenchef in Siedler, Oberst Tichanowski. Der Verband beglückwünschte Tichanowski zu der von ihm beim Kampfe mit den Reiterern entwickelten „Schnelligkeit“. Der Oberst antwortete: „Laßt es euch gut gehen, russische Männer, glaubt, eure Bajonette sind höher als Lappen!“ Unter „Lappen“ verstand der Oberst vermutlich die roten Fahnen. Entzückt telegraphierte der Verband zurück: „Hurra russische Bajonette und heldenhafte Oberst!“

Die Danerubewegung schwilt.

Petersburg, 28. September. Im kasanischen Gouvernement beteiligten sich an siebzig Dörfern an den Agrarunruhen. Die Administrationsbeamten wurden getötet und andere Regierungsvertreter flohen. Der Premierminister fragte bei dem dortigen Gouverneur an, warum nicht rechtzeitig Maßregeln ergriffen wurden.

Das Justizministerium arbeitet einen Gesetzentwurf über Ent-
eignung der Majorate und Erbfolge aus. (1)

Wie die Mönche agitieren.

Der Mönchsgeistliche Heliodor, Mitglied der Jaroslauer Ab-
teilung des „Verbandes des russischen Volkes“, nähert sich nach Be-
endigung des Gottesdienstes dem aus der Kirche strömenden Volke,
hält die Leute an und spricht davon, wie dringend nötig es wäre,
„sich vom Joch der Juden und Unruhstifter zu befreien und den
Christusverräter in die erforderliche Abwehr entgegenzusetzen“. Die
Agitation des Mönches bringt jedoch wenig Früchte. Die meisten
lehren sich ab, ohne ein Wort zu sagen. Ein alter Mann sagte:
„Geh, Mönch, bete zu Gott, verwirre nicht das Volk; geh weg,
wir wollen mit dem eigenen Verstande leben; deinen Verstand
brauchen wir nicht.“ („Kowoj Putj“ 21. September.)

Geldsammlungen für Pogromhender.

Das Zentralkomitee des „Verbandes des russischen Volkes“ hat
an die Abteilungen des Verbandes ein Zirkular gerichtet, in dem es
empfiehlt, Geldsammlungen zugunsten der Garnison von Siedlee
um ihrer Verdienste im Kampfe gegen die Unruhstifter zu eröffnen.
An vielen Orten ist mit den Geldsammlungen bereits begonnen
worden. („Kowoj Putj“)

Die guten Freunde der russischen Regierung werden immer
dreister und frecher.

Mäkelhaftes Attentat.

Man schreibt uns aus Helsingfors vom 25. September:
In der vergangenen Nacht explodierte in dem Holzstapel der
Reservepolizei-Kaserne eine Bombe. Der starke Luftdruck drückte
viele Fensterscheiben der Kaserne und der benachbarten Häuser
ein. Die Erschütterung war so stark, daß die schlafenden
Polizisten aus ihren Betten geschleudert wurden. Einer trug
dabei Verletzungen an den Händen und am Gesicht davon,
die übrigen blieben unverletzt.

Das Attentat erregt umso größeres Aufsehen, als vor
einigen Tagen bei einer Reparatur an städtischen Wasser-
leitungsröhren Dynamit nebst einer erfolglosen Zündschnur
gefunden wurde. Die Bourgeoisie ist entsetzt und beschuldigt
— selbstverständlich — die Arbeiter, diese Taten begangen
zu haben, obwohl kein begründeter Anlaß zu dieser Ver-
dächtigung vorliegt.

Die Polizei hat keine Spuren der Täter entdecken können.
Aber die bürgerliche Presse gibt sich den Anschein, genug
solcher Spuren zu haben, und sie weist darauf hin, daß die
Arbeiterchaft sich wegen der Auflösung der Roten Garde und
der Verneinung der Polizei rächen wolle! — Die Arbeiter
erklären diese Attentate für plumpe Provokationen, um die
Konstabler, die sich mit dem arbeitenden Volke solidarisch
fühlen, gegen die Arbeiter aufzubringen und um neue Unter-
drückungsmaßregeln zu rechtfertigen, welche in den Regierungs-
kreisen fortgesetzt geplant werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. September.

Die Massenstreik-Abstimmung. — Anarchosozialismus und Lokalfisten.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Mannheim, 28. September, 5,0 Uhr nachmittags.

Die Abstimmung über die Anträge zum Punkt Massenstreik er-
gab heute morgen das von uns als wahrscheinlich bezeichnete
Resultat. Der Antrag des Parteivorstandes und der Kontroll-
kommission wurde mit 388 gegen 5 Stimmen angenommen, nachdem
er durch einen Teil des Amendements Kautsky erweitert worden
war. Damit ist nunmehr in Uebereinstimmung mit der Mehrzahl
der Gewerkschaftsführer durch Parteitagbeschuß ausgebrochen:
Wichtig jedes Parteigenossen ist, dafür zu wirken, daß die Gewerkschafts-
bewegung allezeit vom Geiste der sozialdemokratischen Ideen-
welt erfüllt sei. Für den amendierten Antrag stimmten auch die
Genossen Legien, von Elm, Wömelburg, dagegen Ge-
nosse Hue.

Der Rest der Vormittagsitzung wurde ausgefüllt mit
der Beratung der Anträge, die sich auf schärfere Bekämpfung
der als anarchosozialistisch bezeichneten Lokalfisten bezogen.
Der Antrag des Parteivorstandes und der Kontrollkommission bedrohte
die Verfechter der anarchosozialistischen Ideen mit dem Ausschluß
aus der Partei und forderte die Mitglieder der Lokalorganisationen
zum Anschluß an die Zentralverbände auf. Ein Antrag von Elm
und von Böhm forderte sogar die Erklärung des Parteitages, daß
die Angehörigen der Lokalorganisationen künftig überhaupt nicht
mehr als Mitglieder in der Partei geduldet würden. Für diese An-
träge trat eine Anzahl Gewerkschaftsführer mit allem Nachdruck ein.
Anarchosozialistische Querstreiber und lokalfistische Sonderbündel
schädigten sowohl die Partei wie die Gewerkschaften, deshalb mußte
endlich einmal ein entscheidender Schritt getan werden. Von der
anderen Seite wurde demgegenüber dargelegt, daß der Begriff des
Anarchosozialismus schwer zu definieren sei, daß obendrein keines-
wegs alle Lokalfisten sich zum Anarchosozialismus bekennen hätten.
Wegen gewisser Konfusionen und Meinungsabirungen können links-
stehende Genossen umso weniger ohne weiteres aus der Partei hinaus-
geworfen werden, als gerade die Befürworter eines solchen
Kaiserschnittes gegenüber ebenso schärfer Konfusionen von
revisionistischer Seite die weitgehendste Toleranz bekundeten.

Zu einer Abstimmung über die Anträge kam es nicht, da ein
Antrag angenommen wurde, über sämtliche Anträge zu diesem
Punkte zur Tagesordnung überzugehen und Parteivorstand und
Kontrollkommission zu beauftragen, dem nächsten Parteitage eine
Resolution im Sinne der Lübecker Resolution vorzulegen. Die An-
nahme dieses Tagesordnungsantrages erfolgte mit großer Mehrheit
und wurde lebhaft applaudiert. Bemerkenswert ist noch, daß durch den
frühzeitigen Schluß der Debatte den zum Worte gemeldeten Genossen
Ströbel und Stadthagen die Möglichkeit genommen wurde,
eine Reihe von Angriffen gegen den „Vorwärts“, dem Lieblingen
mit den Anarchosozialisten vorgeworfen wurde, gefährdend zurückzu-
weisen.

Mannheim, 28. September, 9,20 nachm.

Die Verhandlung über die Paiseier beanspruchte nur wenige
Minuten. Genosse Richard Fischer präzisierte mit wenigen
Worten den Standpunkt, den er im vorigen Jahre in Jena aus-
sprechend dargelegt hatte. Die Jenaer Resolution wurde darauf
debattefrei mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgten die Referate über „Sozialdemokratie und
Volkserziehung“. Genosse Schulz-Bremen, selbst ehemaliger
Volksschullehrer, legte in zweifelhafte, ins Kleinste durcharbeitetem Vor-
trage den sozialdemokratischen Standpunkt zur Erziehungsfrage dar.
Genosse Schulz behandelte im Einverständnis mit der Genossin
Jettin den theoretischen Teil der Frage. Er zeichnete in scharfen
Strichen den historischen Verdegang der Volkserziehungsfrage vom Stand-
punkt des historischen Materialismus. Mit zwingender Logik entwickelte
er, wie das Erziehungsweesen, über das die bürgerlichen Philosophen
und Pädagogen sich heute noch nicht geeinigt haben, weil sie von der
historischen und ökonomischen Bedingtheit der Erziehungsweese nichts
wissen sich im Laufe des geschichtlichen Verdeganges entwickelt und

gewandelt hat. Dem platonischen Erziehungsideal, das den Staatszweck
zur Voraussetzung hatte, folgte das christliche Erziehungsideal der Jen-
seitsflucht, das nach der Reformation den Charakter einer Erziehung zur
Untertanentreueförmigkeit annahm. Der große Pädagoge Comenius,
mehr noch Rousseau, Pestalozzi, Basedow usw. sahen in der Er-
ziehung die Aufgabe zur Ausbildung der harmonischen Persönlichkeit
und gesellschaftlichen Glückseligkeit, während neue Pädagogen das
soziale Moment ausschalteten und die individuelle Erziehung zum Selbst-
zweck erhoben. Der Kapitalismus kam die Vererbung für die Allgemeinheit
nicht durchzuführen, weil die Klassencheidung und die Klassenprivilegien
Klassenziehung bedingen. Erst der Sozialismus beseitigt das Er-
ziehungsweesen für alle gleich zu gestalten und mit der Klassen-
cheidung auch die Schiedung zwischen Kopfarbeitern und Handarbeitern,
von Karrenschleibern einerseits und Architekten und Professoren
andererseits aufzuheben. Dem durch durchsichtige Klarheit sich aus-
zeichnenden, logisch sich lückenlos gliedernden Vortrage folgte starker
Beifall.

Klara Zetkin behandelte den praktischen Teil der Frage:
die Erziehung in der und durch die Familie und die Er-
ziehung des Kindes zum selbstbewußten, aber von sozialem
Empfinden befehltem Menschen. Genossin Zetkin hatte nur eine
knappe Disposition skizziert und sprach frei, mit dem glänzenden
rhetorischen Pathos, das die brillante Rednerin auszeichnet. Es ist
unmöglich, in kurzen Strichen den überreichen Inhalt des Vortrages
auch nur anzudeuten. Der enormen geistigen Leistung entsprach
der physische Kraftaufwand. Das Bureau ersuchte deshalb
die Rednerin, ihr zweifelhaftes Referat abzugeben, und
im Druck den Rest dem mündlich vorgetragenen Teil an-
zuschließen. Einem einstimmig angenommenen Antrage entsprechend
sollen beide Referate in Massenaufgabe verbreitet und einem ein-
zustehenden Bildungsausschuß als Material überwiesen werden.
Genossin Zetkin verließ unter feierlichen Ovationen die Tribüne.
Morgen ist erster Punkt der Tagesordnung das Referat über Straf-
recht, Strafreform und Strafvollzug.

Legitimitätsprinzipien.

Die braunschweigische Regentenschaftsfrage wächst sich
zu einer höchst seltsamen politischen Burleske aus, in
der die Vertreter der verschiedenartigsten Legitimitäts-
prinzipien derart gegeneinander argumentieren und volent-
sieren, daß es einem in die Geheimnisse des Gottesgnaden-
tums nicht eingedrungenen Sterblichen außerordentlich schwer
wird, sich in dem Wirrwarr zurechtzufinden. Zu unserer Ver-
schämung müssen wir gestehen, daß wir bisher noch nicht ge-
wußt haben, daß es so viele Arten von ganzen und halben
Legitimitätsprinzipien gibt, wie die streitenden Parteien zur
Geltendmachung ihrer Forderungen und Wünsche aufzuzählen
wissen. Da gibt es Legitimisten, die zwar das Legitimitäts-
prinzip im allgemeinen gelten lassen, im besonderen jedoch
nur, soweit es sich dem preussischen Königshause nützlich er-
weist und nicht „die Grundlagen der deutschen Reichs-
verfassung“ negiert. Eine zweite Legitimitätspezies erkennt
zwar das Anrecht des Herzogs von Cumberland auf den
braunschweigischen Thron an, hält aber nach ihrem Legi-
timitätsprinzip nicht für erforderlich, daß der Herzog selbst
den Thron besteigt, sondern begnügt sich mit einem seiner
Söhne. Eine dritte Sorte hält, bescheidener als
die zweite, bereits dann das Legitimitätsprinzip
für gewahrt, wenn ein mit dem Welfenhause
entfernt verwandter deutscher Prinz, z. B. einer, der eine
welfische Urgroßmutter hat, das Thronchen der braun-
schweigischen Lande erhält. Und eine vierte Sorte wieder
erklärt, alle derartige Meinungen bedeuteten den Bruch mit
dem heiligen Legitimitätsprinzip; der Thron gebühre allein
dem Herzog von Cumberland, ganz gleich, ob dieser auf
Hannover verzichte oder nicht.

Es ist nur allzu erklärlich, daß in diesem kuriosen
Prinzipienrauge auch der braunschweigische Landtag nicht
eingutgeheißt gewagt, sondern sich in weiser Vorsicht auf die
Erklärung beschränkt hat, daß zwar eine endgültige Regelung
der braunschweigischen Regierungsverhältnisse sehr erwünscht
sei, sich aber dennoch nicht die sofortige Wahl eines neuen
Regenten empfehle, sondern es dem Reichskanzler als Vor-
sitzenden des Bundesrats zu überlassen sei, zur „Beseitigung
der gedachten Gegenstände“ die geeigneten Schritte
zu tun.

Wie seltsam sich in manchen dieser legitimistischen Köpfe
die Welt malt, zeigt ein in der welfischen „Deutsch. Volksztg.“
veröffentlichter „Offener Brief“ eines Herrn von
Plessen auf Reetz in Mecklenburg, eines Legitimisten
strengster Observanz aus obotritischer Vorzeit. Nach einer
langen Verjüngung auf die Legitimitätsanschauungen des Herrn
L. v. Berlach, der Grafen Roon und Westfalen, Stolberg-
Stolberg uhm. schreibt er:

„Wer hat denn das Recht, einen Fürsten von
Gottes Gnaden zuzulassen oder nicht zuzu-
lassen? Ist nicht schon dieser bloße Ausdruck
„zulassen“ ein Lohn auf alle Legitimität?“

„Wie, wenn heute die sozialdemokratische Mehrheit im Reichs-
tage für sich in Anspruch nähme, bei einem Thronwechsel in
deutschen Ländern allemal erst prüfen zu wollen, ob der Ver-
treffende auch „zugelassen“ werden kann? — Ist denn das
Gottesgnadentum des Königs von Preußen
besser, wie das des Herzogs von Braunschweig?
Sieht man denn nicht, daß man mit solchen Grundsätzen
lediglich die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt? Die
Sanktionierung der Revolution von oben muß
die Revolution von unten nach sich ziehen!
Justitia fundamentum regnorum, an der Wiege des Nord-
deutschen Bundes habe ich die Justitia nicht gefunden.“ (Herr
v. Rollinrod.)

„Hat nicht König Georg V. in einem Schreiben an den König
Wilhelm nach Nikolaburg vom 27. Juli 1886 um die Mitteilung
der Friedensbedingungen gebeten? Hat nicht der Herzog von
Cumberland und zu Braunschweig-Lüneburg ausdrücklich die
Reichsverfassung anerkannt und Preußen um Erweisung bundes-
freundlicher Gesinnung ersucht, ohne je eine Antwort von Preußen
zu erhalten? Ist es nicht an Preußen, die Friedensbedingungen
zu nennen? Warum verweigert Preußen das? Oder gibt
etwa Bundesbruch und Einfall in anderer
Herren Länder ohne nachfolgenden Friedens-
schluß einen Rechtsittel auf das Land? Wirft
man hier legitime Thronerben um ohne jede Ursache?
(Verl. den preuss. italien. Vertrag vom 8. April 1866) —

Die preussisch-konservervative Partei als solche hat durch San-
ktionierung des Bundesbruchs im Jahre 1866 „von der Revolution
gelesen“ — und wird „daran sterben“, sie ist es bereits; eine
konservervative Partei kann nur wiedererstehen, wenn die „Kon-
servervative“ sich wieder darauf besinnen, daß die einzige Politik,
die Bestand hat, die der unbedingten Wahrung vor dem Recht ist,
das die Anerkennung des „Macht vor Recht“, Anerkennung des
Ziels der Sozialdemokratie ist, und daß das Emporkommen der
letzteren in erster Linie dem Bismarckschen „Macht vor
Recht“ zu verdanken ist. Wie sagte Fürst Bismarck zum kur-
hessischen Minister v. Raumbach? „Daß ich nicht das Recht
zur Annullation habe, weiß ich; ich habe aber die
Macht dazu, und ich gebrauche sie in meinem

Interesse.“ — Das könnte gerade so gut Bebel oder
Singer gesagt haben.“

Dem Ideengang des Herrn v. Plessen haftet der Moder-
geruch längt vergangener Jahrhunderte an; aber er ist
wenigstens konsequent. Wenn der Rechtsittel des Gottes-
gnadentums nur soweit gilt, als er dem Belieben oder An-
sprüchen fremder Fürstenthümer nicht widerspricht, oder er
dem Reichs- bezw. Landesinteresse angepaßt ist, oder die Um-
stände nicht eine Suspension als tunlich erscheinen lassen,
dann ist das ganze Legitimitätsprinzip keinen Pfifferling
wert.

Allerdings müßte nach der Auffassung dieses Legi-
timitisten die ganze braunschweigische Regierungsgeschichte bis
zum Jahre 1830 rückgängig gemacht werden, denn auch die
Regierungsübernahme des von 1831 bis 1884 regierenden
Herzogs Wilhelm erfolgte nicht nach dem heiligen Prinzip
der Legitimität, sondern nach dem Recht der Gewalt. Es
war bekanntlich die braunschweigische September-Revolution
des Jahres 1830, die dadurch daß sie seinen Bruder
Karl zur Flucht zwang, den Herzog Wilhelm auf den Thron
brachte. —

Deutsches Reich.

Mit einem Geheimzirkular aufzuwarten, das ihr „auf den Re-
daktionstisch geflogen“, ist die „Freisinnige Zeitung“ auch
einmal in der Lage. Inbes ist der Gang sehr mager, denn es
handelt sich lediglich um ein Zirkular des sozialdemokra-
tischen Parteivorstandes an die Organisationsleiter, worin
zu eifriger Arbeit an der Organisation und der Verbreitung der
Presse mit Rücksicht auf die nahenden Reichstagswahlen aufgefordert
wird. Die Notwendigkeit solcher Arbeit wird an den geeigneten
Ansprüchen der Gegner nachgewiesen. Irgend welche Geheimnisse
erfahren die Gegner aus diesem Zirkular nicht. Es dient ihnen
denn auch lediglich dazu, um die eigenen Anhänger zur politischen
Arbeit anzuregen. Das wird für unsere Genossen ein Ansporn
sein, nicht zurückzulieben.

Hochwürdige Abonnenten-Akquisiteure. Zum herannahenden
Quartalwechsel sind die Zeitungen aller Parteien eifrigst
bemüht, sich nicht nur ihren Leserkreis zu erhalten, sondern auch
möglichst viele neue Abonnenten heranzuziehen. Am bequemsten hat
es bei diesem Liebeswerben die Zentrumspresse. Sie spannt einfach
die katholischen Pfarrer, Kapläne und Vikare als Abonnenten-Akquisi-
teure ein. Das ultramontane Fraktionsorgan, die Berliner „Ger-
mania“, verzeichnet unterm 28. August 1906 folgendes als „streng
vertraulich“ bezeichnete Schreiben an die Pfarrämter:

„Euch geehrter hochwürdigster Herr! Bei Durchsicht der Post-
bezugslisten hat sich herausgestellt, daß am vorigen Orte kein
einziges Exemplar des Zentralorgans der Zentrumsparthei, der
„Germania“, gehalten wird. Ueber die dringende Notwendigkeit
eines einflussreichen Parteiorgans des Zentrums am Orte der
Parlamentarier sind wohl alle Anhänger desselben einig. Leider
geschieht aber vielerorts noch viel zu wenig, um dieses Unter-
nehmen in einer form lebensfähig zu erhalten, die der Gott sei
Dank, noch stärksten Fraktion im deutschen Reichstage würdig
ist. Aber gerade die „Germania“, welche hier in Berlin, der
nordischen Diasporagegend, erscheinen muß, und der es deshalb
naturgemäß an der lokalen Unterstützung, die den Zentrums-
blättern in guskatholischen Gegenden in so reichem Maße zuteil
wird, fehlt, bedarf der weitgehendsten Berücksichtigung
aller katholischen Kreise Deutschlands, deren Interessen sie vertritt
und deren heiligste Güter sie zu wahren berufen ist. Es müßte
daher doch nicht schwer fallen, an jedem katholischen Orte
wenigstens ein bis zwei Exemplare der Zeitung zu halten, zumal
der Bezugspreis für die zweimal täglich erscheinende Zeitung ein
außerordentlich billiger ist. . . . Sollten Ew. Hochwürden aber
aus irgend welchen Gründen selbst nicht in der Lage sein, die
„Germania“ noch bestellen zu können, so dürfen wir wohl bitten,
einen oder mehrere gutsituierte Einwohner zu einem gemeinsamen
oder Einzel-Abonnement zu veranlassen. „Germania“, Altien-
gesellschaft für Verlag und Druckerei. Müller.“

Deutsche „Sozialreform“. Das Reichsversicherungsamt hat an
alle deutschen Berufsvereinigungen Anfragen darüber gerichtet,
welche Schritte sie unternommen haben, um dem Mißbrauch
geistiger Getränke unter den Arbeitern der ihnen unter-
stellten Betriebe entgegenzutreten. Gleichzeitig werden die Berufs-
vereinigungen aufgefordert, dieser Angelegenheit fortgesetzt ihr
Augenmerk zu schenken.

Durch künstliche Verteuerung der Lebensmittel, durch eifrigste
Behinderung der Bestrebungen der Arbeiterorganisationen auf Hebung
der Lebenshaltung und Verkürzung der Arbeitszeit wirken die ver-
blüdeten Regierungen und ihre diversen Behörden mit allen Kräften
dahin, der Schnapspest die Tore so weit wie möglich zu öffnen. —
Und hinterher erläßt das Reichsversicherungsamt papierene Zirkulare
gegen den Mißbrauch geistiger Getränke! Eine wahrhaft praktische
Methode! —

Fleischnot und Fleischverbrauch.

Durch die konservervative Presse läuft die aus den „Verl. Pol. Nachr.“
stammende Behauptung, die Ursache der jetzigen Fleischnot sei nicht
in der zu geringen deutschen Viehproduktion, sondern darin zu suchen,
daß neben der normalen mit der Bevölkerung Hand in Hand gehenden
Steigerung des Fleischverbrauchs eine starke, beinahe sprunghaft
auftretende Vermehrung des Verbrauchs eingetreten sei. Das schöne
Verlegenheitsgerede stellt sich sofort als Schwindel heraus, wenn
man die neuesten statistischen Angaben über Bevölkerungszuwachs
und Fleischverbrauch in Betracht zieht.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches und des Zollgebiets ist,
wie schätzungsmäßig festgestellt worden ist, von 1905 bis 1906 ge-
stiegen von 60 246 000 auf 61 102 000 Personen. Die Zahlen der
im 2. Vierteljahr 1905 und 1906 im ganzen Reich beschauten Schlach-
tiere sind hingegen folgende:

	1905	1906
Ferde und andere Einhufer	29 234 Stück	28 948 Stück
Ochsen, Bullen und Kühe	675 916	662 122
Jungvinder und Kälber	1 588 106	1 476 507
Schweine	3 143 114	2 981 888
Schafe	484 033	486 138
Ziegen	152 931	170 906
Hunde	947	1 013

Hiernach ist die Bevölkerung gewachsen um 856 000 Personen
innerhalb eines Jahres, während im gleichen Zeitraum die Zahl der
geschlachteten Ferde usw., des gesamten Rindviehes und der Schweine
von 5 896 890 auf 5 149 465 Stück, also um 246 925 Stück zu-
rückgegangen ist. Nur bei den Schafen, Ziegen und Hunden
ist ein Aufschwung, der natürlich nur durch die Fleischnot herbeige-
führt ist, zu verzeichnen.

Das Spremberger Eisenbahnunglück und die beleidigte preussische Eisenbahnverwaltung.

Vor der Strafkammer IV des Landgerichts Hamburg fand
am Donnerstag ein Nachspiel zu dem verhängnisvollen Sprem-
berger Eisenbahnunglück statt. Der derzeitige Redakteur des in
Hamburg erscheinenden „Bedruf der Eisenbahner“, Karl Weiß
in Tredden-Löbtau, soll in einem den Unfall behandelnden Artikel
den inzwischen verstorbenen Eisenbahnminister Ludde beleidigt
haben. Der Minister hat kurz vor seinem Tode gegen B. Straf-
antrag gestellt. Der inkriminierte Artikel erschien in der Nummer
vom 18. Januar des „Bedruf“ und war betitelt: „Die schwere
Betriebsunfälle von Spremberg vor dem preussischen Abgeord-
nethause und dem Landgericht in Kotbus“ und beschäftigte sich
mit der Interpellation im Abgeordnetenhause und der Antwort des

Ministers Dubde. In der sich schon schließenden Kritik über u. a. ausgeführt: „Es bleibt bei der fluchwürdigen Sparpolitik, das dem Militär- und Marine-Ministerien über Millionen in den Rücken wirft auf Kosten der Gesundheit und des Lebens von Beamten, Arbeitern und Publikum!“ Der Angeklagte erklärte, eine Beleidigung des Ministers Dubde habe ihm ferngelegen; den Artikel habe er auf Grund eines Berichtes des konservativen „Dresdener Anzeigers“ verfaßt und die Kritik der „Leipziger Volkszeitung“ wörtlich entnommen, gegen die kein Strafverlangen gestellt sei.

Nach Verlesung des 70 Seite langen Urteils des Landgerichts Kottbus vom 20. Dezember 1900 gegen den Eisenbahnassistenten Stulz und zwei Weichensteller denen die Schuld an der Katastrophe zur Last gelegt wurde, belundete Geheimrat Oberbaurat Piernay, der aus im Kottbusser Prozeß als Sachverständiger fungierte, daß die Schuld an dem Eisenbahnunfall nicht an irgend welchen Sperranlagen noch an einer Ueberbürdung der beschuldigten Beamten liege. Auf der Strecke seien keine Mängel zu ermitteln gewesen, ebenso nicht in den sonstigen Einrichtungen und der Befehle. Es sei ein weitverbreiteter Irrtum, wenn behauptet werde, daß zweigleisige Strecken mehr Sicherheit böten für die Verkehrssicherheit. Nichts sei freilich, daß ein Zusammenstoß zweier von entgegengesetzten Richtungen kommender Züge, wie es hier der Fall war, ausgeschlossen sei. (Ra also!) Zur Verhinderung solcher Unfälle auf eingleisigen Strecken seien aber bewährte Vorrichtungen vorhanden, deren aufmerksame Bedienung Sache der damit beauftragten Beamten sei.

Vorsitzender Landrichter Dr. Peine: Ist Ihnen etwas von einer Ueberbürdung der Beamten auf preussischen Eisenbahnen bekannt? — Sachverständiger: Davon kann keine Rede sein. Es sind von erfahrenen Sachverständigen Grundzüge über die Dienstdauer der Beamten festgestellt, die von den Eisenbahnverwaltungen sämtlicher Bundesstaaten anerkannt worden sind. In keinem einzigen Falle bei irgend einer Beamtenkategorie ist die Grenze der Leistungsfähigkeit überschritten. Im Gegenteil ist man bestrebt, den Beamten das weitestgehende Wohlwollen zu erweisen. Nirgends werden auf Kosten der Beamten dem Staat irgend welche Vorteile verschafft. (Dem Herrn Sachverständigen scheinen mir in die unterschiedlichen Gerichtsurteile, in denen von der langen Arbeitszeit und Ueberbürdung der Eisenbahnbeamten und von hierdurch verursachten Betriebsunfällen die Rede ist, unbekannt geblieben zu sein.)

Der Staatsanwalt hielt bei der sozialdemokratischen Tendenz des „Reden“ den Angeklagten für schuldig. Es sei ihm darum zu tun gewesen, Staatseinrichtungen verächtlich zu machen. Der Antrag lautet auf 300 M. Geldstrafe. Der Verteidiger Dr. Witt erwidert, der Minister hätte sich gar nicht beleidigt fühlen können, da nicht er, sondern das von ihm übernommene System freigesprochen worden sei. Dem Angeklagten müsse der Schutz des § 193 zugestanden werden.

Nach mehrstündiger Beratung des Gerichts wurde der Angeklagte kostenlos freigesprochen. Begründend wurde ausgeführt, daß die Kritik des Ministers hinsichtlich des von ihm angeblich belästigten Sparsystems objektiv unrichtig sei, weil das Spremberger Unglück, wie das Kottbusser Urteil in Verbindung mit der Aussage des Sachverständigen ergebe, nicht auf verkehrte Einrichtungen, sondern auf Verschulden mehrerer Personen zurückzuführen sei. Wenn jemand ein System angreife, es ein fluchwürdiges nenne, so enthalte das eine schwere Beleidigung des obersten Repräsentanten des Systems. Doch müsse dem Angeklagten der Schutz des § 193 zugestanden werden, da es jedem Staatsbürger freistehe, Kritik an Einrichtungen zu üben. Der Angeklagte habe als Redakteur eines gewerkschaftlichen Blattes das seiner Meinung nach ungerichtete Sparsystem der Eisenbahnverwaltung treffen wollen, mithin müsse angenommen werden, daß es ihm nur um die Kritik dieses Systems zu tun war. Obwohl er sich in der Form vergriffen habe, müsse nach den dargelegten Gründen auf Freisprechung erkannt werden.

Herr Erzberger hat neulich die Behauptung aufgestellt, zwei Berliner Blätter seien von der Kongo-Regierung bestochen worden. Die bürgerlichen Zeitungen drängten auf Kamekennung — weniger aus Heiligkeitgründen natürlich als in der Hoffnung, unter den zwei Blättern könnte sich vielleicht auch das eine oder das andere ihrer Konkurrenzorgane befinden.

Herr Erzberger stellt nun aber etwas zu große Anforderungen an die Aktivität seiner Mitmenschen; denn er sucht sich aus der Affäre zu ziehen durch die Behauptung: nach den Namen der beiden Blätter habe er seinen Gewährsmann nicht gefragt!

Wenn man nicht wüßte, daß Herr Erzberger der Zentrums-Partei angehört — nach dieser Leistung allein könnte es keinem Zweifel unterliegen. —

Beleidigte Richter. In der „Zf. Jg.“ vom 16. August vorigen Jahres erschien ein Artikel über die Verhandlung gegen den Grafen Pädler-Klein-Eschirne wegen Falschung und Beleidigung vor der Glogauer Strafkammer. Wegen dieses Artikels war Klage erhoben gegen den verantwortlichen Redakteur des genannten Blattes Albert Wähing wegen Beleidigung des Glogauer Gerichts. In der Verhandlung am Mittwoch zu Frankfurt a. M. bestritt der Angeklagte, daß der Artikel den daraus hergeleiteten Vorwurf der Parteilichkeit gegen die Richter enthalte. Das Gericht hielt aber die Beleidigung für vorliegend und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 100 Mark.

Es handelte sich um einen Bericht, der allzu respektvoll, von der sonst Angeklagten zuteil werdenden erheblich abweichende Behandlung des angeklagten Grafen behauptete. Wegen Nachdruck dieses Berichtes wurde bereits der Genosse Niem-Dresden von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ als Verantwortlicher des Kopierblatts der „Glogauer Volkszeitung“ vom Glogauer Landgericht mit einer höheren Geldstrafe belegt. —

Husland.

Ungarn.

Es wird weiter gelogen!

Der Kossuth-Partei gelang es, den Londoner City-Club zu einem Besuche in Budapest zu bewegen. Es soll nämlich heißen, daß Liberale zu „Liberale“ gekommen sind. Wie es aber mit dem Liberalismus in Ungarn bestellt ist, das beweist zur Genüge der Umstand, daß die Anhänger der „Unabhängigkeitspartei“ Kossuth, Apponyi und Polanyi mit dem ausgesprochen reaktionären Blick in einem Kabinett Platz nahmen. Ganz abgesehen davon aber wäre es auch sonst der größte Unsinn, den edlen Grafen Apponyi und den Handelsagenten Polanyi für liberal zu halten.

Die Engländer also wollten die magyarischen „Liberale“ Institutionen kennen lernen. Woher solche genommen werden sollen, darauf war man wahrlich sehr neugierig. Doch nicht so die ehrbare Koalition. Sie kommt niemals in Verlegenheit! Es mußte daher gelogen werden, und da das Lügen bei dieser Interessengruppe bereits zur Tugend geworden ist, so wurde dem Handelsminister Kossuth die Ehre zu teil,

vor den Engländern einen längeren Vortrag über „Arbeiterverhältnisse und soziale Gesetzgebung Ungarns“ zu halten. Lauter Poteminsche Dörfer wurden den Engländern gezeigt, und damit sie die Lügen verdauten, hat man sie von Banfett zu Banfett geschleppt.

Da unsere ungarischen Genossen das Treiben der Koalition nur zu gut kennen, so ließen sie unser Bruderorgan „Népszava“ in einer englischen Separatausgabe erscheinen, in der die gesamten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse Ungarns ganz objektiv, der Wahrheit entsprechend dargestellt werden. Die Koalition war verblüfft, da die Engländer von ihr bereits ganz entzückt schienen.

Doch nicht nur unsere Genossen, sondern auch ein bürgerliches oppositionelles Organ, das „Magyar Szó“ hat mitgewirkt, der Koalition das Geschäft zu verderben, indem einem jeden der englischen Gäste das Blatt zugesandt wurde, dessen Leitartikel gleichfalls in englischer Sprache verfaßt war und folgenden Wortlaut hatte: Gentlemen!

„Sie haben die ungarische Regierungspartei mit Ihrem Besuch beehrt. Wissen Sie, zu wem Sie gekommen sind? Wissen Sie, daß diese Partei zur Regierung gelangte, indem sie sich bei allem beteiligte, was sie zu der Zeit, als sie in der Opposition war, als Vaterlandsverrat brandmarkte? Daß sie all dies unternahm, um die im Zuge befindliche Volksbefreiung, das allgemeine, geheime Wahlrecht, die zur Zurückhaltung der Auswanderung von Bauern (deren jährlich 300 000 das Land verlassen) geplante Parzellierung zu verhindern? Und sie hat dies unternommen, um die Feudalherrschaft wieder aufzurichten. Wissen Sie, daß diese Partei die Pressefreiheit, die Freiheit der Meinungsäußerung, die Versammlungsfreiheit mit Füßen tritt? Wissen Sie, daß diese Partei in Ungarn die Unabhängigkeit der Gerichte sistierte? Wissen Sie, daß diese Partei Ludwigs Kossuth verleugnet? Wenn Sie, die Mitglieder der liberalen Partei Englands, all dies wissen: warum sind Sie hergekommen unter diese Leute? Wenn Sie es aber nicht wußten, dann kehren Sie um und reisen Sie heim, beschämt, daß man Sie so irreführen konnte! Dabei aber erzählen Sie, daß Sie in dem schönsten, gefegneten Lande der Welt waren, aus dem jedoch dank der Rücksichtslosigkeit und dem Egoismus seiner Führer jährlich 300 000 Menschen flüchten müssen!“

Sind nun die bürgerlichen Redakteure des „Magyar Szó“ auch „vaterlandslose Gesellen“?

Nach Ansicht der Koalitionssippe ganz gewiß! — Die Doppellektion, die den Herrschaften hier erteilt worden ist, würde allen w e n i g e r dichthäutigen Politikern zu denken geben. Aber diese Bande läßt sich so leicht nicht verblüffen. Es wird weiter gelogen werden! —

Belgien.

Die Kongofrage in der Kammer.

Wie das „Kerfale XX. Siebel“ („20. Jahrhundert“) mitteilt, hat die Regierung die Absicht, das seit Jahren schlummernde Gesetzesprojekt über die künftige Verwaltung des Kongostaates zu Beginn der kommenden Session der Kammer zur Beratung vorzulegen, wozu sich übrigens das Haus durch die derzeitige Annahme der Resolution Deernaert verpflichtet hat. Die Meinung allerdings, die das Kerfale Blatt daran knüpft, daß am Ende eine Annexion des Kongostaates in einem nicht allzu fernem Zeitpunkt, „früher vielleicht, als vorausgesehen war“, bevorzähle, ist nach den letzten absolutistischen Erklärungen des Königs etwas naiv. Uebrigens ist die Diskussion des in Rede stehenden Verwaltungsgesetzes durch die Intrigen des Königs jahrelang hintertrieben worden, trotzdem es in seiner derzeitigen reaktionären Fassung von einer durchgreifenden Reform sehr weit entfernt ist. — Wie immer die Haltung der Regierung sein wird, jedenfalls wird das Haus eine gründliche Debatte über die sogenannten Reformdekrete und die absolutistische Erklärung des Königs zu bestehen haben.

Die Kammer wird am 13. November eröffnet. —

Schweden.

Die „Bankplünderungs-Revolutionäre“.

Nach dem Bericht der Stockholmer Polizei über die Bankplünderungspläne soll der Student der Pharmazie Rymann, der als der Hauptmacher gilt, geäußert haben: „Ich war niemals für Bankplünderungen eingenommen, aber was soll man machen, wenn man die Aufforderung dazu vom Zentralkomitee erhalten hat?“

In seiner Mittwochsnummer veröffentlicht „Social-Demokraten“ eine Erklärung Hine Berggrens zu der Angelegenheit. Darin wird ausdrücklich hervorgehoben, daß sowohl das russische sozialdemokratische wie das sozialrevolutionäre Zentralkomitee sich entschieden gegen Bankplünderungen, auch gegen solche in Rußland selbst, gewandt haben; dann heißt es weiter:

„Vor anderthalb Wochen war ein Mitglied des Zentralkomitees der russischen sozialdemokratischen Partei hier in Stockholm, und bei einem Besuch, den er mir abstattete, machte er mich darauf aufmerksam, daß, wenn irgend welche Flüchtlinge hierher kämen und sagten, sie hätten an Bankplünderung teilgenommen, wir uns nicht einbilden sollten, daß derartige im Namen oder mit Billigung der Partei unternommen werden wäre. — „Russische Bankplünderungen“ — wie einige Zeitungen schreiben — ist ein ganz irreführender Ausdruck. Kein Russe war hier je daran beteiligt. Und die russischen Revolutionäre haben sich, wie gesagt, gegen eine solche Tat in ihrem Heimatland erklärt. Sie müssen selbstverständlich unumkehrbar dagegen sein in einem Lande, wo sie in den Tagen der Verfolgung eine Freistätte gefunden haben und finden können. Es verdient in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden, daß von Schweden noch kein russischer Revolutionär an Rußland ausgeliefert worden ist und daß auch keiner wegen seiner Ansichten oder wegen Teilnahme an der Revolution ausgewiesen worden ist. Wäre das auch nicht geschehen!“

Der „Chef“ der „Roten Garde“, Luoto, der offenbar mit dem Bankplünderungsplan zu tun hatte und ja auch mit verhaftet worden ist, wird in der sozialdemokratischen Presse als eine Person geschildert, die in keiner Weise auf Vertrauen in der Arbeiterklasse Anspruch erheben kann. In „Social-Demokraten“ wird seine Handlungsweise u. a. wie folgt geschildert:

„Während der finnischen Revolutionswoche gelang es ihm, sich mit Hilfe seiner Anhänger zu einem wichtigen Vertrauensamt in der damals neu gegründeten Roten Garde aufzuwickeln. Er nennt sich nun „Chef der Roten Garde“; aber dazu hat er kein Recht; denn die Garde ist bekanntlich aufgelöst, und was davon übrig geblieben ist, das ist lediglich Luotos Schar, die den Namen der Roten Garde annahm und Luoto zum „Chef“ erlor.

Wie er dies Vertrauen mißbrauchte, ist allbekannt. Er verschwendete zunächst einige tausend Mark aus der Kasse der Garde. Was die Mitglieder mit Mühe und Schwweiß gesammelt, das wurde von Luoto und seinen nächsten Vertrauten verpraßt, und viel wäre zu berichten über die wilden Sauforgien, die die werten Herren veranstalteten.

Gewiß suchte er das Verschwinden der Kasse damit zu erklären, daß das Geld „zu geheimen Masseneinkäufen“ gebraucht worden sei, aber bis jetzt hat keiner irgend etwas auch nur von einem Reversibel gesehen, und die Garde wartet noch immer auf den Rechenschaftsbericht!

Nach Vergewand der Kasse verschwand — auf unerklärliche Weise — der Kassierer der Roten Garde. Wie er aus dem Wege geräumt wurde, das weiß keiner; vielleicht weiß es aber Luoto, der einige Papiere brauchte, die der verschwindende Kassierer in Verwahrung gehabt hat.“ — — —

Nach allem muß man auf den Gedanken kommen, daß auch hier die russischen Regierungs-Banden ihre unsauberen Hände im Spiele haben und daß durch jene Mächte das Nichtrecht vertrieben werden soll, das die russischen Flüchtlinge in Schweden trotz aller Polizeihilfen bis jetzt noch immer genießen. —

Persien.

Auf dem Wege zum Parlament. Teheran, 27. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Schah ist bei seiner Rückkehr aus der Sommerresidenz hier enthusiastisch begrüßt worden. Die Stadt war illuminiert.

Die Zusammenstellung der Wahllisten zum Parlament hat bereits begonnen. Die Eröffnung der Abgeordnetenversammlung erfolgt nach einem Monat. —

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Mannheim.

(Telegraphischer Bericht.)

Mannheim, 23. September.

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Beginn 8 1/2 Uhr.

Der Vorsitz führt Singer.

Zunächst wird folgende Erklärung Adolf Hoffmann-De. An verlesen:

„Als Genosse Vebel in seiner gestrigen Schlussrede darauf hinwies, daß die deutsche Regierung, wenn sie in die russische Revolution militärisch eingreifen will, die Zustimmung des Reichstages brauchen und den Reichstag einberufen würde, machte ich den Zwischenruf: „Die macht's auch ohne das!“ worauf Vebel erwiderte: „Das sagt ein Reichstagsabgeordneter!“ Um jeder falschen Auslegung des Zwischenrufes vorzubeugen, erkläre ich, daß gerade meine Erfahrung als Abgeordneter (Truppenabteilungen nach Südwestafrika usw.) die Veranlassung zu diesem Zwischenruf gab, da ich bei dem persönlichen Regiment und seiner Blaupause es nicht nur für möglich, sondern sogar für wahrscheinlich halte, daß die jetzige Majorität des Reichstages die später nachgefragte Zustimmung erteilt, wenn der Vertreter der Regierung selbstverständlich erklärt: es war zum Schutze deutscher Interessen und deutschen Kapitals notwendig.“

Als nicht die mangelnde Kenntnis der Verfassung sondern das mangelnde Vertrauen zur Regierung und zur Majorität des Reichstages war die Ursache des Zwischenrufes. (Lebhafter Beifall.)

Darauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein.

Singer:

Wir kämen zunächst zur Abstimmung über die zum Punkt Massenstreik gestellten Resolutionen und Amendements. Ich schlage Ihnen vor, die Resolution 136 als Grundlage für die Abstimmung zu nehmen, zu deren ersten und zweiten Teil die Amendements gestellt sind. Ich schlage weiter vor, daß diese Resolution 136 durch Vorabstimmung über die Amendements den Wortlaut erhält, den der Parteitag für richtig befindet.

Zum ersten Teil der Resolution liegen vor: das Amendement Legien-Vebel 171; es lautet: der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagbeschlusses zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluß, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt; um zweiten Teil der Antrag 170 (K a u t s c h) und der Antrag 163 (D u a r d u. G e n.).

Die Unterzeichneten beantragen:

1. In der Resolution Vebel im zweiten Teil, dritte Zeile von oben liest:

Dieselben stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück zu sagen:

Sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei.

2. An den Schluß der Resolution folgenden Passus anzuschließen:

„Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken und sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder anderen öffentlichen Betätigung an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu fühlen in dem Sinne, wie es Genosse Bömelburg definiert hat. Dies ist geboten im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung selbst, denn die Sozialdemokratie ist die höchste und umfassendste Form des proletarischen Klassenkampfes, und keine proletarische Organisation, keine proletarische Bewegung kann ihrer Aufgabe vollständig gerecht werden, die nicht vom Geiste der Sozialdemokratie erfüllt ist.“

Karl Kautsch mit 32 Genossen.

Wenn die Resolution in der Form, wie sie durch die Vorabstimmung sich ergeben wird, angenommen wird, würde ich sämtliche dazu sonst noch vorliegenden Anträge (58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 142, 145, 149, 167) für erledigt erklären. In anderen Fällen würde der Reife nach über sie abgestimmt werden.

Auf Grund genügend unterstützter Anträge würde die Abstimmung über das Amendement Legien-Vebel (171), über das Amendement Kautsch (170) und über die Gesamtresolution eine n a m e n t l i c h e sein.

Kautsch (zur Geschäftsordnung): Ich habe Ihnen eine Mitteilung zu der Abstimmung zu machen. Wir haben unsere Resolution eingebracht — den Schlußsatz — weil wir es für notwendig hielten, daß diese Grundsätze klipp und klar von dem Parteitag angenommen würden. Nun hat sich aber im Laufe der Diskussion das Sonderbare herausgestellt, daß sich eine ganze Reihe von Rednern, darunter der Referent selbst, erklärt haben, diese Grundsätze seien selbstverständlich, sie müßten aber abgelehnt werden aus gewissen opportunistisch-taktischen Rücksichten. Wenn wir nun jetzt über unseren Antrag abstimmen, so stimmen wir nicht darüber ab, ob diese Grundsätze richtig sind, sondern ob diese opportunistischen Gründe maßgebend sind. (Unruhe und Zurufe. Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Ich habe mit dem Genossen Kautsch ausdrücklich verabredet, als er mir mitteilte, er wolle den Antrag zurückziehen und verlange das Wort dazu, daß er auf eine Begründung seines Antrages auf Zurückziehung nicht eingehen könne. Ich habe ihn einige Sätze sprechen lassen, um den Sinn der Zurückziehung klarzulegen aber ich möchte bitten, keine längeren Ausführungen zu machen.

Kautsch: Ich glaube, der Sinn ist ganz klar. Nach den vorausgegangenen Ausführungen wäre die Abstimmung gefälscht gewesen und hätte nicht die richtige Stimmung des Parteitages wiedergegeben. Um dem zu entgegen und eine einstimmige Annahme der Resolution zu ermöglichen, ziehen wir unseren Antrag, das heißt den Schluß derselben zurück. (Bravo!)

Singer: Damit würden wohl auch selbstverständlich die zu diesem Teile der Resolution gestellten Amendements (164 und 165) zurückgezogen sein. Auch Antrag 166 ist zurückgezogen.

Antrag Adolf Braun mit 19 Genossen zu Antrag 136: Der erste Satz ist folgendermaßen zu formulieren: „Der Parteitag beharrt auf der Ueberzeugung, daß der Massenstreik ein wichtiges und unter Voraussetzungen, zu denen die Reaktion führen kann, unentbehrliches Kampfmittel nicht nur der politischen, sondern auch der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ist.“

Stadthagen: Darf ich fragen, von wo an die Nummer zurückgezogen sein soll? Hier wird angenommen, lediglich von den Worten „Dies ist geboten“ an (Widerpruch).

Singer: Ich habe die Erklärung nicht anders auffassen können, als daß Kautsch seine Resolution aufrechterhält bis zu den Worten: „Dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werden.“

Kautsky: Nein, wir halten die Resolution aufrecht bis zu den Worten „In diesem Sinne zu wirken“.

Singer: Danach bleiben doch die zu der Resolution Kautsky gestellten Amendements zurückgezogen. Ich möchte nun meinen, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung über die früher bestandene Resolution Kautsky nur den Sinn hatte, die jetzt zurückgezogenen Sätze zur besonderen Abstimmung zu bringen, während ja über die ersten Sätze Einmütigkeit in der Diskussion geherrscht hat. Wenn das der Fall ist, würde sich diese namentliche Abstimmung erübrigen (Zustimmung der Antragsteller).

Wir kommen nun zu Nr. 1 der Resolution 136, hierzu liegt vor das Amendement 171 (Legien-Bebel). Die Abstimmung über dieses Amendement 171 wird namentlich sein.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist die Annahme des Amendements Legien-Bebel mit 323 gegen 82 Stimmen. Mit Nein stimmen Baumert-Lahr; Otto Braun-Königsberg; Ehardt-Salzungen; Eichhorn-Durlach; Hermann von Elm-Dramfeld; Ewald-Berlin; Paas-Pforzheim; Marie Sed-Offenburg; Gewehr-Eberfeld; Geber-Leipzig; Goldstein-Rwidau; Grauer-Richtenberg; Grenz-Leipzig; Grunow-Ober-Schöneweide; Grünig-Niel-Gaarden; Gündel-Johanngeorgensadt; Haberland-Barmen; Hagen-Leipzig; Häuser-Steinberg; Heinrichs-Niddorf; Henning-Erfurt; Hoffmann-Hamburg; Kahle-Altona; Kautsky-Berlin; Kimmell-Hamburg; Kih-Geiz; Knaut-Meerane; Krohn-Konstanz; Ledebour-Berlin; Lipinski-Leipzig; Lehmann-Mannheim; Lohmann-Einbed; Rosa Luxemburg-Bromberg; Raab-Berlin; Martin-Müllhausen; Müller-Burgen; Müller-Zwidau; Riendorf-Niel; Volkender-Leipzig; Raute-Eilenburg; Reihhaus-Erfurt; Rindfleisch-Niel; Rönnow-Schleswig; Schneider-Berlin; Schulz-Bremen; Schulz-Berlin; Schwarz-Lübeck; Sasse-Schwelm; Seige-Wöfned; Seitel-Lichtenberg; Stengese-Hamburg; Stolle-Gesau; Störz-Speter; Stubbe-Hamburg; Sühling-Mannheim; Thiel-Kempelhof; Winter-Offenburg; Wimmer-Wolfenbüttel; Wollermann-Schöneberg; Wartig-Neuenhagen; Zieg-Hamburg und Zubeil-Berlin.

Kunnehr wird die Abstimmung über das Amendement Kautsky Nr. 170 vorgenommen: Zum ersten Teile dieses Amendements sind Änderungsanträge nicht gestellt, zum zweiten Teile erster Satz liegt das Amendement Quard Nr. 163 vor:

163. Im Amendement Kautsky zur Resolution Bebel im 2. Absatz am Schluß des ersten Satzes an Stelle: „beherrscht werden“, „erfüllt werden“ zu setzen.

Quard mit 20 Genossen.

Dieses Amendement wird angenommen. In der Abstimmung über die so gestellte Resolution Kautsky wird Nr. 1 angenommen und ebenso Nr. 2, deren Text bis zu dem Worte: „wirken“ reicht.

Damit hat der Antrag Bebel (Nr. 136) folgende Gestalt erhalten:

I.
Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagbeschlus zum politischen Kampfstreit und hält nach der Feststellung, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluß, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt.

Der Parteitag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Beschlüsse zur Nachachtung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteioorganisation, die Verbreitung der Parteipresse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmittglieder zur Parteioorganisation fordern.

Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Kampfstreites für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.

II.

Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt, ein Ziel, das auch der Klassenbewusste Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralkomitees der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Um aber jene Einheitslichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Kampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.

Die so gedachte Resolution wird in namentlicher Abstimmung mit 388 gegen 5 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen nur Dr. Aiberth-Ingolstadt, Ehardt-Salzungen, Hermann von Elm-Dramfeld, Grunow-Nieder-Barnim und Queffen.

Das Resultat der Abstimmung wird mit Beifall begrüßt.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Singer: Es ist wünschenswert und würde zur Abkürzung der Verhandlungen beitragen, wenn wir im Anschluß an diese Diskussion die Anträge verhandeln würden, die sich noch auf das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei beziehen. Eine Behandlung dieser Anträge unter dem Eindruck der vorhergehenden Diskussion würde sehr nützlich sein.

Der Parteitag ist mit diesem Vorschlage einverstanden.

Es handelt sich um den Antrag 160, der an Stelle des früher eingereichten Antrages 147 steht, ferner um die Anträge 162, 163 und 167, die sämtlich genügend unterstützt werden. Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 104, 105, 129, 133, 1 und 146.

Außerdem liegt vor ein genügend unterstütztes Amendement Dunder-Dresden, dem Antrag 162 hinzuzufügen: „und erwartet, daß ihrem Eintritt dort nichts in den Weg gelegt wird“.

Gleichfalls genügend unterstützt ist folgende Resolution Zubeil, die an Stelle der Anträge 160 und 162 treten soll:

„Es treten bedauerlicherweise immer bewußter Tendenzen hervor, die die gewerkschaftlichen Organisationen in den Dienst anderer, die die deutsche Sozialdemokratie gesüßentlich bekämpfenden Bewegungen stellen und eine Agitation gegen die Partei fördern wollen. Da durch dieses Treiben die Ausbreitung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen aufs schwerste geschädigt wird, erklärt der Parteitag:

Die anarcho-sozialistischen Bestrebungen sind mit den Zielen und Interessen der Sozialdemokratie ebenso wenig vereinbar, wie die politischen Bestrebungen anderer Parteien. Die Parteipresse hat daher die Pflicht, die anarcho-sozialistische Bewegung wie jede der Sozialdemokratie feindliche Bestrebung aufs entschiedenste zu bekämpfen. Die Parteigenossen haben die Aufgabe, Personen, welche für diese anarcho-sozialistischen Bestrebungen eintreten und für sie agitieren, ebenso wenig wie die Anhänger anderer Parteien in ihren Reihen zu dulden. Diejenigen Parteigenossen, welche in den lokalen Gewerkschaften organisiert sind, ersucht der Parteitag in Uebereinstimmung mit der Resolution des Lübecker Parteitags, sich den zentralorganisierten Gewerkschaften anzuschließen.“

Singer: Ich nehme an, daß das Amendement Dunder auch für diese Resolution gelten soll. (Zustimmung.)

Endlich steht noch das Amendement 169 zur Debatte.

Im zweiten Absatz zweite Zeile des Amendements 162 sind die Worte: „den Zielen und“ zu streichen.

Das Wort zur Begründung der Resolution 160 erhält

v. Elm: Wenn es auf meine Version allein ankäme, würde ich den Antrag 160 zurückziehen. Dazu bin ich aber nicht in der Lage, da der Antrag von einer größeren Zahl von Genossen unterschrieben ist. Der Unterschied zwischen unserem Antrage und dem Antrag 162 des Parteivorstandes ist kurz folgender: Zunächst wird in unserem Entzoge die Veröffentlichung von Teilen des Protokolls der Gewerkschaftskongressen verurteilt. Nachdem dies bei den vorausgegangenen Debatten von allen Seiten auch vom Parteivorstand mit aller Entschiedenheit geschehen ist, könnten wir uns damit vollständig genügen lassen.

Dann wird in dem Antrag 160 verlangt, daß die Anarcho-Sozialisten aus unseren Reihen ausgeschlossen werden. Ich will das so erklären, daß ein Teil der Antragsteller, als wir die Resolution berieten, sich für einen direkten Ausschluß nicht ohne weiteres erklären konnten. Die neueste Nummer der „Einigkeit“ erklärt nun aber folgendes: „Unser Weg ist vorgezeichnet. Allen revolutionären Geistern innerhalb der deutschen Proletariatsklasse sind die Türen unserer Organisation geöffnet. Wir werden trotz Parteitagbeschlüssen als gewerkschaftliche Kampfsorganisation den Beschlüssen folgen, die auf unseren Kongressen gefaßt werden. (Hört, hört!) Als Gewerkschaft gelten für uns die Beschlüsse des siebensten Kongresses der vereinigten deutschen Gewerkschaften.“ Nachdem so die „Einigkeit“ erklärt hat, daß ihre Anhänger unter keinen Umständen Parteitagbeschlüssen Rechnung tragen wollen, glaube ich, muß die notwendige Konsequenz unsererseits sein, daß wir erklären: Wir haben keine Gemeinschaft mehr mit den Leuten, die sich selbst außerhalb des Rahmens der Parteioorganisation gestellt. (Sehr richtig!) Wenn sie trotzdem innerhalb derselben bleiben wollen, so nur deshalb, um unsere Organisationen zu ihren Zwecken auszunutzen. Um das unmöglich zu machen, müssen wir heute für den Ausschluß eintreten. Die Resolution ihres letzten Kongresses, die nun für sie für maßgebend erklärt wird, sagt, daß der Klassenkampf im Sinne des revolutionären Sozialismus geführt werden muß. Revolutionärer Sozialismus ist aber in ihrem Sinne etwas anderes, als im Sinne der Sozialdemokratie. Das kommt ausdrücklich in dem zweiten Absatz der Resolution zum Ausdruck, wo es heißt, daß dieser revolutionäre Sozialismus zum Ausdruck gebracht werden muß in der Propaganda für die Idee des Kampfes und Generalstreiks. Das sind anarcho-sozialistische Tendenzen, wie sie bei den Sozialisten schon früher zutage getreten sind. So in der Versammlung der Lokalfisten im August 1904, in der Dr. Friedberg über Parlamentarismus und Generalstreik referierte. Seine Ausführungen, die abseitige Zustimmung fanden, gingen dahin: wir werden dem allgemeinen Wahlrecht keine Kränze nachweihen. Der Parlamentarismus ist ein Instrument der herrschenden Klassen und hat uns keinen Vorteil gebracht. Der Generalstreik ist das einzige Mittel, womit man den Klassenstaat tödlich treffen kann. Die damals angenommene Resolution lautete in dem gleichen Sinne, daß mit dem Parlamentarismus eine Verschleierung der Ziele des Sozialismus verknüpft sei. Ebenso wurde im September 1905 in der bekannten Feenpalastversammlung eine Resolution angenommen, nach welcher der Generalstreik das einzige Mittel zum Sturz des Kapitalismus sei.

Während nun die Gewerkschaften von vornherein die anarcho-sozialistische Bewegung im Interesse der Partei bekämpft haben, hat leider dieselbe energische Abkühlung in den Kreisen der Parteigenossen in Berlin nicht stattgefunden. Der „Vorwärts“ brachte damals einen geharnischten Artikel gegen die Anarcho-sozialisten. Damals aber war es Stadthagen, der indirekt im „Vorwärts“ das Vorgehen der Anarcho-sozialisten entschuldigte und die Hauptschuld auf die nicht genügende prinzipielle Aufklärung durch die Redaktion des „Vorwärts“ (Hört, hört!) legte. Die Leipziger Volkszeitung hat damals das Vorgehen entschuldigt, sie schrieb: Die weltpolitische Krisis und die gesamten Verhältnisse Europas erstrecken sich auch auf die deutschen Arbeiterklassen. Man fühlt instinktiv, daß man großen weltgeschichtlichen Konflikten und Entscheidungen entgegengeht, daß aber die bis dahin gebrauchten Waffen in den bevorstehenden Kämpfen nicht genügen. In solchen Perioden klappert nicht alles wie auf dem Erzerplatz. Das schadet auch schließlich nicht so viel. Das Schwergewicht der Massenbewegung bringt alles in Ordnung. Es ist auch eine bekannte Tatsache, daß noch im letzten Jahre drei „Vorwärts“-Redakteure die Anarcho-Sozialisten indirekt dadurch unterstützten, daß sie bei ihnen die Mairade hielten. Koch ist einer von den Lokalfisten heute Stadtverordneter in Berlin. Bei diesen Konfusionsräten ist eben alles möglich. Während Friedberg es für richtig hielt, sein Mandat niederzulegen, hat es dieser Genosse nicht getan. Bezeichnend ist dabei nur, daß die Berliner Parteigenossen die anarcho-sozialistischen Bestrebungen dadurch indirekt fördern, daß sie solche Leute zu ihren Vertrauensmännern machen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Bezeichnend ist auch, daß sämtliche Druckarbeiten dieser Leute vom Parteivorstand gedruckt werden. Erst kürzlich hat die bekannte Abplitterung vom Metallarbeiter-Verband stattgefunden. In der ersten Nummer des Organs der neuen Organisation hieß es: „So steht der größte deutsche Verband — der Metallarbeiter-Verband — aus, ein stolzer in sich kranker Koloss auf tönernen Füßen, vor dem zurzeit niemand Respekt hat. (Heiterkeit.) Wird die Organisation gesund, so könnte sie mit 300 000 Kämpfern unter kluger Leitung ganz Deutschland in die Schranken rufen. (Heiterkeit.) Jede Ausperrung, ja die Androhung einer solchen muß mit Woffenstreiks beantwortet werden.“ (Heiterkeit.) Mit derartig konfusen Ideen ist das ganze Organ behängt, und diese Zeitung wird gedruckt in der Vorwärtsdruckerei. (Hört! Hört!) Ebenso die hier verteilte Broschüre: Wo sitzen die Verräter an der Arbeiterklasse? (Hört! Hört!)

Singer: Ich möchte nur gleich bemerken, daß diese Broschüre von Parteitag wegen nicht verteilt worden ist.

v. Elm: Nein, aber sie ist am Eingang verteilt. Wenn solche Broschüren in Parteidruckerei gedruckt werden, so wird ihnen dadurch der Stempel der Partei aufgedrückt, und sie erscheinen der Masse weniger gefährlich, als wenn sie anderswo gedruckt werden. Die Leute werden natürlich auch über die Anbelangung der Meinungs-freiheit schreiben, aber wenn sie sich direkt außerhalb der Partei stellen, haben wir keine Veranlassung, ihnen unsere Institutionen, die von den Geldern der organisierten Arbeiter erhalten werden, zur Verfügung zu stellen. (Sehr richtig!) Parteitagbeschlüsse haben diese Leute nie respektiert. (Hört! Hört!) Der Haller Parteitag hat erklärt, daß sich die Arbeiter gewerkschaftlich in Zentralverbänden organisieren sollen, auch die Lübecker Resolution hat sich nach dieser Richtung geäußert. Aber jeder Appell an ihre Genossenschaft ist bisher vergeblich gewesen. Und alle Einigungsversuche sind nichts weiter als Zeitvergeudung. Als direktes Verbrechen an der Arbeiterbewegung muß ich es bezeichnen, wenn diese Leute nicht nur ihre Tätigkeit auf die Großstädte beschränken, sondern nach Oberschlesien, Mecklenburg und Westfalen gehen und die rüdeste Agitation gegen die Parteileitung betreiben. In Oberschlesien hat die Generalkommission mit großen Kosten Stützpunkte für die Arbeiterorganisation geschaffen. Dorthin kommen nun diese Leute und suchen gerade jetzt, wo der Kampf für die Gewerkschaften ohnehin schwer ist, Zerplünderung herbeizurufen. Und wenn man ihre Agitation anstellt, so ist sie nicht weiter als ein Schimpfen auf die Zentralverbände. Da kann man hören: „Wenn es Ihnen ernst ist mit Ihren Bestrebungen dann wenden Sie sich an von den Zentralverbänden. Eure Führer haben das eigenste Interesse daran, mit den Unternehmern in Harmonie zu leben, um ihr ruhiges, beschauliches Leben weiter führen zu können. Sie bieten alles auf, um Euch in das alte Geleir zurückzuführen.“ Damit ist die Agitationsweise dieser Leute genauglam bewiesen. Das beweisen auch die Wahlen in Reuthe und Rattowig, wo durch die Zerplünderung die Polen an Stimmenzahl ganz erheblich gewonnen

haben. Weiter haben diese Herrschaften indirekt und direkt Verrat an der Arbeiterklasse geübt, indem sie den Kapitalisten direkt Material geliefert haben.

So hat die „Einigkeit“, als einziger der Maurer Machate zu Breslau im Oktober 1903 zu 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er zwei Kollegen zum Eintritt in die Organisation aufgefordert und sie dabei auf die Fesseln getreten, die Strafe gebilligt und gemeint, wenn man sich der Zentralverbände absolut nicht erwehren könne, müsse man sich an den Staatsanwalt wenden. (Hört! Hört!)

Ueber die Veröffentlichung des Protokolls will ich weiter nicht reden. Aber doch noch eins! Auf der Konferenz, die hier besprochen worden ist, ist von den Gewerkschaftsführern beraten worden über Abwehrmaßnahmen gegen die Ausperrungstaktik der Arbeitgeber. Die „Einigkeit“ hat diesen Teil des Protokolls nicht veröffentlicht. Das anarcho-sozialistische „Freie Arbeiter“ brachte diesen Teil des Protokolls, und was es bedeutet, weiß jeder von Ihnen. (Sehr richtig.) Denn wenn man das, was in internen Kreisen beraten wird, den Unternehmern verrät, so ist das sehr gemein, daß kein Wort zu scharf genug ist, um ein solches Vergehen zu verurteilen. (Sehr richtig!) Woher hat nun der „Freie Arbeiter“ das Material genommen? Die Protokolle sind nur in wenigen Exemplaren verteilt worden. Ausgeschlossen ist, daß außer dem einen Exemplar, das man der „Einigkeit“ übergab, auch dem „Freien Arbeiter“ eines übergeben worden ist. Daran sehen Sie, wie die Anarchisten mit den Anarcho-sozialisten Hand in Hand arbeiten und direkt Verrat an der Arbeiterklasse üben. Darum ist es notwendig, daß wir diese Gesellschaft von unseren Leuchttürmen abschütteln. Ihre Auffassung über den Klassenstreik kennen wir ja. Aus den wenigen Proben, die ich gegeben habe, erkennen Sie ja, daß sie den Klassenstreik und den Generalstreik nicht nur anwenden wollen, um politische Volksrechte zu erobern oder zu verteidigen, sondern sie wollen ihn bei jeder Gelegenheit anwenden, um den Achtungstag zu bekommen, zur Desorganisation der heutigen Gesellschaft und stellen sich damit vollständig auf den Boden des Anarchismus. Deshalb bin ich der Meinung, daß es notwendig ist, Sitzung dazu zu nehmen, daß wir uns das nicht mehr gefallen lassen. Die Leute haben sich durch ihre Agitation und ihre Versuche längst außerhalb der Partei gestellt. (Sehr richtig!) Nachdem wir jetzt die Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft für begründet haben, wo wir Stellung genommen haben zu den Klassenstreik, haben wir mit den Anarchisten und Anarcho-sozialisten nichts gemein. Diese sind die zerlegenden Elemente in der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung, und darum müssen wir einmütig gegen sie Stellung nehmen. Ich ersuche Sie deshalb, die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission anzunehmen. (Lebhafte Beifall.)

Verfammlungen.

Die Zentralkommission der Krankenkassen hatte am Donnerstag die Kassenvorstände und Verwaltungsbeamten zu einer Versammlung einberufen. Ueber den verflorenen Verbandstag der Ortskrankenkassen Deutschlands erstatteten die Delegierten Koblenzer und Sgdoth Bericht, der ohne wesentliche Diskussion entgegengenommen wurde. — Hierauf referierte Simanowski über die Stellung der Apotheker in den Vororten zu dem Verlangen, den Krankenkassen einen Rabatt zu gewähren. Schon seit längerer Zeit wird darüber geklagt, daß die Vorortapotheken in der Rabattgewährung sich sehr verschieden verhalten. Die Zentralkommission ist deshalb beauftragt worden, mit den Vorortapotheken in Verbindung zu treten, um einen Vertrag, wie er in Berlin besteht, zustande zu bringen. Die Zentralkommission hat sich bemüht, diesen Auftrag auszuführen; es ist ihr aber nicht gelungen, ein Resultat zu erlangen. Auf die Anfrage der Kommission hat nur ein Teil der Apotheker geantwortet. Nur einige derselben sind bereit, einen Rezepterrabatt von 10 Prozent zu gewähren. Das erscheint als ein so geringes Zugeständnis, daß es unannehmbar ist, umso mehr, als die Preise für Handverkaufartikel in den Vorortapotheken erheblich teurer sind, als in den Berliner Apotheken. Verhandlungen mit dem Verein der Vorortapotheker sind der Kommission zwar zugesagt worden, es scheint aber auf Seiten der Apotheker keine Reizung zu Verhandlungen vorhanden zu sein, denn bis jetzt hat die Kommission vergebens darauf gewartet, daß der Verein der Vorortapotheker die in Aussicht gestellten Verhandlungen anknüpfen soll. Auf Vorschlag des Referenten beschloß die Versammlung, in der 78 Krankenkassen vertreten waren, einstimmig: Die Zentralkommission ist ermächtigt, nach eigenem Ermessen zu veranlassen, daß in Vororten, wo die Apotheker die Rabattforderungen der Krankenkassen nicht bewilligen und auch mit der Zentralkommission nicht verhandeln wollen, die Arzneilieferung für die Krankenkassen nur einzelnen bestimmten Apotheken übertragen wird, die anderen Apotheken aber gänzlich gemieden werden. — Wie Simanowski noch mitteilte, kann in allen Fällen, wo es nötig werden sollte, Arznei aus Berliner Apotheken nach den Vororten geliefert werden. Durch die Ausführung des Beschlusses werde es möglich sein, die Vorortapotheken zum Abschluß eines Vertrages mit den Krankenkassen zu bewegen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Magdeburger Aufruhrprozess.

Magdeburg, 28. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Seitens der Geschworenen wurde die Schulfrage bei fünf Angeklagten bejaht, während die Schulfrage bei 18 Angeklagten verneint wurde. Es erhielten die Angeklagten Buße 6 Monate, Bayer 9 Monate, Bürgam, Girt und Appel je 3 Monate Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. (Ueber die Ursachen des Prozesses berichten wir an anderer Stelle der heutigen Nummer. D. N.)

Lohnbewegung in der Hosoper.

Budapest, 28. September. (B. L. N.) Das Orchester, der Chor und das technische Personal der Hosoper hat korporativ die Direktion erklärt, daß, falls bezüglich der seit längerer Zeit angeforderten Gehaltsaufbesserung nicht bis zum 30. September die bindende Zusage gegeben wird, daß die Gehaltsaufbesserung am 1. Januar ins Leben tritt, sie ihre Mitwirkung einstellen werden. Die Direktion verharret auf dem Standpunkt, daß die Gehaltsaufbesserung erst am 1. Juni in Kraft treten kann, da vorher ihre Bewilligung im Abgeordnetenhaus notwendig ist. Falls das Personal diesen Standpunkt nicht akzeptiert, soll die Direktion, wie gerücheweise verlautet, entschlossen sein, die Oper am 1. Oktober zu schließen.

Ein Mordurteil.

Stockholm, 28. September. (B. G.) Wegen Aufreizung von Bekehrungsbedürfnis wurde gestern der Sozialist Sundström in Gese zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt. Mehrere aufreizende Schriften wurden beschlagnahmt.

Verhaftung von Dumamitgliedern.

Petersburg, 28. September. (B. G.) Auf Anordnung der politischen Polizei wurden heute morgen der Weisliche und ehemalige Abgeordnete Afanasjew sowie der ehemalige Dumaabgeordnete Michailitschenko verhaftet. Gründe für die Verhaftung werden nicht angegeben.

Zwei neue Opfer.

Riga, 28. September. (B. G.) Die Revolutionäre Mannus und Dubalski, die vom Feldgericht wegen des Attentates auf die Strakenbahn zum Tode verurteilt worden sind, wurden heute morgen erschossen.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Mannheim.

Telegraphischer Bericht. (Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Mollenbuhr:

Nachdem Elm unsere Resolution*) selbst zur Annahme empfohlen hat, brauche ich auf den Unterschied zwischen seiner... und unserer Resolution nicht mehr einzugehen. Aber wir können nicht, wie es Elm durchblicken ließ, ohne weiteres alle Leute ausschließen, die Mitglieder einer solchen Organisation sind.

Die Resolution 103 will nichts mehr und nichts weniger, als gewissermaßen eine Verschmelzung der gewerkschaftlichen und der

*) Resolution des Parteivorstandes. Der Parteitag beschließt:

In den in der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Organisationen treten bedauerlicherweise immer bewusster Tendenzen hervor, die diese Organisationen in den Dienst der anarcho-sozialistischen, die deutsche Sozialdemokratie gesichtslos belämpfenden und schmähernden Bewegung stellen, ja die eine anarcho-sozialistische Agitation gegen die Partei fördern wollen.

Die anarcho-sozialistischen Bestrebungen, wie sie in den lokalorganisierten Gewerkschaften sich geltend machen, sind unvereinbar mit den Zielen und Interessen der Sozialdemokratie. Die Parteipresse hat daher die Pflicht, die anarcho-sozialistische Bewegung auf das entschiedenste zu belämpfen und die Parteigenossen haben die Aufgabe, Personen, die für diese anarcho-sozialistischen Bestrebungen eintreten und für sie agitieren, soweit diese Personen Parteigenossen sind, aus ihren Reihen auszuscheiden.

*) Resolution v. Elm: Weil die unter gewerkschaftlicher Firma auftretenden politischen Zweiterorganisationen, genannt „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, sich immer bewusster in den Dienst anarcho-sozialistischer Propaganda und Ziele gestellt haben,

weil ferner diese Organisationen entgegen den Beschlüssen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, welche der Arbeiterschaft die gewerkschaftliche Organisation in Zentralverbänden empfehlen, die gewerkschaftlichen Zentralverbände fortgesetzt in der gefährlichsten Weise belämpfen,

weil ferner diese Organisationen im offenen Gegensatz zu den Beschlüssen sozialdemokratischer Kongresse den anarcho-sozialistischen Generalstreik propagieren und überdies durch eine besondere Verberung ihres Organisationsprogramms die anarcho-sozialistische Agitation direkt gefördert haben,

weil die Vorstände dieser „Freien Vereinigungen“ interne Beratungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission über das Verhalten bei politischen Massenstreiks — die schon aus Gründen der Parteistategie geheim bleiben mußten — in der „Einigkeit“ veröffentlicht und dadurch die Partei zum Gegenstand allgemeiner Angriffe gemacht haben, wiederholt der Parteitag die Resolution des Völkervereinigungstages:

Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektierung der Beschlüsse der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundsätzen der Demokratie.

Wer der Partei oder seiner Berufsorganisation in einem von ihnen geführten Kampf durch Taten entgegenwirkt oder vertritt wider das vorentwickelte Lebensprinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, als sie in diesem Verhalten verharren.

Die Antragsteller: T. von Elm; Th. Bömelburg; Jul. Koch; Wilh. Frisch; Eugen Bräuner; A. Nörten; J. Efftinge; Mattutat; Fr. Fischer; C. Winkelmann; August Reu; Paul; Heinrich Marx; F. Klein; Sidow; H. Sacke; C. Bae; W. Müller; Limberg; Paul Runge; Wähler; Koch; G. Reichel; Sebring; E. Hoffmann; J. Adamek; Dr. Albert; A. Dörter; Adolf Braun; J. Simon; A. Brandes; Paul Müller; R. Zahn; J. Bruhns

politischen Bewegung. Der Parteitag soll über Dinge beschließen, über die die Gewerkschaften selbst ein völlig freies Bestimmungsrecht haben und haben müssen. Wir können doch nicht ohne weiteres bestimmen, daß Mitglieder des Parteivorstandes zur Generalkommission hinzugezogen werden sollen oder daß gemeinsame Sitzungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission abgehalten werden und dergleichen. Alles das liegt außerhalb der Kompetenz des Parteitages. Und was will man tun, wenn man wirklich einige Mitglieder des Parteivorstandes in die Generalkommission wählen und diese es ablehnen würde, daß die Mitglieder des Parteivorstandes an ihren Sitzungen teilnehmen oder umgekehrt? Keiner Ansicht nach haben Partei und Gewerkschaften ganz getrennte Gebiete in der Arbeiterbewegung, auf denen sie vorgehen. Die Gewerkschaften haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Lage der Arbeiterklasse innerhalb der heutigen Gesellschaft zu verbessern. Die Partei hat auf politischem Gebiete alles das zu erringen, was durch die Gesetzgebung errungen werden muß, um gleichzeitig die Sozialisierung der Gesellschaft anzustreben. Das Arbeitsgebiet ist geteilt, und es ist dringend notwendig, daß die Organisationen sich dem anpassen. Die Gewerkschaften haben infolgedessen die Organisation nach Berufsgruppen eingeteilt. Würden wir aber Partei und Gewerkschaften verschmelzen, dann würden wir auch die Partei in Berufsgruppen zersplittern und ihre Aktionsfähigkeit schwächen. In der Partei haben wir alle zusammenzuwirken; eine Trennung nach Berufen wäre schädlich. Wir dürfen nicht den Gewerkschaften über ihre Köpfe hinweg Vorschriften machen; denn dann könnten schließlich auch die Gewerkschaftskongresse der Partei die Marschroute vorschreiben wollen. Man hat darauf zu achten, daß die Kompetenzen nicht überschritten werden. Da auch die erste Resolution von Elm gewissermaßen eingreift in die mehr internen Angelegenheiten der Gewerkschaften, haben wir uns veranlaßt gesehen, die Resolution 102 einzubringen, die nach unserer Ansicht vollkommen ausreicht. Daß in der Parteipresse die anarcho-sozialistischen Bestrebungen belämpft werden, halte ich für ganz selbstverständlich. Die Parteipresse hat selbstredend immer den Standpunkt der Sozialdemokratie zu vertreten. Dazu brauchen wir keine besonderen Resolutionen. Sowie die Parteipresse die anarcho-sozialistischen Bestrebungen unterdrücken würde, wäre es Aufgabe des Parteivorstandes, die betreffenden Berichtsmissionen darauf aufmerksam zu machen. Was sich von selbst versteht, braucht man nicht erst besonders zu beschließen, sondern das kann man ruhig dem Gange der Dinge überlassen. Ich möchte Sie also bitten, alle Anträge bis auf die Resolution 102 abzulehnen. (Beifall.)

Dr. Liebknecht-Berlin

begründet den Antrag 103. Die Polemik von Mollenbuhr ist nur deshalb möglich gewesen, weil er den klaren Wortlaut des Antrages nicht berücksichtigt hat. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte ich näher darlegen, daß ein Bedürfnis nach Herbeiführung einer engeren Fühlung zwischen Partei und Gewerkschaften zum Zwecke eines besseren Einverständnisses besteht; es fragt sich nur, in welcher Weise das geschehen kann. Es ist nicht etwa von mir oder von den Schwabelländern erdacht worden, daß man einen Aktionsausschuß schaffen kann und dergleichen, sondern die Vorschläge unseres Antrages sind nichts weiter, als was von Richard Fischer, von Elm, von Boehm und anderen in zahlreichen Versammlungen bereits in Vorschlag gebracht worden ist. Das einzig Neue in dem Antrag sind die Punkte d und e; d eigentlich auch nicht recht, denn der Sinn dieses Teiles ist auch bereits lausendfältig von den Genossen akzeptiert worden.

Der Gedanke einer organisatorischen Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaft ist nicht nur ein Ziel, auf dem wir zu wirken, sondern auch in anderen Ländern bereits realisiert. Ich weise nur hin auf Dänemark, Österreich, Belgien, Holland, Schweden. Da sind Partei und Gewerkschaften in enger Weise organisatorisch verbunden, und zwar ohne daß dadurch die Bewusstheit einer der beiden Organisationsformen geföhrt wäre. Daraus, daß die eine Organisation zugunsten der anderen gebunden und gebündelt wird, kann natürlich nicht die Rede sein. Selbst in Frankreich ist eine solche Fühlung zwischen Partei und Gewerkschaften herbeigeföhrt. Wir sehen also die Realisierungsmöglichkeit vor uns. Wir dürfen es nicht bei allgemeinen Sympathie-Äußerungen bewenden lassen, sondern müssen den Gedanken der Einheit zwischen Partei und Gewerkschaften verwirklichen. Das ist aber nur möglich durch die Anerkennung der Gleichberechtigung beider Organisationen. Diese Gleichberechtigung, die gegenwärtig ein Dogma in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, muß zu der Konsequenz führen, daß eine Verbindung in der Form eines Statutenverhältnisses hergestellt wird. Natürlich bleiben hierbei sowohl die Gewerkschaften als auch die Partei selbständig. Sie dürfen sich nicht gegenseitig verschlingen. Die ständigen Einrichtungen, die Partei und Gewerkschaften verbinden, wären ein Aktionsausschuß, regelmäßige Konferenzen zwischen beiden Zentralleitungen und dann schließlich eine Art Perionalunion. Wenn wir das nicht beschließen, dann laufen wir einfach auseinander und unsere ganzen Debatten über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften haben keinen Zweck. Pameau hat in kritischen Zeiten besteht eine Konfliktmöglichkeit. Und wenn dann der Gewerkschaftskongress hier und dort den Parteitag festsetzt, dann weiß niemand, wozu er laufen soll. Wir müssen den Mut haben, die Konsequenzen aus der gegenwärtigen Lage zu ziehen. Es bestehen gegen unseren Vorschlag, wie die internationalen Kongresse beweisen, weder juristische noch praktische Bedenken. Daß Zweckmäßigkeitsgründe dafür sprechen, ist selbstverständlich. Jedes Argument, das man etwa gegen die von uns vorgeschlagene gemeinschaftliche Partei- und Gewerkschaftskongresse vorbringen könnte, könnte sofort totgeschlagen werden mit dem Hinweis auf die internationalen Kongresse. (Sehr richtig!) Mollenbuhr meinte: Ja, Ihr wollt über den Kopf der Gewerkschaften hinweg entscheiden, daß Organisationen geschaffen werden, die doch nur unter Mitwirkung der Gewerkschaften geschaffen werden können. Das stimmt nicht. In der Einleitung unseres Antrages ist ausdrücklich davon die Rede, daß der Parteivorstand mit der Generalkommission in Verbindung treten soll. Ebenso hinsichtlich der anderen Einwände von Mollenbuhr. Er hat Punkt d nicht genügend beachtet. Nur in Fragen, in denen sich ihre Zuständigkeit kreuzt, sollen beide Organisationen nicht selbständig vorgehen. Dies zweite und letzte Argument von Mollenbuhr erledigt sich einfach dadurch, daß es etwas trifft, was gar nicht in dem Antrage steht. Ich weigere mich keineswegs in dem Höflichglauben, daß man durch organisatorische Bestimmungen alles machen kann. Solche Einrichtungen können ebenso wertlos sein wie Beschlüsse; aber der Mut zur Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften ist dann doch vorhanden, es ist nur nötig, ihn richtig anzuwenden. Wir müssen dem unentzöglichen Uebergangsstadium, in dem sich augenblicklich die deutsche Arbeiterbewegung befindet, so schnell wie möglich ein Ende machen. Alle Beschlüsse, die wir bisher auf diesem Gebiet geföhrt haben, werden ein Schlag ins Wasser sein, wenn wir nicht die Konsequenzen ziehen, wie sie der Antrag 103 zieht. Nehmen Sie den Antrag an; er bietet die beste Grundlage zur Herbeiföhung der Einheit zwischen Partei und Gewerkschaft, die wir alle erstreben.

Singer teilt mit, daß zu der Resolution 102 noch ein Amendement Scheibe-Dortmund eingegangen ist, im letzten Absatz an Stelle der Worte „erzucht die Parteileitung“ zu setzen: „haben die Pflicht“.

Zur Geschäftsordnung erklärt v. Elm: Nach Beendigung meiner Ausführungen haben mir eine Reihe von Genossen, die meinen Antrag mit unterschrieben haben, ihre Einverständnisse damit kundgetan, daß ich denselben zurückziehe. Sollte keiner der Antragsteller Widerspruch erheben, dann ziehe ich die Resolution zugunsten der Resolution der Parteileitung hiermit zurück.

Da sich kein Widerspruch erhebt, gilt die Resolution 100 und damit auch die dazu vorliegenden Amendements als zurückgezogen.

Den Antrag 107 begründet

Fröhlich-Böln:

Dieser Antrag bezweckt, endlich den Quartreibern ein Ende zu machen. So wie bisher kann es nicht weiter gehen. Die Wäffen der Partei sind den Lokalfisten zur Verfügung gestellt. Der „Vorwärts“ hat diesen Zweiterorganisationen keine Spalten geöffnet, hervorragende Parteigenossen haben in ihren Versammlungen Reden gehalten. (Sehr gut!) Das ist eine indirekte Förderung jener Organisationen. (Sehr wahr.) Der Kampf der Lokalorganisationen richtet sich nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen die eigenen Klassen Genossen und dem muß ein Ziel gesetzt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir dürfen uns nicht gegenseitig zerföhren, sondern die Arbeiter müssen sich einmütig gegen den Kapitalismus zur Wehr setzen. (Erneute lebhafteste Zustimmung.) Sehen Sie nur, wie sogenannte Genossen nach dem Rheinland kommen und dort unsere Gewerkschaften mit Koch beworfen! Dagegen müssen wir einschreiten. (Sehr wahr!) Ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag anzunehmen. Der Antrag wird den Gewerkschaften und nicht in letzter Linie der Partei zum Segen gereichen. (Lebhafte Beifall.)

Zabel-Berlin

föhrt zur Begründung seiner Resolution aus: Nachdem Elm seinen Antrag zurückgezogen hat, braucht man auf diesen Antrag nicht mehr einzugehen. Ich persönlich hätte gewünscht, daß auch der Vorstand seine Resolution zurückgezogen hätte. (Sehr richtig!) Dann hätten auch wir die Resolution zurückgezogen. Eine Frage von so hoher Bedeutung wie die vorliegende, die vor allen uns in Berlin eine ungeheure Plut von Mißbegleitern und Streitigkeiten bringt (Sehr richtig!), eine Frage, die uns zwingen würde, einen Teil unserer besten Parteigenossen in Berlin auszuschließen, da sie zum Teil auf einer anderen gewerkschaftlichen Basis stehen, hätte man uns nicht so unvorbereitet auf dem Parteitag bringen dürfen. (Sehr richtig!) Solche tief einschneidende Fragen sollte man so rechtzeitig zur Debatte stellen, und die Resolution so frühzeitig fassen, daß die Parteigenossen in den einzelnen Orten zu ihrer Stellung nehmen können. (Sehr wahr!) Wir haben unsere Resolution gestellt, weil wir nicht nur nach links treffen wollen, sondern auch nach rechts. (Lebhafte Zustimmung.) Ein Teil der Parteigenossen ist jeden Augenblick bereit, Leute von rechts mit vollen Armen aufzunehmen, nach links aber mit der größten Strenge vorzugehen. Wir haben daher diese Form gewählt. Wir sind nicht einverstanden mit der Resolution des Parteivorstandes, die auch nur eine Seite trifft, die andere aber unbeachtet läßt. Wir haben es im Wahllampfe 1903 erlebt, daß Leute, die in der Gewerkschaftskommission fanden, aber unserer Partei nicht zugehörten, die Sozialdemokratie auf das schärfste belämpften, aber in der Gewerkschaftskommission in Berlin über tief einschneidende Fragen urteilten, die auch die Sozialdemokratie betreffen. (Sehr wahr!) Wenn etwas geschieht, muß es nach beiden Seiten geschehen. Dann würde eine Versöhnung in der Zukunft zu erwarten sein, die heute, nach meiner Ueberzeugung nicht erzielt werden kann, weil kein Delegierter, ohne seine Parteigenossen zu hören, endgültig über diese Frage entscheiden kann. Deshalb bitte ich Sie, über die gestellten Resolutionen und Amendements, auch über die des Parteivorstandes, zur Tagesordnung überzugehen. (Lebhafte Beifall.)

Barth-Berlin hat sich als Vertreter der „Einigkeit“ zum Worte gemeldet. Der Parteitag beschließt, ihm vor Eintritt in die Diskussion das Wort zu gewähren.

Puffig:

Genossen! Ich bin zu langen Ausführungen zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht vorbereitet und habe auch nicht die Absicht, Ihre Geduld sehr lange in Anspruch zu nehmen. Ich spreche Ihnen vor allen Dingen meinen Dank aus, daß Sie mit als Mißbegleiterten gestatten, mich zu äußern. Es ist von seiten des Genossen Elm unsere Organisation, die Organisation der Freien Vereinigung Deutschlands, in unverantwortlicher Weise angegriffen worden. Genosse Elm hat alle Gewerkschaften, die sich der Freien Vereinigung angeschlossen haben, ohne weiteres in einen Topf mit den Anarchisten geworfen. Wir sind damit nicht ganz einverstanden (Hört, hört! Widerspruch), daß man uns ohne weiteres aus den Reihen der Parteigenossen zu streichen sucht. Als Redakteur der „Einigkeit“ nehme ich nach wie vor das Recht für mich in Anspruch, als demokratischer Sozialist zu gelten (Hört! hört! Lachen), weil ich davon durchdrungen bin, daß der Sozialismus in der nächsten Etappe die kapitalistische Gesellschaftsordnung ablösen wird. Die Momente, die Genosse Elm zur Begründung seines Antrages angeführt hat, kann ich auch nicht so ohne weiteres durchgehen lassen. Er zitiert die von einer leghin gegründeten Arbeiterorganisation herausgegebene Broschüre: „Wo sitzen die Verräter an der Arbeiterschaft?“. Diese Broschüre hat mit unserer Organisation oder die „Einigkeit“ hat mit dieser Broschüre absolut nichts zu tun. (Hört! hört!) Diese Sache wurde in solchem Zusammenhang gebracht, daß man auf den Gedanken kommen konnte, wir ständen hinter dieser Broschüre. Weiter ist von dem Genossen Elm gesagt worden, daß die „Einigkeit“ harte Urteile, die über kämpfende Proletariat gefällt worden sind, gutgeheißen hätte oder damit einverstanden gewesen wäre. Das muß ich ganz entschieden zurückweisen. Die kann dem ein Arbeiterblatt dazu kommen, wenn in einem Lohnkampf jemand denunziert wird und wenn ein Urteil über diesen Genossen gefällt wird, das gutzuheißen. Das ist in unserer Zeitung niemals geschehen. (Ho! hört! hört!) Wenn nun weiter gesagt wird, unsere Agitation bedeutet geradezu ein Verbrechen an der Arbeiterorganisation (Sehr richtig!), so ist gewiß, daß wir unsere Agitation für unsere Ansichten betreiben und daß wir dahin gehen, wo wir Anhaltspunkte für unsere Agitation finden. Wird es nicht von anderer Seite gerade so gemacht? Auch der Vorhalt, daß wir in irgend einer Weise in der Agitation von dem Parteivorstand Nachhülle bekommen hätten, ist schon von Bebel und Piepmann zurückgewiesen worden. Wenn wir ohne die Hälfte des Parteivorstandes und trotz der Bekämpfung durch alle Zentralverbände nicht verhanden sind, so zeigt dies doch von einer inneren Verdrängung unserer Organisation. (Lachen, Widerspruch.) Glauben Sie denn, daß in Berlin 2000 Mitglieder aus dem Metallarbeiterverband ausgeschieden sind bloß um der schönen Augen Wiesenthal willen und gegen die schönen Augen Cohens? Da müssen Gründe vorhanden sein, und die liegen in den inneren Einrichtungen der Verbände. Selbstverständlich sind bei uns ebenso gut Anarchisten wie bei den Zentralverbänden. Dies tut auch gar nichts zur Sache. Wenn Friedberg das Wort von den Anarcho-sozialisten geprägt hat, so verlangt auch Friedberg nicht, daß jeder, der der Freien Vereinigung der deutschen Gewerkschaften angehört, sich mit seinen Grundsätzen identifiziert. Friedberg hat das Recht, bei uns seine Meinung zu äußern, so gut wie jeder andere. Wir wollen selbstverständlich alle revolutionären Elemente, die mit den heutigen Zuständen nicht einverstanden sind, in unserer Organisation vereinen. Wir wollen die Anarchisten so wenig von uns abstoßen, wie es bisher die Zentralverbände getan haben. Wenn sie Schulter an Schulter mit uns kämpfen wollen, dann nehmen wir sie an. Wenn es nun als unerhört bezeichnet wurde, daß einem Lokalfisten in Berlin ein Stadtverordnetenmandat übertragen wurde, so muß nach meiner Ansicht den Berliner Genossen das Recht zustehen, darüber zu entscheiden, ob sie ihn für würdig halten oder nicht. Ich glaube, daß Sie unsere Organisationen einseitig beurteilen. Wenn Sie sich von unseren grundlegenden Prinzipien und unserer Taktik informieren wollen, so müssen Sie dies auf unseren Kongressen und in unserer Presse versuchen und sich nicht nur nach einem einzelnen herausgerissenen Blatt ein Urteil bilden.

Es ist folgender Antrag Fischer-Vorlu eingegangen:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, bis zum nächsten Parteitag den Versuch zu machen, in Verbindung mit der Generalkommission diese Frage im Sinne der Lübedischen Resolution zu regeln und geht damit über die zur Frage der Lokalorganisierten Gewerkschaften gestellten Anträge zur Tagesordnung über.

Dieser Antrag charakterisiert sich als motivierte Tagesordnung. Er steht also mit zur Diskussion und kommt nach Schluß derselben zuerst zur Abstimmung.

Rosa Luxemburg:

Parteigenossen! Ich glaube, es wird sich unter uns wohl keiner finden, der nicht mit dem Grundgedanken der Resolution des Parteivorstandes einverstanden wäre. Wir stehen ja hoffentlich alle auf dem Standpunkt, daß die Zentralorganisation die geeignetste Form für den modernen gewerkschaftlichen Kampf ist, und daß der Anarchismus heutzutage in Deutschland wie in der gesamten kapitalistischen Welt höchstens als eine Folge der geistigen Verirrung und geistigen Defizienz der Arbeiter betrachtet werden muß. Trotz alledem aber würde ich die Annahme der vom Parteivorstand vorgelegten Resolution als einen großen Mißgriff betrachten. (Sehr richtig!) Vor allem kann ich mir in meinem beschränkten Untertanenverstand (Heiterkeit) nicht klar machen, wie die Stellungnahme der Vertreter der Zentralverbände zu dieser Resolution mit ihrer Haltung zu der vorhergehenden Resolution Kautsky in Einklang gebracht werden kann. Dort, wo es sich um die selbstverständliche Sache in der Welt handelte, daß jeder Sozialdemokrat auch innerhalb der Gewerkschaft als Sozialdemokrat handeln und die Beschlüsse der Parteitage respektieren soll, sträubte man sich mit Gewalt dagegen, weil das nach außen hin den Eindruck hervorrufen könnte, die Gewerkschaften wären ganz am Gängelbande der Sozialdemokratie. Hier aber ist man ganz damit einverstanden, daß die Sozialdemokratie eine scharfe Aktion zugunsten einer bestimmten Organisationsform der Gewerkschaft unternimmt. Ich befürchte, daß bei einer solchen Doppelstellung das Verhältnis der Gewerkschaften zu der Sozialdemokratie sich etwa im Sinne jenes bekannten bauerischen Ehevertrages gestaltet, wo die Frau dem Manne sagte: Wenn wir in einer Frage einverstanden sind, so soll Dein Wille geschehen; wenn wir auseinander gehen, soll nach meinem Sinne gehandelt werden. (Heiterkeit.) Ferner finde ich es unverantwortlich, wenn hier die Partei gewissermaßen als Schutztruppe gegen eine bestimmte Gruppe von Gewerkschaftlern gedrängt werden soll; daß wir uns damit innerhalb der Parteireihen ganz und zwar auf den Hals laden sollen. Es ist doch kein Zweifel, daß unter den Lokalorganisierten sehr viele brave Genossen vorhanden sind, und es wäre unverantwortlich, wenn wir, um den Gewerkschaften in dieser Frage direkt zu dienen, den Zwist in unsere Reihen hineintrügen. Wir respektieren die Ansicht, daß die Lokalisten nicht den Zwist in den gewerkschaftlichen Organisationen soweit treiben sollen, daß sie die gewerkschaftliche Organisation dadurch unterbinden; aber im Namen der soviel gepriesenen Gleichberechtigung muß man doch mindestens daselbe für die Partei anerkennen. Wenn wir die Anarchosozialisten, wie der Parteivorstand vorschlägt, aus der Partei direkt ausschließen, so geben wir damit ein trauriges Beispiel dafür, daß wir nur Energie und Entschlossenheit finden, um unsere Partei nach links abzugrenzen, daß wir nach rechts aber die Tore nach wie vor sehr weit offen lassen. (Sehr richtig!) von Elm hat hier angeführt als ein Beispiel des anarchosozialistischen Unsinns, daß in der „Einigkeit“ oder in einer Konferenz der Lokalorganisierten ausgesprochen sei: „Der Generalstreik wäre als das einzige Mittel des richtigen revolutionären Klassenkampfes zu betrachten“. Nun ist das selbstverständlich ein Unsinn und nichts anderes. Aber, wer te wende, es steht genau so weit entfernt von der sozialdemokratischen Taktik und von unseren Prinzipien, wenn David erklärt, die gesetzlichen, parlamentarischen Mittel sind die einzigen Mittel der Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Man sagt uns, die Lokalisten, die Anarchosozialisten untergraben auf Schritt und Tritt durch ihre Agitation die sozialdemokratischen Grundsätze. Aber es ist genau ebenfalls eine Untergrabung sozialdemokratischer Grundsätze, wenn einer von den Zentralverbänden, wie Ringmann auf einer Kurierkonferenz im Februar, sich gegen das Prinzip des Klassenkampfes erklärte. (Widerpruch.) Der Anarchismus ist in unseren Reihen nichts anderes, als eine Reaktion nach links gegen die Ausschreitung nach rechts. (Sehr richtig!) Wenn Sie den Anarchismus bekämpfen wollen, so bleiben Sie treu unserem althergebrachten Prinzip; wegen Ansichten wird bei uns niemand ausgeschlossen. Wir wollen die Leute dadurch unschädlich machen, und die ganze anarchosozialistische Bewegung dadurch untergraben, daß wir gegen den Opportunismus Front machen, denn er ist der eigentliche Nährboden der anarchosozialistischen Ausschreitung. Wenn wir keinen von der äußersten Rechten ausgeschlossen haben, so haben wir jedenfalls auch kein Recht, die äußerste Linke auszuschließen. (Bravo! und Widerspruch.)

Scheide-Dortmund:

Die Anträge gegen die Lokalisten sind die notwendige Konsequenz der Beschlüsse, die wir bei dem vorherigen Punkte der Tagesordnung gefaßt haben. (Sehr richtig!) Wenn wir den Zentralverbänden die Beschlüsse der Parteitage aufzuzwingen wollten, so dürfen wir nicht den Lokalisten eine Hintertür lassen. (Sehr richtig!) Ich möchte Sie bitten, dem Antrage des Parteitages zuzustimmen mit der Abänderung, die ich beantragt habe, daß die Lokalisten nicht nur aufgefordert werden, sondern daß es ihnen zur Pflicht gemacht wird, sich zentralistisch zu organisieren. Was das ewige Versuchen nicht, haben wir ja seit Lübed gesehen. Die Ausführungen von Puttly klangen ja etwas veröhnlicher. Aber wenn man das Organ der Lokalisten, dessen Redakteur er ist, kiest, dann pfeift es aus einem ganz anderen Loch. (Sehr richtig!) Da werden ständig die schmächtigsten Angriffe auf Parteigenossen verübt. Wie kommt es denn, daß gerade die Berliner Parteigenossen sich so gegen die Annahme der Resolution des Parteivorstandes sträuben. Ich möchte fast sagen, daß hier wohl ein persönliches Freundschaftsverhältnis mit vielen Lokalisten besteht. Wir haben uns oft genug gefragt, wie es möglich ist, daß die Lokalisten in Berlin es so treiben können und daß trotzdem Redakteure des „Vorwärts“ in Versammlungen der Lokalisten Vorträge halten. (Hört! hört!) Ich habe schon am ersten Verhandlungstage die Art und Weise kritisiert, wie der sich als Sozialdemokrat hinstellende Maurer Gehl unsere Partei in ziemlich läppischer und einfältiger Weise heruntergerissen hat, so daß die „Tremontia“, das Zentrumsorgan, ihre helle Freude daran hatte, und der Bericht in der „Einigkeit“ stimmt beinahe überein in Schimpfereien über die Sozialdemokratie mit dem, was Christliche und Dirich-Dundersche Blätter damals schrieben. (Hört! hört!) Den Zentralverbänden wirft man ihre Neutralität vor, Gehl aber hat selbst erklärt, daß die lokalistischen Gewerkschaften von jeder Partei unabhängig sein müßten, das heißt nichts anderes, als daß die Lokalisten mit der Sozialdemokratie nichts zu tun haben wollten, sondern ihre anarchosozialistischen Tendenzen in die Arbeiter hineintragen wollten. Auf der letzten Versammlung des Berliner Gewerkschaftsartikels erklärt Kluge: „Bei uns sind Revisionisten, Radikalisten und Anarchisten vertreten. Die letzteren überwintern aber bald. (Hört! hört!) Wir müssen jetzt unter allen Umständen tabula rasa mit den Leuten machen!“ Wir appellierten in den letzten Tagen an das Gefühl der Zentralverbände; jetzt wollen wir an das Ehrgefühl der Lokalisten appellieren. Diejenigen, die es eifrig mit der Sozialdemokratie meinen, mögen zu uns herüber kommen und die anderen, die es nicht sind, die sollen bleiben wo der Pfeffer wächst. (Lebhafter Beifall.)

Körfen:

Genosse Zubeil hat sich wieder einmal geirrt. Was er hier behauptet hat, liegt lange zurück. Fischendorfer ist vor drei Jahren von seiner Organisation nicht mehr wieder gewählt worden und sitzt nicht in der Berliner Gewerkschaftskommission. (Hört! hört!) In der Nummer 44 der „Einigkeit“ vom Jahre 1908 hieß es: „Zur

Warnung an diejenigen, die es angeht! Es ist in letzter Zeit mehrfach uns gemeldet worden, daß einzelne fanatisierte Verbände, aufgeregt durch gewissenlose Dummheit, an Mitglieder der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angelegentlich Organisationen herantreten und sie durch Bedrohung mit Gewalt, Maßregelung und Boykottierung zwingen wollen, den Zentralverbänden beizutreten oder ihre Marken zu kaufen, und es versuchen und teilweise auch erreichen, sie aus der Arbeit zu vertreiben, wenn sie ihren Zweck nicht erreichen. Diese Fanatiker wissen sehr gut, welche schwere Strafe sie trifft, wenn ihr Tun zur Kenntnis der Behörde kommt. Zur Belehrung teilen wir folgenden Fall mit. (Hört! hört!) Und nun kommt der Fall M a c h a t e. Weiter heißt es: „Wir bitten unsere von den Verbandsfanatikern so mißhandelten Genossen also, solange sie sich nicht anders helfen können, und das wird ihnen in der Regel nicht schwer werden, diesen Schritt nicht zu unternehmen“. Das heißt also: wenn es irgend möglich ist, denunziert nicht, wenn es aber nicht anders geht, dann ist auch die Denunziation erlaubt. Der „Vorwärts“ sagte dazu: „Diese schloße Denunziation von Arbeitsbrüdern bei den Scharfmachern, die Aufforderung, die Massenjustiz auf unbedingbare Kollegen zu hegen, steht in einem Arbeiterblatt, das sich immer noch bis jetzt gerühmt hat, den Massenstandpunkt schärfer zu vertreten, als irgend ein anderes Gewerkschaftsblatt. Ein Arbeiterblatt trägt Material herbei zur Justizhausvorlage.“ So der „Vorwärts“ feinerzeit, und da hat man den Mut hier hinzutreten und zu erklären: „Wir haben es niemals getan. Nachdem der Antrag Elm zurückgezogen ist, kann ich mich zur Sache kurz fassen. Der Antrag des Parteivorstandes ist eigentlich nur eine Wiederholung dessen, was in Lübed und Jena beschlossen ist. Würden Sie diesen ablehnen, dann heißt das, die gegenwärtige Situation noch zugunsten der Lokalisten verbessern. (Sehr richtig!) Ich kann daher nur dem Antrage 107 zustimmen. Der Antrag des Parteivorstandes trifft noch lange nicht, was getroffen werden soll. Es sollen die Anarchosozialisten getroffen werden, wo sind denn die? Sie entweichen überall da, wo man zugreifen will. Heute sind sie hinter Friedeberg, morgen heißen sie einen Artikel von Kleinlein gut. Wenn der „Vorwärts“ heute einen Artikel schreibt, dann kommt sofort ein Artikel von anderer Seite: das geht und gar nichts an, was der geschrieben hat, wir sind gute brave Parteigenossen. Es ist eben jüwiel Liebe in Berlin für diese alten braven Genossen. (Sehr richtig!) Was trennt denn die Zentralverbände noch von den Lokalisten? Das Vereinsgesetz nicht; und die Unterstützungsanstalten modern sie heute auch mit. Sie haben zwar formell die Wiesenthal-Organisation abgelehnt mit drei Stimmen Mehrheit, aber Tatsache ist heute, daß die Gewerkschaft der Metallarbeiter ihre Anträge an Herrn Wiesenthal zur Abfertigung gibt. Die letzten Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den lokalistischen Arbeitern sind teilweise von Wiesenthal bearbeitet worden. (Hört! hört!) Das zur Steuer der Wahrheit. Dann sagen die Lokalisten, sie gehen nicht mit uns, wegen der langfristigen Taktik. Ich habe aber hier ein Exemplar der Lokalisten, da heißt es sogar: Die lokalistischen Hiesler in Berlin wollen einen Tarifvertrag abschließen, der unzulässig ist. (Große Heiterkeit.) Nur der Einwand der Unternehmern, daß man doch nicht auf ewige Zeit einen Tarif abschließen könne, hat sie davon abgehalten. So blieb den Lokalisten nur noch die Neutralität als trennender Punkt übrig. Weibel hat auch auf diesem Parteitag wiederholt, was man darunter versteht, und anders haben wir es verstanden. (Sehr richtig!) Nachdem der Parteitag so einig auch in dieser Frage ist, wird nun ja abzuwarten sein, was die Lokalisten weiter machen, nachdem ihnen auch dieser letzte Punkt weggewonnen ist. Darüber besteht ja kein Zweifel, daß sie heute rein gewerkschaftlich keine Bedeutung haben, aber sie benagen die Partei, um immer wieder einen Teil in die Bewegung zu treiben. Sie denunzieren, brauchen die ruppigsten Schimpfwörter, die sie schon in Anbetracht der Gegner unterlassen sollten. (Sehr richtig!) Jedes Mittel ist ihnen recht, wenn sie nur einen Teil in die Arbeiterbewegung treiben können. Sie stehen sich hinter die Partei, um da Hilfe zu haben, daher dieser unsaubere Zustand in Berlin. Ich bitte Sie, einmal praktisch zu arbeiten und nicht nur wieder platonische Beschlüsse zu fassen. Stimmen Sie dem Antrag 107 zu, damit jenen unsauberen Elementen das Handwerk gelegt wird. (Lebhafter Beifall.)

Lebebour:

Mit Einzelbeschwerden, die hier vorgetragen sind gegen die Lokalisten und Anarchosozialisten können wir, mit den meisten wenigstens, durchaus einverstanden sein. Zum Beispiel erkläre ich es auch für eine scharfe Handlungsweise, was Körfen aus der „Einigkeit“ vorgelesen hat, aber bei den Anträgen, die hier vorliegen, wird der Kardinalfehler gemacht, das Vorgehen gegen die Lokalisten und gegen die Anarchosozialisten zu konfundieren, von dem Parteitage den Ausschluß von Parteigenossen zu fordern, weil diese Parteigenossen irgend einer anderen gewerkschaftlichen Formation angehören. Das ist ganz unmöglich. Wir können die Lokalisten nicht als Lokalisten ausschließen, das wäre direkt ein Eingriff in die gewerkschaftliche Organisation. (Zuruf: „Wo steht denn das? Wer verlangt das?“) Das ist bestimmt gewünscht. Haben Sie nicht die Rede von Körfen gehört? Dann müßten wir auch umgekehrt fordern, daß die Zentralverbände alle Nichtsozialdemokraten ausschließen. (Widerspruch.) Wenn einzelne sich als Anarchosozialisten erklärende Personen der Partei angehören, so kann man gegen diese Anschlußanträge stellen. Es ist aber verkehrt, die gesamten Lokalisten als Antisozialdemokraten anzusprechen. Ein Beispiel dafür ist gerade Theodor Fischer, der Stadtverordneter in Berlin ist und meinem Wahlkreis angehört. Er hat in einer Versammlung der lokalistischen Zimmerer erklärt, daß sie die anarchosozialistischen Theorien verwerten und auch den von Kleinlein ergangenen Anruf, wo die Lokalisten aufgefordert werden, der Sozialdemokratie den Rücken zu kehren. Also wie kann man Fischer als Anarchosozialisten denunzieren? Das ist ein Beweis dafür, wie behändig die Fragen durcheinander geworfen werden. Wenn Elm behauptet, daß wir in Berlin die Anarchosozialisten nicht abgeschüttelt haben, so kennt er die Vorgänge in Berlin nicht, denn nach jenem Pronunziamento Friedeburgs für die Idee des Anarchosozialismus im Feenpalast, wo er auch die Lokalisten für den Anschluß gewann, sind wir in unserem Wahlkreis als erste sehr energisch dagegen vorgegangen, haben drei Tage lang darüber diskutiert und schließlich mit überwältigender Mehrheit eine Resolution angenommen, die die anarchosozialistischen Bestrebungen auf das entsetzlichsche verurteilt. (Hört! hört!) Also wir haben den Anarchosozialisten so entschieden die Tür geschlossen, wie man das nur tun kann. Wenn man aber einen moralischen Anschlußantrag annimmt für alle Lokalisten, so müßten alle diese Lokalisten als Organisation sich für die neue Parteibildung des Anarchosozialismus erklären haben. Das liegt nicht vor. Gegen einzelne Personen wie Kleinlein würde auch ich einen Anschlußantrag für gerechtfertigt halten, falls er noch Parteigenosse ist. Aber im übrigen würde es vollkommen den Traditionen der Partei und der Gerechtigkeit widersprechen, wenn wir einen moralischen Anschlußantrag für alle diese Leute annehmen. Deshalb möchte ich bitten, nur den Antrag auf Tagesordnung anzunehmen. Sollten Sie den Vorstandsantrag annehmen, dann jedenfalls mit dem Amendement Dunder, daß den Lokalisten bei ihrem Uebertritt in die Zentralverbände keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden. (Bravo.)

Kriem-München:

Durch die Annahme der Resolution Weibel-Regien hat die Arbeiterbewegung Deutschlands einen mächtigen und ehrenvollen Schritt zum Zusammenschluß der beiden Kampfesorganisationen gemacht. Wir dürfen aber dabei nicht stehen bleiben, sondern müssen suchen, daß die Abtrennungsbestrebungen der Anarchosozialisten und Lokalisten nicht gefördert, sondern gehindert werden. (Sehr richtig!) Es ist nahezu unglücklich, daß es noch immer Leute gibt, die sich durch die Angriffe der Lokalisten auf die Unterstützungsanstalten der Zentralverbände beeinflussen lassen. Auch den Parlamentarismus wollen die Lokalisten nicht. Kater hat selbst gesagt, daß die Leute die Zeit für den Parlamentarismus und das Geld für die Zentral-

verbände mit ihren großen Unterstüßungen sich sparen sollten. Ich betrachte die sogenannte freie Vereinigung der Gewerkschaften als nichts anderes, als eine Gegenorganisation zur Zersplitterung der Kräfte der Arbeiter. Diese Zersplitterungsversuche von Antisozialdemokraten müssen ebenso energisch bekämpft werden, wie die Organisationen der Christlichen! Wer verhängt uns, daß diese freien Organisationen bei den bevorstehenden Kämpfen nicht auch ebenso arbeiterverräterisch vorgehen, wie die Christlichen? Wie können diese Organisationen ihre Mitglieder bei Lohnkämpfen unterstützen, wenn sie kein Geld in den Taschen haben? Ich konnte es in München erleben, daß Leute, die schon zehn Jahre im Metallarbeiterverband organisiert waren, durch diese Leute so verdrängt gemacht wurden, daß sie aus dem Verband austreten wollten. Ich kann auch nicht dem Standpunkt der Rosa Luxemburg beitreten, die da sagte, daß diese Leute ebenso gut organisieren, wie wir. In dieser Zeit schwerer wirtschaftlicher Kämpfe gilt für uns das Wort: Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns! (Sehr richtig!) Leute, die gewerkschaftlich auf einem anderen Standpunkt stehen, gehören nicht zur Partei. (Sehr richtig!) Annäherungsversuche, wie sie der Antrag Fischer will, kann ich dagegen begrüßen. Dem Antrag 107 kann ich zustimmen. Ein großer Teil unserer Genossen begreift es nicht, daß in unseren Blättern vorn auf die Anarchosozialisten losgehauen wird und hinten stehen ihre Annoncen. (Sehr richtig!) Die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission ist nicht scharf genug.

Ein von Ring-Offenbach begründeter und von Koch-Remischke damit belämpfter Schlußantrag, daß die Verhältnisse in Solingen noch nicht erörtert seien, wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Puttly-Berlin bekräftigt die Behauptung Körstens, daß die freie Vereinigung der Berliner Hiesler einen unzulässigen Tarifentwurf vorgelegt habe. Ein solcher Entwurf sei von den Unternehmern vorgelegt worden.

Berlin-Berlin bekräftigt sich auf Mitteilungen, die ihm von zentralorganisierten Hieslergenossen geworden seien.

Stadthagen: Es ist wichtig, wenn Elm behauptet, ich hätte im „Vorwärts“ Friedeburgs Vorgehen und das der Anarchosozialisten unterschuldigt. Meine damalige Erklärung im „Vorwärts“ beweist das Gegenteil. Ich habe darin erklärt, daß der Anarchosozialismus auf ganz unklaren Theorien aufgebaut sei, die dieselbe Wurzel hätten, wie der Revisionismus. Ferner habe ich ausdrücklich gesagt, es sei im höchsten Grade bedauerlich, daß die Einigungsbestrebungen des Parteivorstandes zwischen Zentralverbänden und Lokalorganisierten scheitern würden. Seitdem habe die Verbitterung bei den lokalorganisierten Genossen so stark Platz gegriffen, wie nie zuvor. Aber diese Verbitterung darf nicht so weit gehen, daß die Lokalorganisierten nicht in die Zentralverbände hineingehen wollten. Diese Erklärung ist von v. Elm also vollständig verfälscht und verdreht worden. (Sehr richtig!)

v. Elm: Nach der Erklärung Stadthagens nehme ich meine Behauptung zurück. Wir haben hier eine Reihe Kongreßteilnehmer gesagt, Stadthagen habe das Vorgehen der Anarchosozialisten direkt unterschuldigt. Wenn das nicht der Fall ist, ist die Sache damit erledigt. Gegen Puttly stelle ich fest, daß die „Einigkeit“ doch denunziert hat. Wenn Lebebour behauptet, Fischer sei nicht Anarchosozialist, so erkläre ich einfach, daß Fischer die Kongreßresolution der Lokalorganisierten mit verfaßt hat.

Stadthagen: Ich bedauere, daß v. Elm nicht einfach erklärt hat, daß das, was er behauptet hat, falsch ist. Er hat sich auf Hintertreppenerzählungen von Kongreßteilnehmern berufen. Ich bin dadurch gezwungen, den entsprechenden Satz aus meiner längeren Erklärung zu verlesen, dann mag der Parteitag entscheiden, ob auch nur die Möglichkeit eines Irrtums vorlag: An einer Stelle der Erklärung heißt es: „Ihnen hilft man nicht durch Fernbleiben, sondern durch Propagandierung der Einheitslichkeit von Gewerkschaft und Partei innerhalb der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen ab. Das ist in Berlin und der Provinz Brandenburg dringend erforderlich“. Weiter heißt es zum Schluß: „Möge die besagte Annahme der Feenpalast-Resolution zu einer Stärkung der Ueberzeugung beitragen, daß zur Verwirklichung des Emanzipationskampfes der Arbeit dringend erforderlich Vertiefung der Erkenntnis des Zusammenhanges der Dinge, Einheit auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete ist. Galt man sich diese Ziele vor Augen, so kann auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete Zentralisation unter gleichzeitiger freier Entfaltungsmöglichkeit der einzelnen agitatorischen Kräfte und ein in Unterordnung unter den Willen der Partei vom Massengefühl zum Massenbewußtsein leitendes Organ in Berlin vor mancherlei Erschwerung der Aufklärungsarbeit, die unter so unendlichen Opfern nach vorwärts dringenden Genossen und die Partei bewahren.“ (Hört! hört!)

Veit-Leipzig (zur Geschäftsordnung): Durch den Schluß der Debatte sind wir Leipziger verhindert, dem Genossen von Elm zu antworten und seine Angriffe auf die „Leipziger Volkszeitung“ zurückzuweisen.

Es folgt die Abstimmung. Sie ergibt die Annahme des Antrages Fischer-Berlin auf motivierte Tagesordnung mit großer Mehrheit. (Beifall.)

Damit sind alle anderen Anträge erledigt; ebenso dieser ganze Punkt der Tagesordnung.

Auf Vorschlag Weibel wird die Zeit für die Einbringung von Vorschlägen zur Wahl der Parteileitung bis nach Schluß der Nachmittags-sitzung verlängert.

Eine Reihe Begrüßungstelegramme ist eingelaufen, darunter eines von blinden Parteigenossen Berlins. (Bravo!)

Der Gauleiter Schlafer-Vielefeld vom Tabakarbeiterverband teilt die Absicht der dortigen Unternehmer mit, 10 000 Tabakarbeiter auszusperrten. (Entrüstungsrufe.)

Die Mannheimer und Ludwigshafener Arbeitergesangsvereine laden die Delegierten für nächsten Sonntag zu einer Fahrt nach Worms ein.

Schluß 12 1/2 Uhr.

Nachmittags-sitzung, 2 1/2 Uhr.

Den Vorsitz führt Dreesbach.

Der Parteitag tritt in die Beratung von Punkt 6 der Tagesordnung:

Maisier.

Richard Fischer als Referent legt dem Parteitage erneut die schon in Jena angenommene Resolution vor. Dieselbe lautet:

Die Maisier ist eine zur Unterstützung der Massenforderungen und des Klassenkampfes des Proletariats sowie zur Förderung des Weltfriedens von den internationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration, deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsame Aufgabe aller politischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist. Als solche Massendemonstration wird sie vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterklasse kein Anlaß sein, von der Durchführung der Maisier abzusehen. In Uebereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachte die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitstube als die würdigste Form der Feier. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitstube am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitstube vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

Auf diesen Punkt der Tagesordnung beziehen sich auch die nachfolgenden Anträge, die alle genaugen unterstügt sind und als Amendements zu der Resolution Fischer gelten:

52. Vielefeld-Wiedenbrück: Der auf dem Parteitage in Jena zur Frage der Maisier beschlossene Resolution folgendes hinzuzufügen:

In Erwägung jedoch, daß im wirtschaftlichen Kampfe die gewerkschaftlichen Organisationen die Verantwortung nur allein zu tragen

und dafür zu sorgen haben, daß sie stets kampfbereit dem Unternehmertum gegenüberstehen, und der Kampf um die Arbeitsruhe am 1. Mai wiederum nur durch starke gewerkschaftliche Organisationen mit dauerndem Erfolg geführt werden kann, es ferner in der Natur der Sache liegt, daß dieser Kampf leicht zu weiteren Komplikationen mit dem Unternehmertum führen kann, und endlich der Erfolg des Kampfes um die Arbeitsruhe am 1. Mai von der jeweiligen wirtschaftlichen Konjunktur (eines oder mehrerer Berufe, eines Ortes oder ganzer Industriezentren) und der damit verbundenen Schlagfertigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen abhängt, erachtet es der Parteitag als eine Pflicht der gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen, sich den von den maßgebenden Instanzen der gewerkschaftlichen Organisationen in bezug auf die Arbeitsruhe am 1. Mai gefassten Beschlüssen unterzuordnen.

Ebenso wenig wie durch die direkte Aktion ohne entsprechende Nachstellung des Klassenbewußtseins der Arbeiter in der Organisation der Arbeitsruhe erobert werden kann, ebensowenig ist es möglich, die Arbeitsruhe am 1. Mai durch planloses Einschleichen der Arbeiter an diesem Tage selbst der Verwirklichung näher zu bringen. Wie es eine geschichtliche Tatsache ist, daß planlose Putzsch der Unterdrückten nur die Machtposition derselben schwächen und die der Unterdrücker stärken, ebenso kann die planlose, die vorhandenen Nachfaktoren nicht abwägende Einstellung der Arbeiter am 1. Mai sehr leicht zur Erschütterung der eroberten Nachstellungen des organisierten Proletariats führen, zum Vorteil der Kapitalistenklasse. Nur durch tiefgreifende Organisation der Arbeiterklasse und eingehende Schulung derselben im Kampfe ist es möglich, allen politischen wie gewerkschaftlichen Forderungen, und damit auch der Arbeitsruhe am 1. Mai Geltung zu verschaffen.

53. 17. sächsischer Reichstagswahlkreis. Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen, um Mittel und Wege zu finden, der Kaiserfeier mehr als bisher den Charakter zu verleihen, der ihrer würdig ist.

54. Teltow - Weeslow - Storlow - Charlottenburg:

a) Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften ins Einvernehmen zu setzen über die Art der Kaiserfeierbeschlüsse, damit Differenzen, wie in diesem Jahre beim Metallarbeiterverband vermieden werden, um die Kaiserfeier der Zukunft einheitlicher und machtvoller gestalten zu können.

b) Der Parteitag verpflichtet die örtlichen Wahlvereinsvorstände, zwecks Durchführung und Regelung der Arbeitsruhe am 1. Mai mit den örtlichen Gewerkschaftskommissionen rechtzeitig in Verbindung zu treten.

c) Diejenigen Genossen, welche am 1. Mai trotz eines regelrecht gefassten Gewerkschaftsbeschlusses arbeiten, sind auf Antrag aus der Partei auszuschließen.

55. Hanau: Der Parteivorstand wird beauftragt, zwecks Durchführung und Regelung der Arbeitsruhe am 1. Mai mit der Generalkommission der Gewerkschaften rechtzeitig in Verbindung zu treten.

56. Nieder-Saxen: Die Versammlung erwartet, daß der Parteitag bei Punkt 4 der Tagesordnung zum Ausdruck bringt, daß die deutsche Sozialdemokratie an der durch den internationalen Arbeiterkongress 1889 zu Paris beschlossenen Form der Kaiserfeier festhält und energisch Propaganda für die Kaiserfeier zu machen hat. Ferner soll jeder Parteigenosse verpflichtet sein, solchen Bestrebungen, wie sie in dem Antrage (51a) des Genossen Robert Schmidt auf dem Kölner Gewerkschaftskongress gekennzeichnet sind, auf das entschiedenste entgegenzutreten.

57. Stuttgart: Alle redege wandten Parteigenossen haben sich zur Kaiserfeier der Partei und den Gewerkschaften als Referenten unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

131. Kassel-Melsungen: Versammlung beantragt folgenden Zusatz zur Kaiserfeier: Veranstaltungen, die den Charakter der offiziellen Kaiserfeier tragen, dürfen nach dem ersten Sonntag im Mai nicht mehr stattfinden.

Berichterstatler Richard Fischer:

Als wir im vorigen Jahre in Jena die Frage der Kaiserfeier besprachen, da standen wir unter dem Eindruck, daß zwischen Partei und Gewerkschaften über die Form der Kaiserfeier und ihren Charakter Meinungsverschiedenheiten obwalteten. Wir haben deshalb auch in Jena nach einem ausführlichen Referat eine längere Diskussion gehabt. Dies Jahr, glaube ich, liegt zu längeren Ausführungen kein Anlaß vor. Soweit Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren, sind sie durch die Jenaer Resolution, die ja einstimmig angenommen wurde, beseitigt. Dazu kommt, daß die Gewerkschaften seit einer Reihe von Jahren auf dem Standpunkte standen, den sie auch in Jena betonten, sich in der Kaiserfeierfrage solange bedingungslos den Beschlüssen der Partei zu unterwerfen, bis eventuell ein nächster internationaler Kongress zu einer neuen Form definitiv Stellung genommen hat. Die Gewerkschaften werden, nach ihren bisherigen Absichten zu schließen, auf dem nächsten internationalen Kongress in Stuttgart diese Frage von neuem zur Beratung bringen. Da, wie gesagt, zwischen Partei und Gewerkschaften keine Meinungsverschiedenheiten obwalteten, können wir uns dieses Jahr damit begnügen, daß wir die Jenaer Resolution unüberändert wieder annehmen. Deshalb glaube ich von einer besonderen Begründung absehen zu können. Die vorliegenden Amendements bitte ich sämtlich abzulehnen. Der Antrag 53 besagt zwar, man solle nur der Jenaer Resolution bestimmte Sätze zufügen; aber diese Sätze stehen in einem Gegensatz zu der Jenaer Resolution. (Sehr richtig!) Das wäre das gleiche, als wenn man einem Glas Juckerwasser eine Portion Essig hinzusetzt und dann sagen wollte: das ist auch noch Juckerwasser. (Gelächter.) Der Antrag würde geradezu den alten Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft hervorheben. Wenn es in dem Antrage heißt: die Gewerkschaften allein haben die Verantwortung zu tragen, so stimmt das nicht. In Jena hat die Partei sich bereit erklärt, eventuell für die durch die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai entstehenden Kosten mit aufzukommen, und wir haben es ja in diesem Jahre gesehen, daß da, wo die Gewerkschaften aus eigener Kraft nicht imstande waren, die Opfer der Kaiserfeier zu tragen und sich an die Parteilasse wandten, allen diesen Gelenden ohne Einschränkung Rechnung getragen ist. Berlin z. B. hat 100 000 M., Hamburg 6000 M. für die Opfer der Kaiserfeier aus der Parteilasse hergegeben. Der Antrag ist auch deshalb unannehmbar, weil er einen Unterschied macht zwischen den gewerkschaftlich und den politisch organisierten Genossen. Dieser sucht wir immer eine gegenseitige Vereinbarung herbeizuführen; jetzt soll ausgesprochen werden, daß allein die gewerkschaftlichen Organisationen über die Form zu bestimmen haben und daß die gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen sich dem fügen müssen. Wie aber, wenn zwei verschiedene Beschlüsse vorliegen? Man braucht nur diese Frage aufzuwerfen, um einzusehen, daß man den Antrag ablehnen muß. Wenn weiter darin die Rede ist von planlosen Putzsch usw., so geht man darüber am besten zur Tagesordnung über. (Sehr richtig!) Den Antrag 53 halte ich für so selbstverständlich, daß es geradezu als Beleidigung aufgefaßt werden muß, wenn man verlangt, daß Parteivorstand und Generalkommission sich sozusagen noch in Unkosten stützen sollen, um der Kaiserfeier einen würdevolleren Charakter zu verleihen. Auch der Antrag 54 muß kurzgehand abgelehnt werden. Die Differenzen im Metallarbeiterverband in Berlin sind Sache der Berliner; der Parteitag hat sich damit nicht zu befassen. Ueber Punkt b haben wir schon bei dem vorhergehenden Punkte entsprechende Diskussionen geführt und Punkt c trifft ganz verschiedene Dinge durcheinander. Was die Gewerkschaften mit den Mitgliedern machen sollen, die ihren Beschlüssen nicht Folge leisten, ist Sache der Gewerkschaften und nicht der Partei. In erster Linie müssen die Gewerkschaften dafür sorgen, daß Disziplin in ihren Reihen herrscht und glauben sie dazu der Unterstützung der Partei zu bedürfen, so muß man von Fall zu Fall entscheiden. Aber wie können nicht beschließen, daß jemand, der einen Beschlüß seiner Gewerkschaft nicht respektiert, aus der Partei ausgeschlossen werden muß. Denn dadurch würden wir ja die Gewerkschaft als eine Instanz hinstellen, die über der Partei steht. (Sehr richtig!) Der

Antrag 55 ist ebenso selbstverständlich wie der Antrag 53. Der Antrag 56 spricht die Erwartung aus, daß der Parteitag zum Ausdruck bringt, daß die Sozialdemokratie an der durch den internationalen Arbeiterkongress zu Paris 1889 beschlossenen Form der Kaiserfeier festhält und energisch Propaganda für die Kaiserfeier zu machen hat. Das haben wir getan, indem wir in Jena die Resolution fassten, die ich ihnen heute abermals unterbreite. Zu dem, was der zweite Teil des Antrags fordert, liegt gar kein Anlaß vor. Der Jenaer Beschluß hat alle Gegeneinwendungen beseitigt. Es hat sich dabei auch nicht um Bestrebungen gehandelt, sondern um die Auffassung eines einzelnen Genossen und es ist nicht Aufgabe des Parteitages, über eine persönliche Auffassung zu entscheiden, ein Jahr nachdem ein Parteitag dazu Stellung genommen hat. (Sehr richtig.) Den Antrag 57 endlich halte ich gleichfalls für selbstverständlich. Die Sache ist zu kleinlich, als daß ein Parteitag erst darüber Beschluß zu fassen braucht. Wir würden der Partei damit geradezu ein Armutszeugnis ausstellen. Ich bitte Sie also, unter Ablehnung aller Amendements den Beschluß von Jena zu wiederholen. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Severing-Bielefeld:

Die Anregung zu dem Antrag 52 kam nicht von einem Gewerkschaftsbeamten, sondern von einem Genossen, der sich in hervorragender Stellung in der Partei befindet. Ob die Möglichkeit zur Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai vorhanden ist, darüber kann nicht die politische Organisation entscheiden, sondern nur die Gewerkschaften. Nicht aus finanziellen Gründen haben wir den Antrag gestellt, sondern um unsere Kollegen nicht in einen gewissen Konflikt hineinzutreiben. Daß es an Entscheidung zu kämpfen für die Arbeitsruhe am 1. Mai bei den Gewerkschaftsmitgliedern fehlt, kann wohl niemand sagen, aber die Hauptfrage ist und bleibt doch die Organisation in gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht. Vor unbefonnenen Putzsch muß ganz entschieden gewarnt werden.

Weitere Vorträge liegen nicht vor. Das Schlußwort erhält

Richard Fischer-Berlin:

Die Partei hat niemals beansprucht, daß diese Frage von der politischen Organisation entschieden werde, sondern sie hat das den Gewerkschaften überlassen und deshalb sind alle Schlußfolgerungen des Vorredners hinsichtlich. Ich kann nur wiederholen: Nehmen Sie einstimmig die Vorschläge meiner Resolution an und überlassen Sie es dem internationalen Kongress, das weitere zu beschließen. (Lebhafter Beifall.)

Die Abstimmung ergibt die unüberänderte Annahme der Resolution 159.

Es folgt Punkt 7 der Tagesordnung:

Sozialdemokratie und Volkserziehung.

Von hierzu neben den Zeitsähen der Referenten vorliegenden Anträgen werden die folgenden genügend unterliegt:

152. Die in Ziffer II. im Eingang des zweiten Absatzes stehenden Worte: „da er aus diesem Grunde den Gegensatz zwischen Handarbeit und Kopfarbeit, zwischen Praxis und Theorie aufhebt,“ — sind zu streichen.

David, unterstützt durch 21 Genossen.

153. Der erste Absatz von Ziffer V. ist zu streichen. — Danach ist der Eingang des folgenden Absatzes wie folgt zu fassen: „Der Sozialdemokratie erobert die Aufgabe“, usw.

David, unterstützt durch 21 Genossen.

154. In der dritten Zeile, letzter Absatz, ist vor dem letzten Satz einzufügen:

Aufhebung des Lehrerinnen-Fiskals.

Lily Braun, unterstützt durch 26 Genossen.

73. Genosse Hoch-Hannau:

Zu den Zeitsähen über: Volkserziehung und Sozialdemokratie: I. Unter Ziffer 1 im Absatz 3 den zweiten Satz dahin zu ändern: Eine planmäßige Föderung der Volksschule scheitert, obwohl sie im Interesse der sozialen Entwicklung liegt, zunächst daran, daß die Arbeiterkinder in einem Maße, das mit den Rücksichten auf die Volkserziehung nicht zu vereinbaren ist, zur Erwerbsarbeit herangezogen werden. Außerdem fehlen der herrschenden Klasse der stetig wachsenden Ausgaben für Militär, Marine und Kolonialpolitik die nötigen Geldmittel zur planmäßigen Föderung der Volksschule.

II. Unter Ziffer 1 im Absatz 3 den letzten Satz zu streichen.

III. Unter Ziffer 3 dem Absatz 2 zuzufügen: unter Heranziehung des Reiches zur Deckung der Kosten.

IV. Unter Ziffer 3 zwischen Absatz 5 und 6 folgenden Absatz einzuschalten: Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder, Kontrolle und Einschränkung der Kinderarbeit im Haushalte der Eltern unter Mitwirkung der Schule.

V. Unter Ziffer 3 zwischen Absatz 6 und 7 folgenden Absatz einzuschalten: Aufricht der Fortbildungsschule über die Beschäftigung der Schüler in den Fabriken, Werkstätten usw. Pflicht der Arbeitgeber, der Fortbildungsschule die verlangten Mitteilungen über die Beschäftigung der Arbeiter unter 18 Jahren zu machen. Einspruchsrecht der Fortbildungsschule gegen eine solche Beschäftigung der jungen Arbeiter, welche deren Fortschritte in ihrer Ausbildung nicht entspricht. Recht der Eltern zur sofortigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses in dem Fall, daß der Arbeitgeber nicht sofort auf Anweisung der Fortbildungsschule den jungen Arbeiter so beschäftigt, wie es mit Rücksicht auf seine Ausbildung notwendig ist.

VI. Unter Ziffer 3 nach dem vierten Satze einzuschalten: Dieser Aufforderung werden die Eltern um so besser nachkommen können, je günstiger Arbeits- und Lebensverhältnisse sich die Arbeiter dank der Erhaltung ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen erringen, je weniger sie auf das Mitverdienen ihrer Kinder angewiesen sind, je gründlicher sie ihre eigene Ausbildung betreiben, je mehr Zeit ihnen für die Erziehung ihrer Kinder bleibt.

74. Hannover-Stadt: In Erwägung, daß mit dem Wachstum der Partei die theoretische Ausbildung der Parteigenossen nicht gleichen Schritt gehalten hat, dem Bildungsbedürfnis der Parteigenossen aber mehr entgegengekommen werden muß, beschließt der Parteitag:

1. Den Landes- und Provinzialorganisationen ist zu empfehlen, zur Ausbildung von Agitatoren Unterrichtskurse einzurichten, welche zugleich als Vorkurse zu der vom Parteivorstand zu errichtenden Bildungsschule zu gelten haben.

2. Den örtlichen Organisationen ist zu empfehlen, mehr wie bisher für das elementare Wissen der Genossen Sorge zu tragen.

75. Brandenburg a. S.: Der Parteitag beauftragt den auf Grund der Zeitsähe zum Thema: „Volkserziehung und Sozialdemokratie“ eventuell zu wählenden Bildungsausschuß mit der Zusammenstellung eines Verzeichnisses guter Jugendschriften. Der Bildungsausschuß hat die Grundzüge, die für seine literarische, künstlerische und wissenschaftliche Wertung von Büchern usw. besonders für die Jugend maßgebend sein sollen, möglichst bald zu formulieren und in der Parteipresse zur Diskussion zu stellen. Das Verzeichnis ist, mit einer entsprechenden kurzen Einleitung versehen, im Parteiverlag herauszugeben. Den Parteibüchern wird zur Pflicht gemacht, dieses Jugendschriftenverzeichnis, das fortlaufend zu erweitern ist, ihren Abonnenten alljährlich im Oktober als Beilage zu liefern.

77. Necklinghausen: Die Partei richtet mehr als bisher ihr Augenmerk auf die Jugenderziehung. Dort, wo es irgend möglich ist, sind Jugendorganisationen zu errichten. Letztere sollen bemüht sein, auf allen Gebieten des Wissens nachzuholen, was die Volksschule vernachlässigt hat, und die Jugend mit sozialistischem Geiste zu erfüllen.

80. Teltow-Weeslow-Storlow-Charlottenburg:

a) Der Parteitag möge beschließen: Nach dem Aktentat auf die Volksschule ist es Pflicht der Sozialdemokratie geworden,

ihrerseits eine Volkserziehung auf Grundlage der Naturwissenschaften in die Wege zu leiten, um den Massen den Erwerb einer gefestigten Weltanschauung zu ermöglichen. Die Organisation dieses Unterrichts hat auf einheitlicher Grundlage für ganz Deutschland von der Partei als solcher zu geschehen.

b) Zwecks Propaganda unter der proletarischen Jugend ist der Parteivorstand zu beauftragen, die Jugendbeilage der „Gleichheit“ sämtlichen Parteibüchern beizugeben und sie nach Bedarf zu erweitern.

c) Resolution: Der Parteitag begrüßt mit Freuden die aus der Jugend selbst heraus gewachsenen Bestrebungen, die proletarische Jugend in einer Organisation zusammenzuschließen, welche geeignet ist, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterjugend zu heben, das Solidaritätsgefühl in den jungen Herzen zu wecken, die geistige Weiterbildung zu fördern. Er betrachtet die freie Jugendorganisation als Glied der modernen Arbeiterbewegung, welches die weitgehendste Unterstützung der erwachsenen Arbeiter fordert. Der Parteitag sagt aus diesem Grunde derselben seine vollste moralische und materielle Unterstützung zu.

81. Stuttgart: Der Parteitag verpflichtet die Kreisorganisationen, soweit es im Rahmen der Landesgesetzgebung möglich ist, durch Gründung von Jugendorganisationen für Schutz und Aufklärung der arbeitenden Jugend zu sorgen.

84. Elberfeld-Barmen: Die Verhandlung vorwärts wird beauftragt, recht bald eine wöchentlich erscheinende Jugendzeitung ins Leben zu rufen. Dieselbe soll zum denkbar billigsten Preise abgegeben werden.

85. Pirna: Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wird beauftragt, eine Jugendzeitschrift herauszugeben, welche den zu Oheim aus der Schule entlassenen Kindern unentgeltlich überreicht werden kann.

Die Anträge 78, 82 und 83 finden keine ausreichende Unterstützung.

Referent H. Schulz-Bremen:

Wir beiden Referenten, Genossen Jettin und ich, haben uns in die Arbeit so geteilt, daß wir die Schul- und Erziehungsfrage im engeren Sinne — sachtechnischen Sinne — zugefallen ist, während Genossin Jettin die Anwendung unserer pädagogischen Grundsätze auf das proletarische Elternhaus und auf die Selbsterziehung, ferner die politischen Aufgaben der Partei in bezug auf die Bildung und theoretische Festigung der Genossen darzustellen übernommen hat. Die Leitfäden meiner Ausführungen bilden deshalb die ersten drei der ihnen vorliegenden Zeitsähe. Genossin Jettin wird hernach die übrigen drei Zeitsähe begründen. Zum erstmalig beschließt sich ein Parteitag der deutschen Sozialdemokratie mit der Erziehungsfrage. Wohl ist auf früheren Parteitagen gelegentlich über eine oder die andere Unterfrage pädagogischer Art gesprochen worden; wohl ist in den programmatischen Debatten in Erfurt und Halle die Schule gestreift worden, aber selbst hier nur recht flüchtig. So beschränkte sich Liebknecht 1890 in Halle auf die lakonische Bemerkung: „Die allgemeine gleiche Volkserziehung durch den Staat ist selbstverständlich, ebenso der unentgeltliche Unterricht in allen Bildungsanstalten.“ In Erfurt 1891 ging Liebknecht zwar etwas weiter auf die im praktischen Teile des dort beschlossenen Programms entfalteten Schulforderungen ein, begnügte sich aber auch hier mit einem kurz gehaltenen Kommentar der Forderungen der Unentgeltlichkeit des Unterrichts in den öffentlichen Volksschulen, der Versyfung und des Aufstehens in höhere Schulen. Grundsätzlich zur Erziehungsfrage sagte er nicht. Auch bei den späteren gelegentlichen kurzen Debatten, die sich meistens um Anträge zum Parteitag, besonders um die stetig wiederkehrenden Wünsche nach Bekämpfung einer sozialistischen Kinderliteratur drehten, kam man kaum über einige mehr oder weniger wichtige oder unwichtige Nebendinge hinaus. Wesentlich besser sind die mannigfachen Schulangelegenheiten auf den zahlreichen Landeskonferenzen und Zusammenkünften von Gemeindegremien, die in den letzten Jahren in zunehmendem Maße stattgefunden haben, darangesprochen. Weil die Schule in Deutschland Landesangelegenheit, nicht Reichssache ist, sind die parteigenösslichen Abgeordneten in den Einzelparlamenten vor die Aufgabe gestellt, sich mit den Schulangelegenheiten zu befassen und sie aus diesem Grunde auch auf ihren Landesparteitagen zur Sprache zu bringen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bezüglich der Gemeindegremien. Die Aktionsprogramme unserer Parteigenossen in einzelnen Bundesstaaten enthalten deshalb auch weit mehr einzelne Forderungen in bezug auf die Schule nach dem Erfurter Programm. Aber auch bei diesen Debatten und den daraus entstandenen Programmen ist man selten bis auf den grundsätzlichen, sozialistischen Kern der Erziehungsfrage gebrungen, wie das übrigens in der Natur der Sache liegt! Die Landtagsabgeordneten und noch mehr die Gemeindegremien haben es in der Hauptsache mit den praktischen Schulangelegenheiten zu tun. Wohl können sie gelegentlich in Anknüpfung an den Religionsunterricht eine grundsätzliche Debatte über diese Seite des Schullebens herbeiführen, aber in der Hauptsache beherrschen praktische und äußere Schulfragen, Schulbauten, Klassenfrequenz, Lehrerbeförderung und ähnliche Dinge die Debatte bei der Beratung des Schuletats. In solchen Fragen haben sich zahlreiche sozialdemokratische Stadtverordnete und Landtagsabgeordnete im Laufe der Zeit und bei dem lebhaften Interesse der Sozialdemokraten für alle Schulangelegenheiten, eine hervorragende Sachkenntnis angeeignet, die mit Freuden zu begründen ist, und für deren Förderung und Ausbreitung wir nach wie vor bestrebt sein müssen. Aber als Gegengewicht und auch zugleich als Lichtsamer für diese Fälle praktischer Detailarbeit, ist es ja länger je mehr zur dringenden Notwendigkeit geworden, wieder einmal bis auf den Grund des Erziehungsproblems vom Standpunkte des wissenschaftlichen Sozialismus aus zu steigen. Wieder einmal! Denn es hat schon sozialistische Kongresse gegeben, auf denen die prinzipielle Seite der Erziehungsfrage mit einer so instruktiven Sicherheit und mit einer durchdringenden theoretischen Klarheit dargelegt worden ist, daß man heute darüber erstaunen muß und nicht umhin kann, sich darauf zu stützen, sofern man das Erziehungsproblem mit den Mitteln des historischen Materialismus erschaffen will. Ich denke hierbei nicht an den internationalen Sozialistenkongress in London im Jahre 1898, wo auch über die Erziehung und über die körperliche Entwicklung gesprochen wurde und beschlossen worden ist, aber weniger vom grundsätzlichen — sozialistischen, als vom sozialpolitischen Standpunkte aus. Die Kongresse, die ich im Auge habe, liegen viel weiter zurück. Es sind die ersten sozialistischen Kongresse überhaupt. Die Kongresse der internationalen Arbeiterassoziation, die vom Jahre 1868 an mehrere Jahre hintereinander stattfanden. Damals, als noch die internationale Arbeiterassoziation das organisatorische wie geistige Zentrum des jugendlich-intendurigen Sozialismus bildete mit Marx als dem eigentlichen Kopf der Bewegung, damals haben sich die Arbeiter mit großem Eifer und mit großer Lebhaftigkeit mit den theoretischen Fragen der Jugenderziehung beschäftigt. Schon auf dem ersten Kongress in Genf 1868 bildete der Punkt: „Die Arbeit von Frauen und Kindern“ einen Hauptteil der Verhandlungen. Und ganz im Sinne der Marx'schen Anschauungen über den Zusammenhang auch der Erziehungsfrage mit den ökonomischen Faktoren der betreffenden Zeit wurde diese scheinbar ökonomische Frage so zum Anlaß sowohl einer scharfen Kritik des herrschenden Schulsystems als auch einer klareren Formulierung des sozialistischen Schulideals. Man hat sich auf den beiden nachfolgenden Kongressen in Lausanne 1867 und Brüssel 1868 wiederum mit der Erziehungsfrage beschäftigt. Doch ist man auf die grundsätzliche Höhe der Genfer Entschlieung, deren Text zweifellos von Marx stammte, nicht wieder gelangt. Ich will jetzt auf diese Beschlüsse in ihrem sachlichen Inhalt nicht eingehen; das soll in einem späteren Abschnitte meiner Ausführungen geschehen. Es kam mir vorläufig nur auf die Konstatierung des nicht uninteressanten Gegenstandes an, daß die Partei in früheren Jahren, als sie an Zahl noch klein war und sich die praktische Mitarbeit in den Parlamenten noch nicht erzwungen hatte, um so eifriger in der Diskussion unserer theoretischen Grundsätze war, während in späteren Zeiten mit dem Wachstum der praktischen Mitarbeit die theoretische Diskussion in den Hintergrund gedrängt worden ist. Aber wie ganz allgemein in der

Parzei neuerdings ein höchst erfreuliches Wiederbestimmen auf den fördernden Wert theoretischer Klarheit gerade auch für das Welterleiden der praktischen Kleinarbeit plagegreifen hat, so ist auch für jedwede praktische Tätigkeit auf dem Gebiete der Erziehung, sei es der Kleinkindererziehung, sei es der Schulerziehung, sei es der Erziehung im schulpflichtigen Alter, sei es schließlich der Selbstbildung, die Kenntnis der durch den wissenschaftlichen Sozialismus geschaffenen Grundlagen und Wegweiser von größter Bedeutung. Die praktische Beschäftigung der Parteigenossen und Genosseninnen mit den Erziehungsaufgaben ist aber in den letzten Jahren erheblich gewachsen, und sie wird in den nächsten Jahren noch außerordentlich zunehmen. Das wird zum Teil daraus zurückzuführen sein, daß eine neue Generation von sozialdemokratischen Eltern herangewachsen ist, die ihren Kindern die an ihnen selbstgemachten Erfahrungen zu gute kommen lassen wollen. Wer als Kind eines Nichtsozialdemokraten herangewachsen ist, wird das Bedürfnis haben, seinen Kindern die viele Mühe zu ersparen, die er selbst dran setzen mußte, um sich gegen den Willen seiner Eltern zum Sozialdemokraten durchzuringeln. Wer schon sozialdemokratische Eltern gehabt hat, wird trotzdem auf manche trübe Erfahrung zurückblicken, die er seinen eigenen Kindern ersparen möchte. Oder aber, wenn er mit Freude auf seine eigene Kindheit zurückblicken kann, wird er seinen Kindern die gleiche liebe Erinnerung möglich machen wollen. Doch wir wären ungerecht, wenn wir nicht auch unserer lieben Freunde, unserer Feinde, in diesem Zusammenhang gedenken wollten. Auch die politischen Reaktionen, insbesondere die von den verbündeten konservativen Kräftigen, freikonservativen Scholbaronen und nationalliberalen Scharfmachern unter dem zweiseitigen Segen der Geistesheilen und Gelehrten fleißig vorgebrachte preussische Schulreaktion, haben ihr vollen Anteil an dem gesteigerten Interesse der Arbeiterklasse an den Schul- und Erziehungsaufgaben. Die Arbeiter haben bisher noch zu vermeiden gesucht, den latenten Konflikt zwischen klassenstaatlicher Volksschule und sozialdemokratischem Elternhaus zum offenen Ausbruch gelangen zu lassen. Bei dem großen Respekt der Arbeiter vor dem Wissen haben sie selbst in der heutigen unzulänglichen und oft genug arbeitserföndlichen Volksschule vieles passieren lassen, was sie auf Grund besserer Ueberzeugung lieber bekämpft hätten. Nachdem aber die Schulreaktion ihre in Preußen unbeschränkte Macht zu einer standalösen Herabwürdigung der Volksschule noch unter ihr bisheriges niedriges Niveau ausgenützt hat, nachdem sie vor der Volksschule und den auf sie angewiesenen Volksschülern nicht die geringste Achtung bekundet hat, da verdiente die Klassenbewußte Arbeiterklasse fürwahr die ihr widerfahrene Schmach, wenn sie sich das widerstandslos gefallen ließe. „Tu las voulu, Georges Dandin“, so rufen wir der preussischen und der sich anderswo freiziehenden Schulreaktion zu. Ihr habt es gewollt! Wohlan! Wir nehmen den Fehdehandschuh an. Aber seid überzeugt, wir setzen auf euren einen Scherben mindestens anderthalbe! Und so wollen wir auf diesem Parteitag denn den Anfang machen zu einer dauernden großen Aktion im Interesse unserer Jugend, so wollen wir den Kampf mit den Mächten des Klassenstaats beginnen um den Besitz unserer Kinder. Das Kapital, das den Arbeitern das Mark aus den Knochen saugt und ihnen das Gehirn ausdörret, das ihnen jedes Familienglied vorentzückt, das dem Mann die Frau, der Frau den Mann, den Kindern die Mutter, der Mutter die Kinder streitig macht, dieses Kapital verflucht und verflucht von jeder in unerhörter Vermesstheit die Denkwelt und das Gemüt der wehrlosen heranwachsenden Generation der arbeitenden Klasse und es hat neuerdings Vorzüge getroffen, daß diese Verfluchung und Vergiftung in Zukunft noch gründlicher und rücksichtsloser vor sich gehen kann. Dieser kreppellose Verfluchung der herrschenden Klasse an dem werdenden Geschlecht gilt es entgegenzutreten. Dem Sozialismus und der Jugend gehört die Zukunft. Je engher beide Hand in Hand arbeiten, um so besser für die sozialistische Zukunft.

Die erste Frage grundlegender Durchforschung des weiten Gebietes der Erziehung im herkömmlichen Sinne ist die Frage nach dem Ziel der Erziehung. — Die Teleologie, die Lehre vom Zweck der Erziehung, bildet darum auch den ersten Hauptteil der wissenschaftlichen Pädagogik, wie sie heutzutage an Seminarien und Universitäten gelehrt wird. Aber über das Ziel der Erziehung sind sich die bürgerlichen Theoretiker bis auf den heutigen Tag nicht einig geworden. Der eine bekämpft den andern. Die Stellungnahme hängt auf beiden Seiten von den philosophischen Systemen ab, denen die betreffenden Theoretiker angehören. Die Philosophie, und zwar die Ethik, soll das Ziel der Erziehung bestimmen, wobei wiederum die Verschiedenartigkeit der Ethik und ihrer Postulate oder doch deren abstrakte begriffliche Formulierung eine Einigung der theoretischen Pädagogen über das Ziel der Erziehung verhindert. In einem Punkte freilich herrscht eine gewisse Uebereinstimmung bei allen bürgerlichen Pädagogen: die Erziehung soll religiös-sittlicher Natur sein, ihr Ziel soll von sittlichen und religiösen Faktoren bestimmt werden. Diese Abhängigkeit der Pädagogik von religiösen und zwar christlichen Tendenzen ist begründet, wenn man berücksichtigt, daß das ganze offizielle Geistesleben seit beinahe 2000 Jahren sich unter dem Zeichen des Kreuzes vollzogen hat, und daß auch die bedeutendsten vordringlichen Philosophen, besonders Plato, von der christlichen Theologie umgeben und für sich mit Beschlag belegt worden sind. Kant'sky zeigt in seiner Schrift über die Ethik und die materialistische Geschichtsauffassung die Beziehungen zwischen der antiken und christlichen Ethik auf, und er weist nach, wie diese Verflechtung auch die bis heute währende gegenseitige Durchdringung von Ethik und Religion im Gefolge hatte, wie seitdem jede ethische Frage zu einer Frage der Theologie wurde. Dadurch ist es auch zu erklären, daß nur christliche Pädagogen bis auf den heutigen Tag vor Plato eine höfliche Verehrung machen, freilich, um im nächsten Augenblicke einen Haufen von Vorbehalten gegen den kommunistischen Charakter des Platonischen Staatsideals und des von ihm für seine Staatszwecke vorgezeichneten Erziehungs-ideals aufzutürmen. Plato will durch die Erziehung gute Staatsbürger schaffen; der Staatszweck ist für ihn zugleich der Erziehungszweck. Das Christentum als Weltreligion konnte mit diesem Staatszweck nichts anfangen. Sein Ideal war nicht der Staat auf Erden, sondern das Reich Gottes im Himmel. Als deshalb die Kirchengüter in den ersten Jahrhunderten der christlichen Zeitrechnung sich mit der Theorie der Pädagogik zu beschäftigen begannen, stellten sie als Ziel der Erziehung das „Ebenbild Gottes“ auf. Dieses Ziel ist eigentlich im Grunde bis heute das herrschende geblieben. Wenn es in der Auslegung sich auch die verschiedenartigsten Formulierungen hat gefallen lassen müssen. Am schroffsten galt dieses Ideal im Mittelalter während der unumschränkten Herrschaft des Katholizismus und es erzeugte, wie Dittes („Geschichte der Erziehung und des Unterrichts“, 10. Auflage, Seite 10) sich ausdrückt: „In seiner Ueberstimmung jene Karikatur der christlichen Erziehung, die in absoluter Weltverachtung und in Erstickung des Fleisches das Radikalmittel zur Vereinerung alles menschlichen Geistes erblickte.“ Als die Reformation die katholische Auffassung zurückdrängte und die christliche Kirche aus der Unklammerung des internationalen Papsttums befreite, damit jeder Staat seine eigene Religion haben und jeder Fürst zugleich der Papst für seine „Landeskinder“ sein konnte, wurde dem rein kirchlichen Zweck der Erziehung auch ein Staatszweck beigegeben. Die Kinder sollten nicht nur zu frommen Kindern Gottes, sondern auch zu gehorsamen Untertanen ihres leiblichen Herrn erzogen werden. Die bedeutendsten Theoretiker der Pädagogik während der Reformation und in den darauf folgenden zwei Jahrhunderten wenden sich mit ihrer Theorie und Praxis fast stets an die „mächtigen Herren und Frauen“, an die Fürsten und Fürstinnen, und bitten um deren Unterstützung, wofür sie ihnen wiederum mit ihrer Pädagogik zu Güte kommen wollen. Und alle Schulordnungen werden im Auftrage der Landesfürsten ausgearbeitet, von ihnen befragt und erlassen. Eine energische Ablehrung von diesem engen und beschränkten Ziel der Erziehung brachte die Aufklärungsgeschichte im 18. Jahrhundert. Zwar hat selbst Comenius formell noch an dem Ebenbilde Gottes fest, doch in seiner humanistischen Auslegung dieses Ideals wird es gleichbedeutend mit dem Ideal allseitiger und harmonischer Menschenbildung. Das Kind soll nach Comenius seiner irdischen und himmlischen Bestimmung entgegen-

geführt, es soll auf Erden brauchbar und glücklich sein und im Himmel selig werden. Man erkennt sehr leicht den großen Fortschritt, den mit Comenius die pädagogische Theorie gemacht hat. Es liegt nahe — ich muß aber leider in diesem Zusammenhange davon absehen, näher darauf einzugehen — die Beziehungen Comenius' zum Kommunismus der böhmischen Brüder nachzuweisen und daraus — wenn auch in christlich-mythologischer Verbrämung seiner Zeit — seine hochliegenden erzieherischen Ideale abzuleiten. Rousseau predigte die Rückkehr zur Natur. Wenn der Jüngling aus seiner Hand geht, wird er weder Knappe noch Soldat, noch Priester sein, er wird zuerst Mensch sein. Die natürliche Erziehung muß den Menschen für alle Verhältnisse geeignet machen. Nebenlicher Art waren die pädagogischen Ziele der deutschen Aufklärer, die sich an Rousseau anlehnten, insbesondere der Philanthropisten. Basedow lud zu seinem Philanthropium in einem Kurfürst (1770) ein, in dem es hieß: „Der Zweck der Erziehung muß sein, einen Europäer zu bilden, dessen Leben so unschädlich, so gemeinnützig, so zufrieden sein möge, als es durch die Erziehung veranlaßt werden kann.“ Das philosophische Ziel, dem auch das pädagogische entsprechen sollte, war das Streben nach Glückseligkeit. Weit aber sie hinaus ragt Pestalozzi, der nicht nur die natürlichen Verhältnisse berücksichtigen will, sondern der auch den Zusammenhang der Erziehung mit den sozialen Zuständen zu erkennen beginnt. Er wollte die harmonische Ausbildung aller Kräfte und Anlagen des Menschen und zwar sollte die Ausbildung der Menschheit durch das Befolgen ihrer Natur selber bestimmt werden. In verstandesmäßiger Mäßigkeit formuliert Kant zu abstrakten philosophischen Begriffen, was Pestalozzi im Ueberfluge des Gefühls und in glühender Begeisterung anstrebt. Kant schätzt die Erziehung sehr hoch, er wollte, daß die Kinder nicht nach blohem Verkommen für den gegenwärtigen, sondern gemäß der „Idee der Menschheit“ für einen künftigen besseren Zustand der Gesellschaft erzogen werden. Aber selbst Kant, der Gott aus seinem System durch die Haupttür hinauskomplimentiert hatte, um ihn durch die Hintertür wieder einzufangen, konnte sich nicht völlig von der religiösen Tradition freimachen. So war er auch für einen Religionsunterricht, wenn er ihm auch einen reinen Moralunterricht voranzustellen wollte. Kant ist für die wissenschaftliche Pädagogik, die eigentlich erst im vergangenen Jahrhundert geschaffen worden ist, von großer Bedeutung geworden. Seine idealistische Ethik ist in der bürgerlichen Pädagogik noch heute fast unumsritten. Auch Herbart, der als der eigentliche Beginn der wissenschaftlichen Pädagogik betrachtet wird, kommt nicht darüber hinaus. Er hat Kant höchstens, wenn man will, ins Spießbürgerliche überetzt: Weiden kommt es an auf die Bildung des sittlichen Willens. Dieser Wille muß, wie Herbart, einer der bedeutendsten noch lebenden Theoretiker und Herbartianer, es ausdrückt, „der eigne Wille der Person sei hervorgegangen unter der Einsicht in die absolut bindende Gültigkeit des sittlichen Gesetzes.“ Dieses Sittengesetz ist aber nach Kant über Raum und Zeit erhaben, es ist absolut, für alle Zeiten gültig. Und darin kommt auch der individualistische Grundcharakter der Kantischen Philosophie wieder zum Ausdruck. Es stellt seine Forderungen an den Einzelnen, nicht an die Gesellschaft. Wenn die menschliche Gesellschaft besser werden soll, so muß zunächst der Einzelne besser werden. Zu diesem Zweck muß die Erziehung den Willen der Einzelnen bilden. Am schroffsten kommt die individualistische Grundtendenz der idealistischen Ethik Kants in ihrer Anwendung an die Erziehung zum Ausdruck bei Ziller, einem häufig mit Herbart zusammengekommenen Pädagogen und Schüler Herbarts. Er sagt in seiner Einleitung zur allgemeinen Pädagogik: „Wir denken nicht daran, den Zweck der Erziehung außerhalb des einzelnen zu suchen. Wir wollen diesen nicht denken, um aus der Familie, aus dem Staat, aus der Menschheit etwas zu machen, um sie bestimmten Zielen entgegenzuführen. Die erziehende Tätigkeit muß in dem einzelnen ihren Ausgangspunkt, ihren Verlauf und ihr Ende haben. Eine Tätigkeit, die durch den einzelnen hindurch auf die Gesellschaft zu wirken sucht, ist keine erziehende. Dem Erzieher als solchen geht gar nichts an als die Bildung, die der einzelne in sich trägt und der Gesellschaft zugute kommt, die Erziehung der letzteren aber von dem einzelnen auszugehen hat. Es sind das politische Reflexionen, die außerhalb des pädagogischen Gesichtskreises liegen. Die Sorge um die Menschheit sollte der ohnehin beschränkte Menschengeist dem höchsten Wesen überlassen.“ Diese Worte sind in den Jahren um 1837 herum, also in den Jahren nach der 48er Revolution, in einer Zeit der schwarzen Reaktion geschrieben. Das muß ihren realistischen, unsozialen Charakter erklären. Belangt so Ziller auf der Grundlage der Kantischen Ethik zum strengsten Individualismus, so bemüht sich eine moderne, an sich nicht unsozialistische Richtung in der wissenschaftlichen Pädagogik, aus derselben Kantischen Ethik die Notwendigkeit einer sozial gerichteten Erziehung, die Sozialpädagogik abzuleiten. Katop, Universitätsprofessor in Marburg, hat mit viel Scharfsinn die von ihm anerkannte soziale Bedingtheit der Erziehung mit dem Kantischen Sittengesetz in organischen Zusammenhang zu bringen versucht. Er hat dabei unübertreffliche Resultate in einzelnen zutage gefördert, aber die eigentliche Aufgabe, die er sich gestellt hat, löst er nicht. Es gelingt ihm nicht, Kant und den Sozialismus und die Sozialpädagogik zum unlöslichen Bunde zu vereinen. Man fühlt bei ihm immer wieder heraus, daß seine Idee sozial und historisch begründet ist, daß sie seinem tiefen Wunsch sehr entspricht, aus der heutigen materiellen Zeit heraus zu kommen und in ein Reich der Wahrheit, Gerechtigkeit und Schönheit zu gelangen. Nur glaubt Katop anscheinend nicht, daß ihm der Sozialismus diesen Wunsch restlos erfüllen kann und darum tröstet er sich mit der Unmöglichkeit und Unerlöschlichkeit der „Idee“, dem unbedingt Geföhllichen. Damit hat er wie ein echter Philosoph die Welt wieder einmal interpretiert. Es kommt aber auch Marx darauf an, sie zu verändern. Die materialistische Geschichtsauffassung, die uns hierfür die Mittel in die Hand gibt, ist in den Streifen der Sozialpädagogik noch fast ganz unbekannt. Katop hat zwar von ihr gehört, er streift sie im Vorbeigehen und ist auch klug genug, sie nicht in Danks und Lügen zu verwerfen, aber außer Katop hat sich kaum ein bürgerlicher Pädagoge mit dem Wesen dieser auch für das Verständnis der Pädagogik so außerordentlich wichtigen Methode beschäftigt, geschweige denn sie angewendet. Wohl aber gibt es Gelehrte mit berühmten Namen, die über die wissenschaftlichen Grundlagen der Sozialdemokratie und das sozialistische Bildungsideal so jammerrich unterrichtet sind, daß es einen Hund erbarmen könnte. So hat der bekannte Professor Paulsen, Philosoph und Pädagoge seines Reichens, in dem von dem Jenseiter Professor Klein herausgegebenen Handbuch „Die Pädagogik“ (Band I S. 607) einen Artikel über die Bildung geschrieben, in dem es u. a. heißt: „Das alte Ideal der Demokratie ist gleiche Erziehung und Schulunterricht für alle, ohne Unterschied des Berufes und der Lebensstellung. Gegenwärtig hat sich die Sozialdemokratie diese Forderung angeeignet; sie verpflichtet sich ihre Erfüllung erst nach der Aufhebung der Klassenunterschiede überhaupt, und ist so konsequent, zugleich die Berufsunterschiede als künstlich wegfallend anzusehen und in der vollkommenen Gesellschaft der Zukunft wird jeder in allen Aufgaben geschäftig sein. Das gilt insbesondere von den bisherigen Regierungsberufen. Die Arbeit der Zeitung bedarf besonders vorgeschulter Personen nicht mehr und wird bei allen der Reihe nach umgehen können.“ Und auf welche grundlegenden Theoretiker der Sozialdemokratie beruft sich dabei Paulsen? Etwas auf Marx oder Engels oder Kant'sky? O nein! auf Volkamy, den phantastischen Nihilisten aus dem Jahre 2000. Wir wollen Volkamy einen guten Mann sein lassen und uns dafür an diejenigen halten, die wissen müssen, was der historische Materialismus, diese unübertreffliche Methode sowohl zur dialektischen Erforschung der Vergangenheit, als auch zur praktischen Arbeit in der Gegenwart zur klaren Erkenntnis der Zukunft für die Zielbestimmung der Pädagogik zu sagen hat. Die materialistische Geschichtsauffassung geht von dem Satz aus, so erklärt Engels in seinem Antidühring das Wesen der Geschichtsauffassung kurz und präzis, daß die Produktion und der Austausch der Produkte die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist, daß in jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaft die Verteilung der Produkte und mit ihr die soziale Erziehung in Klassen

und Stände sich danach richtet, was und wie produziert und wie das Produkt angetauscht wird. Hierin sind die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen zu suchen, nicht in den Köpfen der Menschen, in ihrer zunehmenden Einsicht in die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise. Sie sind zu suchen nicht in der Philosophie, sondern in der Ökonomie der betreffenden Epoche. Darum sind auch die Mittel zur Beseitigung entedeter Mißstände und zur Hebung der menschlichen Gesellschaft nicht etwa aus dem Kopf zu erfinden, sondern vermittels des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen der Produktion zu entdecken. Wir haben also nicht spekulativ nach einem Ziel der Erziehung auszusuchen, sondern wir müssen die Tatsachen des ökonomischen Lebens zu begreifen und aus ihnen sowohl die gegenwärtigen als auch die zukünftigen Wege der Erziehung zu erkennen suchen. Aus dem zeitlich begrenzten ökonomischen Ziel ergibt sich auch in entsprechender Ableitung das pädagogische Ziel, die Klassenziehung der Vergangenheit. Diese materialistische Betrachtung macht auch erklärlich, warum wir in der menschlichen Geschichte bisher noch nie, allen Philosophen zum Trost, eine allgemeine und gleiche Volkserziehung hatten. Die bisherige gesellschaftliche Produktion hat sie noch niemals gefordert. Es lag ein wirtschaftliches Bedürfnis für sie nicht vor. Im Theorien hat sich die wirtschaftliche Entwicklung bisher noch nie geklämmert, wenn diese Theorien nicht auf ihrem Wege lagen. In den Urzeiten der menschlichen Geschichte, als die Menschen in verschiedenen Formen kommunistischer Gemeinschaft lebten, für die die geringe Produktivität der Arbeit sie nötigte, gab es kaum eine gesellschaftliche Erziehung. Soweit man von einer solchen reden konnte, muß sie kommunistischer Art gewesen sein, wie auch die Kinder in jenen vorgeschichtlichen Zeiten in gewissen Sinne kommunistisches Eigentum waren. In den Zeiten der alten Familienformen, über die Näheres bei Morgan's Engels nachzulesen ist, herrschte ein gebundener Geschlechtsverband; wenn er sich allmählich verengte, so war doch nur die Mutter eines Kindes, nicht aber der Vater genau festzustellen. Ein Kind konnte also nicht, wie heute, von seinen Eltern erzogen werden, sondern höchstens von der Mutter; wahrscheinlich aber wurde es durch die Gesamtheit erzogen, soweit in jener primitiven Zeit von Erziehung überhaupt die Rede sein konnte. Sie wird darin bestanden haben, daß die Knaben sich zu den Männern und die Mädchen sich zu den Frauen hielten und durch die Nachahmung allmählich die Fertigkeit der Erwachsenen zu erlangen suchten, denn es handelte sich damals um Fertigkeiten, die durch Uebung der Hand oder des Körpers zu erlangen waren. Geistige Bildung gab es noch nicht. Für sie wurden erst die Bedingungen geschaffen, als die Menschheit den großen Schritt aus der Zeit der Unkenntnis in die der Sklaverei getan hatte. Es trat jetzt die Teilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit ein, durch die den Klassen die körperliche Arbeit zufiel, während die durch die Entwicklung Bevorrechteten die Leitung dieser Arbeit, den Handel und die Staatsgeschäfte besorgten. Diese bevorrechtete Klasse schuf auch für ihre Angehörigen die Möglichkeit, Kunst und Wissenschaft aus ihrer Mitte heraus zu entwickeln. Hier beginnt die bis heute währende unnatürliche Trennung von Theorie und Praxis, die auf der einen Seite eine scheinbar um ihrer selbst willen vorhandenen Wissenschaft und Kunst schuf, während auf der anderen Seite die körperliche Arbeit zu einer geistlosen, rohen, mißvollenen Tätigkeit degradiert wurde; gut genug, nur von Sklaven und Lohnarbeitern vollführt zu werden.

Mit dieser Teilung von Klassen beginnt auch die Klassenziehung, und mit dem gleichzeitigen Aufkommen des Privateigentums und der damit zusammenhängenden Einnahme die Familienziehung. Aber die Klassenziehung wie die Familienziehung gab es eigentlich nur bei der herrschenden Klasse, denn für die zu geistloser Teilarbeit zerlegte Sklavenarbeit bedurfte es keiner besonderen Vorbildung des Geistes; es genügte die mechanische Nachahmung, der in Notfällen die Peitsche zu Hilfe kam. Die Sklaven bekamen ihre Arbeit zugewiesen. Neben das Warum, Woher und Wohin hatten sie sich keine Gedanken zu machen. Dazu waren ihr Herr und seine Beamten da; oder eben dieser Notwendigkeiten wegen mußten die herrschenden Klassen darauf bedacht sein, ihren Nachwuchs von vornherein planmäßig zu erziehen; der Vater wollte seinem Sohne sein Eigentum vererben. Der Sohn mußte darum in den Stand gesetzt werden, dieses Erbe sachgemäß verwalteten zu können. Er mußte, wenn auch mit Hilfe von Beamten die Produktion leiten, den Kauf und Verkauf von Produkten nachbringen bewirken können; er mußte gemeinsam mit seinesgleichen innerhalb des Staates die Geschäfte der herrschenden Klasse zu besorgen verstehen. Aus allen diesen Gründen sehen wir die Gesetzgeber, Staatslenker und Denker bei den alten Griechen eifrig um die öffentliche Erziehung bemüht. Von der gefühlsbetonen Methode des Aufzuegens der Kinder (wenn sie schwächlich waren) bis zu den prunkvollen olympischen Spielen diente alles der planmäßigen Ausbildung der hellenischen Jugend — herrschenden Klasse — wie immer betont werden muß, damit sie gesund an Körper und Geist, geschickt zu Kampf und Spiel und klug im Verkehr mit Freund und Feind heranwachsen konnte. Zum ersten Male trennte sich hier eine Klasse los aus der Allgemeinheit, ließ diese für sich arbeiten, während sie selbst den Produktionsprozess geistig leitete und für diesen Zweck sich auch eine besondere geistige Bildung aneignete. Es ist selbstverständlich, daß diese geistige Bildung sich nicht erschöpfte in mittelbarer Tätigkeit für materielle Interessen, sondern daß sie auch Zeit und Mühe zur Pflege der Wissenschaft und Kunst fand. Dieser Zustand hat, von äußerer Unterdrückung abgesehen, Tausende von Jahren gedauert. Auch im alten Rom war es ähnlich. Und das Christentum, daß sich zwar der Sklaven annahm, sorgte doch nicht für deren geistige Bildung, sondern sagte ihnen im Gegenteil: „Selig sind, die geistig arm sind, denn das Himmelreich ist ihrer.“ Für die herrschenden Klassen freilich wandte das Christentum diese Formel nicht an. Es hat sich ja stets den wechselnden Bedürfnissen anpaßend genügt und Moral mit doppeltem Boden war den christlichen Priestern niemals ein Stein des Anstoßes. So kam es, daß das Christentum, als es erst zur herrschenden Religion sich durchgerungen hatte, auch in geistiger Beziehung die Führung übernahm. Die Klöster wurden zu den Stätten von Kunst und Wissenschaft. Geistliche wurden die Lehrer von Fürsten und Adligen. Die soziale Struktur hatte sich durch das Eingreifen der Germanen in die geschichtliche Entwicklung geändert. Sklaverei im antiken Sinne gab es nicht mehr. An ihre Stelle war die Hörigkeit getreten. Der Feudaladel ist im Besitze der wissenschaftlichen Macht, des Grund und Bodens. Er hat die Bauern zurpflichtig gemacht. Er bildet die weltliche Vorherrschaft für die Bauern; er zwingt die Bauern zu mühevoller Fron. Da die Kirche der größte Feind seiner Zeit ist, so arbeitet sie mit dem Feudaladel Hand in Hand. Ritter und Fürsten kämpfen für die Kirche mit dem blanken Schwert, die Kirche tritt für die Vorrechte der Ritter und Fürsten mit dem Schwerte des „Geistes“ ein, indem sie die geistige Bildung des Rittertums übernimmt und zugleich die Massen von unfreien Bauern in Unwissenheit und geistiger Anpaßlosigkeit erhält. Im Mittelalter gibt es auf dem Lande noch keinerlei Anläge zu Schulen für die breite Masse des Landvolkes, wohl aber gibt es Schulen unter geistlicher Leitung an den Fürstentümern, auf den Ritterburgen und hauptsächlich in den Klöstern, aber auch in den Städten des späteren Mittelalters, wo die herrschende Klasse des kaiserlichen Polizeistaates sich Schulen schuf, um sich zur Leitung der Städtepolitik, des Handels und der Produktion zu befähigen. Ritterer waren die Leiter und Lehrer, aber im Mittelalter traten doch auch schon die ersten K u n s t l e r e n B o l k s k u l e auf. Als sich in den Städten im Gegensatz zum Patriziat ein gebildetes, tatkräftiges Kleinbürgertum entwickelte, das selbstständig und mit eigener Verantwortung in die Produktion eingriff, brauchte es auch geistige Bildung für diese Aufgaben. So entstanden in den großen mittelalterlichen Handels- und Handwerksstädten wie Lübeck, Hamburg, Augsburg, Bremen allmählich die deutschen Schreibschulen, in denen besonders das Schreiben und Rechnen gelehrt wurde.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Grosser Porzellan- und Wirtschafts-Markt!

Zum Umzug haben wir große Posten Waren zu fabelhaft billigen Preisen eingekauft, und bitten wir das kaufende Publikum, unseren Wirtschafts-Markt zu besichtigen.

Jeder Käufer wird staunen, daß wir streng reelle Waren zu enorm billigen Preisen verkaufen, und können wir nur raten, diese günstige Gelegenheit zu benutzen.

Glas.

Wassergläser	5 Pf.
Litörgläser	5 Pf.
Weingläser, crystal.	16 Pf.
Compottieren, 7 Stück	Satz 98 Pf.
Zuckerschalen	9 Pf.
Butterdosen	15 Pf.
Käseglocken	35 Pf.
Glasteller	4 Pf.
Litörgläser, Sport	18 Pf.
Compottschüsseln amer. Schliff imit.	48 Pf.
Käseglocken, amer. Schliff imit.	95 Pf.
Butterdosen, amer. Schliff imit.	60 Pf.

Porzellan und Steingut.

Speiseteller, tief oder flach	15 Pf.
Defferteller	8 Pf.
Terrinen	1.35 M.
Tassen, decorirt	Paar 15 Pf.
Waschbecken, groß, decorirt	98 Pf.
Waschkrüge, groß, decorirt	98 Pf.
Bratenplatten, echt, decorirt	68 Pf.
Waschservice, 5 teilig	1.75 M.
Vorratstonnen, neue Form	33 Pf.
Speiseteller, weiß mit Gold, echt	55 Pf.
Defferteller, weiß mit Gold, echt	35 Pf.
Compotteller, weiß mit Gold, echt	24 Pf.

Wirtschafts-Artikel.

Reibmaschinen	1.25 M.
Messerpugmaschine m. Brett	6.85 M.
Wirtschaftswaagen	1.85 M.
Dringmaschine	12.50 M.
Kaffemühle, Blech	78 Pf.
Kaffemühle, Holz	1.95 M.
Kaffee- u. Zuckerbüchsen f. 1 Pfd.	2.25 M.
Plat eisen mit 2 Bolzen	2.95 M.
Brotbüchsen	1.45 M.
Petroleumlampen, 2 Liter	48 Pf.
Wecker, gutgehend	1.65 M.
Briefkasten	42.58 Pf.

Wirtschafts-Artikel.

Küchenlampen	19 Pf.
Küchenlampen, Rundbrenner	48 Pf.
Tischlampen	1.35 M.
Tischlampen, Dnyg, gr. Brenner	2.95 M.
Arnlampen	48 Pf.
Nachtlampen	38 Pf.
Waschständer	48, 65, 95 Pf.
Waschtische	2.85, 3.50, 4.95 M.
Kohleneimer	48, 95 Pf.
Kohlenkasten	1.25, 1.75 M.
Sand-, Soda-, Seifenbehälter	95 Pf.
Waschleinen	1.15 M., 65, 48, 20, 18 Pf.

Zimmer-Möbel.

Wiener Stuhl m. Rohrsteige, Stäbe	4.25 M.
Zimmer-Stuhl m. Patents., f. sol.	3.75 M.
Wiener-Hocker m. Rohr-, Patents.	2.85 M.
Vertikow, hochlegant	38.50 M.
Kleiderständer, nußbart. m. 2 Tür.	32.50 M.
Kommode, nußbaumart. m. 3 Schubläden	23.75 M.
Spiegelschrank, sehr elegant	18.50 M.
Waschtisch m. imit. Marmorpl.	21.25 M.
Bettstellen, nußb. m. Muschelaufl.	39.50 M.
Bettstellen, eleg. m. Muschelaufl.	22.75 M.
Bettstellen, mod., sehr dauerhaft	9.75, 17.75 M.
Ruhebetten, sehr stabil	23.75 M.

Küchen-Holzwaren

Quirle	4, 5, 6 Pf.
Löffel, Buchen	6 Pf.
Reibekeule, Ahorn	28 Pf.
Fleischklopper	18 Pf.
Rudelrollen	28 Pf.
Quirlbretter	38 Pf.
Quirlgarnitur, 12teilig	1.95 M.
Fußbänke	48 Pf.
Küchenbretter	15, 28, 38, 45 Pf.
Frühstücksbretter	10 Pf.
Putz- und Wischbretter	35, 48 Pf.
Klammern, Schod	9 Pf.

Braune Holzwaren.

Bauerntische	2.85 M.
Bauerntisch m. Goldgravierung	3.50 M.
Kammkasten	28, 45 Pf.
Bücherkasten	48, 75 Pf.
Zeitungsmappen	95 Pf., 1.45, 2.25 M.
Zimmerstühle m. Goldgravier.	3.75 M.
Zigarrenschränke	3.45 M.
Bancobretter, 100 cm lang	2.95 M.
Konjolen, elegant	1.45 M.
Bücheretageren	2.95, 4.50 M.
Serviertisch	9.50 M.
Nähkasten	48 Pf.

Umzugs-Artikel.

Gardinenstangen	35, 48, 68 Pf.
Portierenstangen	2.15, 2.95 M.
Rosetten	12, 24, 35 Pf.
Zugvorrichtungen	45, 65 Pf.
Eiserne Gardinenstangen	15, 18, 25 Pf.
Porzellanringe	2 Stück 5 Pf.
Glühstrümpfe	18, 25, 38 Pf.
Kaffeelöffel „Britania“	Stück 6 Pf.
Schlüssel „Britania“	Stück 12 Pf.
Hohhaarbesen	1.85, 2.25, 2.95 M.
Borstbesen	1.25, 1.95, 2.45 M.
Borsthandfeger	38, 65, 95 Pf.

Salon- und Zimmer-Teppiche.

Perfer Teppiche, imitirt	4.25, 8.75, 12.95 M.
Velour-Teppiche, best. Dual.	14.95, 17.25, 24.50 M.
Velour-Teppiche, extra groß	35.50, 39.75, 54.50 M.
Almünster Teppiche, mod. Zeichnung	2.95, 4.75 M.
Almünster Teppiche, extra groß	11.75, 14.25, 18.75 M.
Moschee-Teppiche, eleg. Ausführung	8.75, 15.75 M.
Moschee-Teppiche, extra groß	23.50, 29.85, 38.50 M.
Schiras-Teppiche, eleg. Ausführung	13.75, 17.25 M.
Schiras-Teppiche, extra groß	24.50, 37.75 M.
Linoleum-Teppiche, Ia Qualität	7.25 M.
Linoleum-Teppiche, extra groß	12.75, 15.25 M.
Linoleum-Vorleger	43, 68, 95 Pf.

Gardinen und Stores.

Engl. Tüll-Vitrage, weiß u. creme	11, 24, 48 Pf.
Engl. Tüll-Gardinen	Mtr. 26, 38, 58 Pf.
Engl. Tüll-Gardinen, Ia Dual., mod. Muster	75, 98 Pf.
Engl. Tüll-Gardinen, abgeseh. 2 Schmelz	1.45, 2.95, 4.25 M.
Engl. Tüll-Gardinen, abgeseh. 2 Shawls	6.95, 8.25 M.
Engl. Tüll-Gardinen, hochlegant	12.50, 16.75 M.
Engl. Tüll-Stores	1.95, 3.25, 5.75 M.
Erbs-Tüll- u. Spachtel-Stores m. Volant	5.95, 8.75 M.
Erbs-Tüll- u. Spachtel-Stores Ia. Dual.	14.50 M.
Engl. Tüll-Bettdecken, div. Größen	2.25, 4.50, 8.75 M.
Erbs-Tüll- u. Spachtel-Bettdecken	12.50, 16.95 M.
Spachtel-Bettdecken, eleg. Ausführung	19.50, 26.00 M.

Portieren und Bettvorleger

Leinen-Plüsch, 2 Shawls u. Lambr.	7.95, 9.75, 11.85 M.
Leinen-Plüsch mit eleg. Applikat.	15.75, 19.50, 26.50 M.
Velvet, 2 Shawls u. Lambr.	9.10, 12.50, 15.85 M.
Tuch, 2 Shawls u. Lambr.	9.95, 12.50, 16.95 M.
Woll-Tuch, 2 Shawls u. Lambr.	4.95, 7.50, 10.75 M.
Bettvorleger, imit. Perfer	95 Pf.
Almünster, Ia Dualität	1.10, 1.65, 1.95 M.
Schiras, moderne Muster	3.25, 4.95 M.
Velour, große Muster-Auswahl	2.95, 3.45, 5.25 M.
Fell-Vorleger, div. Ausführungen	1.95, 2.85, 3.95 M.
Eisbärfell mit Kopf	14.25, 19.75, 25.95 M.
Felle, diverse Ausführungen	5.45, 6.50, 8.25 M.

Ferner: Unsere berühmten **95 Pfg.-Tage** nur für Lebensmittel.

1 Pfund feine Leberwurst	95 Pf.
1 Pfund harte Mettwurst und 1/2 Pfd. Th. Knoblauchwürst	95 Pf.
1/2 Pfd. Schinken- und 1/2 Pfd. Delikatess-Sülze	95 Pf.
2 Pfund Zwiebel-Leberwurst	95 Pf.
2 Pfund Thüringer Rohwurst	95 Pf.
1 Pfund Halle'sche Leberwurst	95 Pf.
1/2 Pfd. Jagdwurst und 1/2 Pfd. polnische Brühwurst	95 Pf.
1 Pfd. Delikatess-Fleischwurst	95 Pf.
Hollsteiner Schmalz- u. Salamiwurst, ausgew. St.	95 Pf.
1/2 Schinken nach Prager Art und 1/2 Pfund Räucherlachs	95 Pf.
1/2 Pfd. gelochte Zunge u. 1/4 Pfd. Pökelfleisch	95 Pf.
1 Pfund Cornedbeef	95 Pf.

1/2 Flasche Ia Rum	95 Pf.
1/2 Flasche Samos-Ausbruch u. 1 Flasche Liqueur	95 Pf.
2 Flaschen Rotwein	95 Pf.
1/2 Flasche Cognac u. 1/2 Flasche verschiedene Liköre	95 Pf.
1 Flasche Mercier-Cognac	95 Pf.
1 Flasche Halb und Halb	95 Pf.
2 Flaschen Rudesheimer	95 Pf.
1 Fl. Trafschn. Getreidekumm.	95 Pf.
2 Flaschen Likör (Kludersflasche)	95 Pf.
1/2 Flasche Abtei-Likör	95 Pf.
1 Flasche Old Portwein	95 Pf.
1 Flasche Old Sherry	95 Pf.
1 Pfund Maccaroni u. 2 Pfund div. Nudeln	95 Pf.
5 Pfd. Kartoffelmehl u. 2 Pfd. Reis	95 Pf.

2 Packete fertige Kuchenmasse u. 4 Packete Buiding-Pulver	95 Pf.
10 Pfund Eshbirnen	95 Pf.
5 Pfund Tiroler Nappel	95 Pf.
10 Pfund Tafel-Äpfel	95 Pf.
1/2 Bajer. Bierläse, 1/2 Pfund Edamer, 1 Camembert	95 Pf.
4 Packete Thörner Katharinen	95 Pf.
1/2 Pfd. Java-Kaffee u. 1/2 Pfd. Kalao	95 Pf.
1 Pfund Nuß-Chokolade und 1/2 Pfund Ia Kaffee	95 Pf.
5 Pfund gemahlene Raffinade	95 Pf.
1 Packete echt russischer Tee	95 Pf.
2 Töpfe verschied. Marmelade	95 Pf.
1 Flasche Essig-Essenz u. 1 Fl. Einmach-Essig	95 Pf.
1 Pfund Emmenthaler Käse	95 Pf.

5 Pfund Kaiser-Auszugsmehl und 2 Erbswürste	95 Pf.
1 Büchse Bratheringe u. 1 Büchse Bismarck-Heringe	95 Pf.
2 Büchsen verschiedene Pains	95 Pf.
1 Glas Anchovis u. 1 Glas russ. Sardinen u. eine Büchse Del-sardinen	95 Pf.
1 Pfund Confect und 1 Pfund Butter-Cakes	95 Pf.
1/2 Büchse Brech-, 1/2 Schnittbohnen und 1/2 Spargel ohne Köpfe	95 Pf.
1/2 Büchse Morcheln	95 Pf.
1/2 Büchse verschiedene Früchte neuester Ernte	95 Pf.
1/2 Büchse junger Schoten m. f. und 1 Büchse condens. Milch	95 Pf.

Heute Sonnabend: Warme Eisbeine à Port. 25 u. 30 Pfg., frische Blutwurst Pfd. 55 Pfg. Junge Brathühner Stück 95 Pfennig.

Im Erfrischungsraum: Heute, Sonnabend Gr. Streich-Concert.

Warenhaus Jacob Gebrüder Nachflg.
Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 55-56, Ecke Pestalozzi-Strasse.

Magdeburger Landfriedensbruchprozeß.

(Telegraphischer Bericht.)

Magdeburg, den 28. September.

Gegen 23 Angeklagte, die des Landfriedensbruchs und Aufzucht Beschuldigt sind, verhandelt am Freitag und Sonnabend das Magdeburger Schwurgericht...

4. Generalversammlung des Zentralvereins der Bildhauer.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Die heutige Tagung beschäftigte sich mit der Beitragsfestsetzung. Eng damit verbunden ist die Frage: Anstellung von weiteren Beamten in der Zentrale...

Vohl-Rürnberg ist zunächst gegen eine plötzliche Erhöhung der Unterstützungen, wie sie in verschiedenen Anträgen gewünscht werde.

Veitke-Berlin erklärt sich gegen eine Erhöhung der Beiträge, auch gegen Staffelleistungen und Staffelfürsorge. Er bittet auch jede weitere Erhöhung und Vermehrung der Unterstü-

hmann-Berlin tritt warm für eine Verbesserung der Agitationsmittel und Einführung der Umzugsunterstützung ein.

Königsfeldt-Magdeburg schließt sich den Ausführungen über die Notwendigkeit von Umzugskosten an und wünscht Staffelleistung der Unterstü-

Drake-Berlin ist ebenfalls für Erhöhung der Beiträge, schon aus verschiedenen Berliner Vorgängen. Bisher hatten wir das „Bergnügen“, dem ersten Vorsitzenden und den drei Obleitern einen Zuschuss zu gewähren.

Schlauer-München ist entgegengelegter Ansicht. Er vertritt sich von einem Ausbau des Unterstü-

Schmidt-Mühlhausen erklärt sich gegen die großzügigen Pläne, die von einzelnen vorgetragen werden.

Fladung-Frankfurt a. M. bittet, es bei den jetzigen Unterstü-

Zu den vielen vorliegenden Anträgen ist ein neuer, genügend unterstützter Antrag gekommen, den Beitrag auf 80 Pf. festzusetzen, der mit zur Diskussion gestellt wird.

Dupont-Berlin betont, daß die Verbesserungsvorschläge bezüglich der Unterstü-

Behrends-Berlin gibt zur Beamtenfrage rechnerische Unterlagen, die ergeben, daß die neuen Vorschläge jedes Mitglied mit 2 Pf. pro Woche belasten.

Mein-Bromberg tritt für Erhöhung der Beiträge ein, bittet aber, solchen Orten mit niederen Löhnen Ausnahmen zu gestatten.

Veitke-Berlin präzisiert seinen Standpunkt nochmals, worauf Knoll-Berlin die Beamten- und Gehaltsfrage vom Standpunkt der Ansicht der Generalkommission schildert und verschiedene Ausführungen einiger Redner nach der Richtung wieder auf die Höhe stellt.

Freige-Hamburg bekennt sich als Befürworter einer Regelung der Beamtenfrage, wünscht auch mehr System in das Kassierertwesen gebracht und will ebenfalls schlecht bezahlte Orte weniger Beiträge zahlen lassen.

Langner-Dresden verbreitet sich über die Massenartikelfrage, Verkürzung der Karenzzeit, Beibehaltung der jetzigen Unterstü-

Kiesbach-Berlin gibt eine Darstellung von der Gehaltsfrage des Verwalters der Berliner Filiale und gibt Aufklärung über verschiedene Berliner Anträge.

Zschorn-Dresden tritt für Erhöhung der Beiträge und besseren Ausbau der Organisation ein.

Dorn-Leipzig hat den Auftrag, für Erhöhung der Beiträge zu stimmen, und bittet auch die Streikunterstützung zu erhöhen.

Königsfeldt-Magdeburg begründet nochmals seine Anregungen bezüglich Anstellung von agitatorischen Kräften.

Fladung-Frankfurt a. M. hat inzwischen eine genaue Uebersicht über die Mehrausgaben festgestellt, welche durch die Reuanstellungen und neuen Konferenzen bedingt sind und stellt fest, daß hier etwa 12000 M. in Betracht kommen, außerdem eine Erhöhung der Streikunterstützung von 7500 M. pro Jahr, dazu 1000 M. für Mehrausgaben für Unterstü-

Vohl-Rürnberg hält die Rechnung des Vorredners nicht für richtig. So fürchtbar hoch sind die Mehrausgaben nicht. Man soll auch alle Neuerungen nicht immer bloß vom Ausgabenstandpunkt aus betrachten.

Damit ist die Vormittags-Sitzung erledigt. Da die Generalversammlung heute nachmittags einen Ausflug plant, fällt die Nachmittags-Sitzung aus.

Witterungsüberblick vom 28. September 1906, morgens 8 Uhr.

Table with 8 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C.

Wetterprognose für Sonnabend, den 29. September 1906.

Zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit leichten Regenschauern und ziemlich frischen westlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Advertisement for Baer Sohn featuring two 'Der Haupt-Katalog' covers and a central illustration of a man in a top hat and long coat. Text describes the catalogs as 'für Herbst und Winter' and lists various clothing items.

Large advertisement for Baer Sohn, 'Spezialhaus grössten Massstabes', located at Chausseestrasse 24a/25 and 11 Brückenstrasse 11, Gr. Frankfurterstr. 20.

Advertisement for Friedrich Schiller and seine Zeit, featuring 'Eine Mark' and 'Herren-Bekleidung' by J. Kurzberg. Located at An der Jannowitzbrücke 1, 1.

Advertisement for Arbeiter-Berufs-Kleidung, featuring 'Herren-Artikel' and 'Gelber Laden' at Brunnenstrasse 158.

Advertisement for 'Partei-Expeditionen' listing various Berlin districts and their respective representatives, such as 'Berlin Zweiter Wahlkreis' and 'Dritter Wahlkreis'.

Advertisement for 'Wichtig für Zigarren-Händler!' featuring 'Zigarren- u. Zigaretten-Weihnachts-Packungen' by Max Ziegenhals, Fabriklager: Keibelstraße 20.

Stereotypeure, Galvanoplastiker, Graveure und Hilfsarbeiter!

Ueber die

Galvanoplastische Anstalt Friedrichstraße 16

ist die Sperre verhängt worden. Alle Stellenangebote sind zurückzuweisen. 43/13

Die graphischen Berufsvereine:
A. Hassini, A. Horitz, Fr. Thurow.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau:
Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9079.

Sonntag, den 30. September 1906, vorm. 10 Uhr:

Branchen-Versammlung

aller in der Metall- und Eisen-Industrie beschäftigten
Hobler, Bohrer, Stoßer und Fräser
im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag: „Die Unternehmungsbedingungen unseres Verbands“. Referent: Kollege Cohen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, den 30. September 1906, vorm. 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Faunaufsteller der Draht-Industrie

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15, Saal 5.

Tages-Ordnung:
1. „Unsere Unternehmungsbedingungen.“ Referent: Kollege Wuschel. 2. Diskussion.

Kollegen! Mit Rücksicht darauf, daß es der einstimmige Beschluß der Kollegen von der letzten Versammlung war, daß diese Versammlung stattfinden, erwarten wir, daß ein jeder von ihnen dafür sorgt, daß der Besuch ein guter ist.

Montag, den 1. Oktober 1906, abends 7 Uhr:

Versammlung

aller in den Spezialbetrieben für Werkzeugbau
beschäftigten Arbeiter
im „Graumanns Festhallen“, Rannhuststraße 27.

Tages-Ordnung:
1. „Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen.“ Referent: Kollege Cohen. 2. Diskussion.
Kollegen! Pflicht jedes Arbeiters ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Zur Beachtung!

Die Zahlstelle vom Restaurant Vinke, bisher Chausseestraße 83, befindet sich jetzt Liesenstraße 3. — Nachgenannte Zahlstellen wurden neu errichtet: Im Restaurant Bethke, Püthowstraße 7; im Restaurant Fildner, Gormannstraße 89 und im Zigarrengeschäft von J. König, Hennigsdorferstraße 12.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Möbelpolierer.

Donnerstag, den 4. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Wille,
Dormannstr. 213.

Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin Hil. Kabetz über: Volksschule und Kindererziehung. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
S. H.: Der Obmann.



Stola, Muffen, Kolliers
in allen Pelz-
gattungen sowie
alle sonstigen
Pelzwaren.
Nur eig. Fabrikat
aus best. Material.
Kein Zwischen-
händler, daher Fabrikpreise.
Ferdin. Kalman
Dresdenerstr. 75
vorn II, 2. Haus
v. Thalia-Theater.
Verkauf auch
Sonntags, und Wochentags von
8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige 2008L*
Herren-Garderobe
— Ersatz für Maß. —
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurterstraße 87, II,
Eingang Straußberger Platz.

Möbel-Fabrik von A. SCHULZ,

Reichenberger Straße 5
(gegründet 1878)

empfehlen ihr großes Lager nur anerkannt
gediegener Möbel in jeder Holz- und Stil-
art von 300, 400, 500, 600 bis 1000 Mk.
Auch fertige Sofas, Garnituren und
Matratzen eigener Fabrikation zu äußerst
billigen Preisen. 2030L*

ROLAND

Hervorragende
Saison-Neuheit!
Eleganter
Winter-Paletot
für Herren.

Ausführung III . . . 20 Mark
Ausführung II . . . 30 Mark
Ausführung I . . . 40 Mark

Vornehme Ausstattung * Moderner Schnitt

In den neuesten karierten, gestreiften
und solide gemusterten Stoff-Arten
vorrätig.

Bei Anfertigung nach Maß geringer
Aufschlag.

Mode-Haus
Herrmann Vandsburger
SW. Friedrichstraße 2
(am Belle-Alliance-Platz)
NW. Turm-Strasse 30a
(Ecke der Wilhelmshavener Strasse).

Größtes Spezial-Geschäft für Hüte, Mützen u. Pelzwaren
Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116
Kein Laden (am Oranienplatz).

Weiche Herrenhüte von M. 1.50-7,00 Stiffe Herrenhüte von M. 1,55-7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware. Nur fehlerfreie moderne Ware.
Egros. Filzhüte, Cylinderhüte, Mützen u. Pelzwaren. Export.
Garnierte Damenhüte
Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl!
Einzerverkauf zu auffallend billigen aber streng festen Preisen.

Möbel

Billige Kaufgelegenheit
wegen Abbruch und Aufgabe des Ladens.
Neu u. ge- brauchte Spinden Spiegel u. mo- dernen Küchen-
einrichtungen selbstgefertigte Plüsch- u. Taschensofas.
Bettstellen mit nur neuen Matratzen. Chaiselongues u. Panelbretter usw.
Auf Wunsch auch Ratenzahlungen.
Tapezier u. Dekorateur,
Heinrich Kahlen, Stallschreiberstr. 43 (im Bauzaun)

Eigene große Betriebswerkstätte Neus Haberstr. 59-60.

Es ist die höchste **Zeit!!!**
daß jeder Herr daran denkt, seinen Bedarf an Winter-Bekleidung fertig und nach Maß zu kaufen.
Wo????

im Spezial-Hause eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

Qualitäten, Paßform, Auswahl, Verarbeitung sind allbekannt unerreicht!

Unerreichte Auswahl an
Winter-Paletots, Lodenjoppen, Winter-Anzüge, Knaben-Anzüge,
Knaben-Paletots, Jünglings-Anzüge, Jünglings-Paletots.

W

Unsere Grundsätze:

ir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
ir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
ir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
ir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
ir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
ir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalentwurf!
Nachdruck
verboten.

Unerreicht groß ist unser Lager in Stoffen zur Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß.
Sämtliche Sachen werden in eigenen der Neuzeit entsprechend eingerichteten Betriebswerkstätten unter Leitung
erster Meister angefertigt. Unsere Abteilung „Anfertigung nach Maß“ ist einzig dastehend. Wir richten an unsere
geschätzten Kunden die ergebenste Bitte, bei uns rechtzeitig die Bestellungen zu machen, damit wir in die Lage gesetzt
werden, die bei uns bestellten Maßsachen auf das Sorgfältigste vorarbeiten zu können und in jeder Weise zufriedenzustellen.

LESKE & LEHRER

78 Kottbuser Damm 78

Lieferanten an Vereine und Genossenschaften.

Wir bitten genau auf unsere Firma und Hausnummer zu achten.

Hierdurch die traurige Nachricht,
daß unser lieber guter Vater und
Großvater, der Herr

Karl Schülzke

nach langem schmerzlichen Leiden am
Mittwoch, den 28. d. Mts., sanft
entschlafen ist. 1631b
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 30. d. Mts., nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Jakobikirchhofes
(Hermannstraße) aus statt.
Um stillen Beiseid bitten
Geschwister Schülzke.

Todes-Anzeige.

Am 25. September verschied
durch Unfall mein lieber
Gatte, unser guter Vater, der
Schlosser 1637b

Richard Günther

im 55. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 30. September,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Gethemane-
senkirchhofes aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten,
insbesondere den Genossen des
Ausschusses Niederbarnim sowie den Ge-
nossen und Genossen von Wilhelm-
ruh sage ich hiermit für die zahl-
reiche Beteiligung und vielen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meiner
geliebten Frau herzlichsten Dank.
Der trauernde Gatte
1634b **Karl Eigenbrod.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Liebe
und Anhänglichkeit, welche uns bei
der Beerdigung unseres geliebten
Gatten und Vaters entgegengebracht
wurden, sagen wir hiermit allen
unseren herzlichsten Dank. 1633b
Ww. A. Werscho und Kinder.

Ringtaures Weibhler und Lagerhler

bester Qualität, Flaschen teilweise
ohne Pfand, empfiehlt
Bierverlag Karl Schulze,
2434L Wittlichstr. 90.

Verlobte!

Komplette Küchen-Einrichtungen:

130 Teile . . .	Mk. 35.—
200 " . . .	75.—
300 " . . .	150.—

Alle Teile auch einzeln billigst!

L. Katz & Co.
Spandauerstr. 45
am Molkenmarkt.
Spezial-Geschäft.

Lieferanten an Vereine und Genossenschaften.

Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

Während der Umzugs-Tage von

Sonnabend, den 29. September bis

Mittwoch, den 3. Oktober cr. incl.

verabfolgen wir auf sämtliche Einkäufe*

doppelte Anzahl Sparmarken

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch

8 Sparmarken 8

* Einige Artikel sind ausgenommen.

2004

Kaufhaus Max Mannheim

Ecke Königsbergerstrasse • Frankfurter Allee 109-112 • Ecke Königsbergerstrasse

Gardinen

Englisch Tüll, weiss u. crème . . . Meter	75	50	38 Pf.
Englisch Tüll, weiss u. crème, abgepaast .	3.75	2.95	1.75
Scheibenschleier, abgepaast . . . Stack	60	45	25 Pf.

Stores

Englisch Tüll, weiss u. crème . . .	3.75	2.95	2.25	1.75
Erbs-Tüll, goldfarbig	9.75	8.25	6.50	4.50

Bett-Vorleger

Perser, imitiert	1.25	85	68 Pf.
Axminster, zu den Teppichen passend . .	1.50	1.20	90 Pf.
Prima Velour, zu den Teppichen passend	4.50	3.75	2.75

Polsterbetten

mit Persiabezug	6.50	5.50
mit Persiabezug und Spiralboden		7.50
mit Drellbezug	9.75	8.75
mit Drellbezug, Sprungfedern u. verstellbares Kopftell .	13.50	

Teppiche

	12/4	10/4	8/4
Perser, imitiert	12.25	8.00	4.75
Axminster	18.00	12.50	7.50
Prima Velour	36.75	25.00	15.75
Linoleum	15.25	10.50	7.25

Portieren

Shawls, gestreift und Bordure	1.95	1.50	95 Pf.	
Garnituren, 2 Shawls u. 1 Querbehänge, reich bestickt, Filztuch u. Leinwandplüsch	8.25	6.00	4.50	3.65

Läuferstoffe

Jute, in allen Breiten	60	45	30 Pf.
Tapestry in allen Breiten	2.75	2.00	1.75
Prima Velour in allen Breiten	4.75	4.00	3.25

Bettstellen

Eisen, mit doppeltem Spiralboden	8.50	7.50
Eisen, extra starkes Rohr und Verzierung		14.50
Eisen, Patent-Stahlrohr-Matratze und Verzierung	18.50	

Tischdecken

Fantasie- und Filztuch, reich bestickt	3.25	2.50	1.75
Mohairplüsch, aparte Stickereien	10.50	7.50	5.-

Bettdecken

Tüll, weiss und crème	5.-	3.50	2.85	2.25
---------------------------------	-----	------	------	------

Steppdecken

Satin mit Seidenglanz	6.-	5.-	4.25	3.25
---------------------------------	-----	-----	------	------

Diwandecken

vornehme Dessins	10.50	8.50	7.50	4.75
----------------------------	-------	------	------	------

Diwans

beste Verarbeitung, Cretonnebezug	27.50	Meltonbezug	25.50
-----------------------------------	-------	-------------	-------

Matratzen

ca. 80/190 cm Drell m. Indiofasern	10.50	Drell	7.25	Jute	5.25	4.50
------------------------------------	-------	-------	------	------	------	------

Stand-Betten

fertig gestopft	Deckbett	5.00	Unterbett	5.00	Kissen	1.95
---------------------------	----------	------	-----------	------	--------	------

Holzgalanterien

	Forniert	Goldgraviert	Nussbaum imitiert					
Bauertische	2.95	2.75	2.50	2.25				
Bücher-Etagèren			6.00	3.15	2.25			
Panelbretter	ca. 150 cm	125 cm	100 cm	85 cm	70 cm	60 cm	50 cm	
	5.75	4.50	3.45	2.50	1.65	1.15	90 Pf.	
Büstenständer				6.75	4.00	2.95		
Schirmständer				4.95	3.50	2.75	1.95	

Portièren Rundstangen mit allem Zubehör	3.00	2.50	1.95						
Gardinen-Stangen, nussbaum oder mahagoni	75	48	27 Pf.						
Kleiderriegel	85	70	55	40 Pf.	Nickelhaken	55	45	35	25 Pf.
Handtuchhalter	1.45	1.25	90	45 Pf.					
Kammkasten, geschnitten	95	45 Pf.	Leitern, alle Größen, Stufe	40 Pf.					

Küchen-Möbel

Komplette Einrichtungen, sowie einzelne Spinden, Tische, Rahmen, Halter, Eimerspinden, Stühle, Kasten für Kohlen, Kartoffeln und Sand, Putzkomoden, Stiefel- und Kohlenschränke, Putz- und Wachs-Kasten, Wasserbänke u. s. w. in grosser Auswahl!

Am Sonntag,
d. 30. Sept. sowie an den
Sonntagen des Monats Ok-
tober von 8-10 u. 12-2 Uhr
geöffnet.

Der reich illustrierte
Hauptkatalog
ist erschienen und wird auf
Wunsch gratis zugesandt.

Zur Wahl im 3. Berliner Landtagswahlkreise.

Ergänzungswahlen müssen für die Wahlmänner vorgenommen werden, die in der allgemeinen Wahl am 12. November 1906 gewählt wurden...

- 1. 45. Gemeindefschule, Auguststr. 67/68, Stadtbezirk: 211 bis 217, 255 und 256, 269-271; Urvahlbezirk: 773-797, 970-975, 1021-1033.

Amterhalb der genannten drei Tage steht es jedem frei, sowohl gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Listen als auch gegen die Richtigkeit der darin aufgeführten Steuerbeträge...

Die Legitimation kann durch Vorlegung der Steuerquittung für das Vierteljahr Juli/September 1906, der polizeilich bescheinigten Anmeldung für die Wohnung, unter welcher die Eintragung erfolgen soll...

Für diejenigen, welche verhindert sind, persönlich sich von der Richtigkeit der Wählerliste zu überzeugen, haben folgende Genossen sich bereit erklärt, die Durchsicht derselben zu übernehmen...

- H. Rasche, Adersstr. 36, Ecke Anklamerstr. Ch. Hilgenfeld, Bergstr. 62, P. Obligo, Bernauerstr. 84, Fr. Agthe, Verlingenerstr. 4, B. Müller, Dredowstr. 11, S. Wilske, Weisstr. 32, Hermann, Hohenstr. 19, Fritz Wille, Brunnenstr. 188, Knappke, Brunnenstr. 122, Fritz Bergmann, Brunnenstr. 79, Wilm. Maack, Brunnenstr. 96, Wilhelm Gahmann, Wadstr. 4, Ede. Grünhaterstr. 4, Ad. Abendroth, Wadstr. 42/43, Ernst, Calvinst. 29, Fritzsch, Fronteimeistr. 4, Rudolf Hiescher, Dalldorferstr. 23, Paul Heilmann, Dunderstr. 79, Gustav Grobber, Dunderstr. 83, George, Eberdwalderstr. 4, Karl Schönfeld, Fehrbellinerstr. 7, Hannu, Gleimstr. 11, Jos. Döring, Goylowstr. 13, Schroll, Goylowstr. 29, A. Lange, Quitschestr. 35, Berliner Konsumverein, Favelbergerstr. 6, Karl Pinner, Hochmeisterstr. 9, Reinhold, Waggel, Kastanien-Allee 95/96, Degener, Kopenhagenerstr. 29, Dube, Kopenhagenerstr. 74, W. Jabel, Wiesenstr. 12, Wilsch, Wielewka, Lothringenstr. 9, Horst, Lohsestr. 18, Lamprecht, Lohsestr. 3, Wöhme, Waggel, 18, H. Heinrich, Sauertweier, Waggel, 16, Doye, Waggel, 31, Wilm. Mattner, Waggel, 162a, Fr. Schuldt, Waggel, 25, Gustav Winkelfischer, Plantagenstr. 5, Paul Agthe, Pflanzstr. 5, Stimpel, Berlebergerstr. 58, Schmidt, Pappelallee 114, Welfsch, Pappelallee 10, Wilsch, Pflanzstr. 43, Otto Vackhänger, Pringelallee 92, R. Hofin, Ruppinerstr. 42, Friedrich Witz, Rostockerstr. 27, Rafinowitsch, Reinholdsdorferstr. 38, Karl Schönberg, Waggel, 23, Ad. Dobath, Selterstr. 3, Karl Waggel, Salzweberstr. 16, Heinrich Fiedler, Saarbrückerstr. 8, Gottlieb Hoffmann, Zwinmünderstr. 7, G. Dewig, Sidingenstr. 43, Wilhelm Dahms, Schlegelstr. 9, Julius Bernau, Schwedterstr. 23, Sauer, Schönhauser Allee 135, Ref. Schönhauser Allee 128, Gustav Wommert, Schlemmerstr. 42, Unbehauen, Stolpischestr. 60, Ariebe-nauer, Stargarderstr. 74, Oskar Schröder, Stromstr. 33, Max Fobber, Stephanstr. 11, Verthold Lauth, Stephanstr. 32, Kal Rapp, Turmstr. 62, Karl Strauß, Zedstr. 10, Wilhelm Gronow, Zedowstr. 53, Gust. Pinner, Zedowstr. 36, Fritz Pley, Wiesenstr. 29, Hans Honisch, Wickerstr. 3, Reinhold Schürmer, Wickerstr. 15, Gustav Pomy, Wilhelmshavenstr. 61, George Wiele, Wadstr. 8, Gust. Gumbach, Waldenferstr. 24, Gust. Schille, Wielestr. 24, Wb. Werth, Wielestr. 38, Otto Petrie, Wilingstr. 15c.

sie von ihren Einnahmen eine bestimmte Abgabe zahlen. Unsere Stadtväter haben es immer so gehalten, infraktive Unternehmungen dem Privatkapital auszuliefern...

Zu welcher Weise die Berliner Elektrizitätswerke den an sie herantretenden Anforderungen gerecht zu werden vermögen, mag der Inhalt eines Birkulars beweisen, das dieser Tage an die Kundenschaft verandt worden ist...

Unsere Stromerzeugungsanlagen erreichen demnächst die vertraglich festgesetzte Höchstleistung und werden durch die vorliegenden, in außerordentlichem Umfange eingegangenen Anmeldungen so beansprucht, daß weitere Anträge auf Neuanlage oder Erweiterung bestehender Anlagen nicht mehr berücksichtigt werden können...

Durch diese Maßnahme wird Hunderten von Installationsfirmen der Lebensnahrung abgeschnitten, Tausende von Monteuren, Arbeitern und Hilfsarbeitern werden brotlos, und all die kleinen Gewerbetreibenden — Tischler, Bäcker, Schlächter — die jetzt nach dem Umzugstermin in ihrem neuen Geschäftsbetriebe die elektrische Kraft einführen wollen...

Der Grund des Vorgehens der V. E. W. ist leicht zu finden. Die Gesellschaft, die keine Konkurrenz zu fürchten hat, steht mit dem Magistrat in Unterhandlung, um ihren alten Vertrag auf 30 bis 50 Jahre zu verlängern...

Es wurde in der Sitzung beschlossen, geeignete Vorkehrungen zu treffen, damit der alte Vertrag einer genauen Prüfung unterzogen werde. Ferner soll in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung aller Interessenten einberufen werden...

Der vom Magistrat zum Direktor des städtischen Statistischen Amtes ernannte Professor Dr. Silbergleit-Schöneberg hat sich zur Übernahme dieses Postens bereit erklärt...

„Es stinkt nicht!“ sagte Kaiser Wilhelm, als sein Sohn Titus ihm vorwarf, daß er aus einer unappetitlichen Sache Geld herauszuschlagen wisse...

„Es stinkt nicht!“ denken wohl auch die Inhaber der Firma Aschinger, wenn sie sich den Gewinn suchen, der aus der Verpachtung der Frauen-Bedürfnisanstalten ihrer zahlreicheren Ausbehalterinnen ihren zusteht...

Wie so etwas möglich ist? Ach, es sind noch ganz andere Dinge möglich! Nicht wahr, Du denkst, daß jener Menschenfreund, der für Aschinger die Bedienungsfrauen liefert...

Wir wissen ja nicht, was von dieser Erzählung Wahrheit oder Dichtung ist. Es ist aber gar nicht gut anzunehmen, daß der Kaiser von dem am Potsdamer Platz herrschenden Verkehr so entsetzt gewesen sein soll...

Der Kaiser und der Berliner Verkehr. Der „Vokal-Anzeiger“ weiß folgendes zu erzählen: „Es dürfte nur wenig bekannt sein, daß der Kaiser, der die Entwicklung des Verkehrs in Berlin und Umgebung mit intensivem Interesse verfolgt...

Wir wissen ja nicht, was von dieser Erzählung Wahrheit oder Dichtung ist. Es ist aber gar nicht gut anzunehmen, daß der Kaiser von dem am Potsdamer Platz herrschenden Verkehr so entsetzt gewesen sein soll...

Die Elektrizitätswerke in Berlin nehmen dieselbe Monopolstellung ein wie die Große Berliner Straßenbahn. Wie der letztere die Straßen der Stadt zur Ausnutzung überliefert sind, so den Berliner Elektrizitätswerken die Strom- und Lichterzeugung...

zu wissen. Wir kennen ein paar der Pachtverträge, die er mit den Frauen abgeschlossen hat. Da ist eine Pacht von monatlich 65 M. vereinbart — 65 M., monatlich pränumerando zu zahlen...

Wie nun das wieder möglich ist? Ei, wozu hätten wir denn unsere moderne Trinkgelder-Wirtschaft, wenn so etwas nicht möglich wäre! Trinkgelder zu nehmen und auf Trinkgelder zu warten...

Ran wird mancher uns vorrechnen wollen, was die Aschinger ausgeben müssen, damit ihre weiblichen Gäste möglichst alles vorfinden, was eine Dame braucht, wenn sie sich in einen verächtlichen Winkel zurückzieht...

„Ja, wirklich ganz unentgeltlich! Eintrittsgeld wird in den Bedürfnisanstalten bei Aschinger nicht erhoben, das wäre ja nicht anständig. Aber auch das Trinkgeld, auf das die Bedienungsfrauen doch angewiesen ist, wenn sie die Pacht samt den Requisitionen bezahlen soll...

„Noch ein anderer Satz des Vertrages hat unsere Witzbegier rege gemacht. Herr Sch. bespricht: „Witzbegierigen des Verpächters oder Mitteilung über das Pachtverhältnis an dritte Personen ist streng untersagt.“

Der Kaiser und der Berliner Verkehr. Der „Vokal-Anzeiger“ weiß folgendes zu erzählen: „Es dürfte nur wenig bekannt sein, daß der Kaiser, der die Entwicklung des Verkehrs in Berlin und Umgebung mit intensivem Interesse verfolgt...

Wir wissen ja nicht, was von dieser Erzählung Wahrheit oder Dichtung ist. Es ist aber gar nicht gut anzunehmen, daß der Kaiser von dem am Potsdamer Platz herrschenden Verkehr so entsetzt gewesen sein soll...

Der Kaiser und der Berliner Verkehr. Der „Vokal-Anzeiger“ weiß folgendes zu erzählen: „Es dürfte nur wenig bekannt sein, daß der Kaiser, der die Entwicklung des Verkehrs in Berlin und Umgebung mit intensivem Interesse verfolgt...

Wir wissen ja nicht, was von dieser Erzählung Wahrheit oder Dichtung ist. Es ist aber gar nicht gut anzunehmen, daß der Kaiser von dem am Potsdamer Platz herrschenden Verkehr so entsetzt gewesen sein soll...

Der Kaiser und der Berliner Verkehr. Der „Vokal-Anzeiger“ weiß folgendes zu erzählen: „Es dürfte nur wenig bekannt sein, daß der Kaiser, der die Entwicklung des Verkehrs in Berlin und Umgebung mit intensivem Interesse verfolgt...

Wir wissen ja nicht, was von dieser Erzählung Wahrheit oder Dichtung ist. Es ist aber gar nicht gut anzunehmen, daß der Kaiser von dem am Potsdamer Platz herrschenden Verkehr so entsetzt gewesen sein soll...

Der Kaiser und der Berliner Verkehr. Der „Vokal-Anzeiger“ weiß folgendes zu erzählen: „Es dürfte nur wenig bekannt sein, daß der Kaiser, der die Entwicklung des Verkehrs in Berlin und Umgebung mit intensivem Interesse verfolgt...

Wir wissen ja nicht, was von dieser Erzählung Wahrheit oder Dichtung ist. Es ist aber gar nicht gut anzunehmen, daß der Kaiser von dem am Potsdamer Platz herrschenden Verkehr so entsetzt gewesen sein soll...

Der Kaiser und der Berliner Verkehr. Der „Vokal-Anzeiger“ weiß folgendes zu erzählen: „Es dürfte nur wenig bekannt sein, daß der Kaiser, der die Entwicklung des Verkehrs in Berlin und Umgebung mit intensivem Interesse verfolgt...

Wir wissen ja nicht, was von dieser Erzählung Wahrheit oder Dichtung ist. Es ist aber gar nicht gut anzunehmen, daß der Kaiser von dem am Potsdamer Platz herrschenden Verkehr so entsetzt gewesen sein soll...

Der Kaiser und der Berliner Verkehr. Der „Vokal-Anzeiger“ weiß folgendes zu erzählen: „Es dürfte nur wenig bekannt sein, daß der Kaiser, der die Entwicklung des Verkehrs in Berlin und Umgebung mit intensivem Interesse verfolgt...

Wir wissen ja nicht, was von dieser Erzählung Wahrheit oder Dichtung ist. Es ist aber gar nicht gut anzunehmen, daß der Kaiser von dem am Potsdamer Platz herrschenden Verkehr so entsetzt gewesen sein soll...

Der Kaiser und der Berliner Verkehr. Der „Vokal-Anzeiger“ weiß folgendes zu erzählen: „Es dürfte nur wenig bekannt sein, daß der Kaiser, der die Entwicklung des Verkehrs in Berlin und Umgebung mit intensivem Interesse verfolgt...

Fahrung hat auch die erst kürzlich von der Stadt Berlin nach London entsandte Deputation wieder gemacht.

Im Verfolgungswahnsinn erschossen. Auf tragische Weise hat gestern der Schuhmann F. aus der Böhovstr. 15 seine junge Frau verloren. Frau F. war vor längerer Zeit von einer Nervenkrankheit befallen worden, die bald einen recht heimtückischen Charakter annahm und schließlich in Verfolgungswahnsinn ausartete. Als F. gestern vom Dienst heimkehrte, klingelte er vergeblich an der Tür. Da ihm Nachbarn erzählten, daß in der Wohnung Schüsse gefallen seien, ließ er die Tür gewaltsam öffnen und beim Betreten des Zimmers sah sich ihm ein niederschmetternder Anblick dar. Auf dem Fußboden lag die junge Frau tot dahingestreckt. Die Unglückliche hatte sich mit dem Revolver ihres Mannes zwei Schüsse beigebracht. In den nächsten Tagen sollte sie ihren 26. Geburtstag feiern.

Ein schwerer Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge mit einem Flaschenbierwagen fand in der Nacht zum Freitag an der Ecke der Alexander- und Blumenstraße statt. Der Bierwagen der Firma Louis Rasche, Blumenstr. 80/81 kam aus der Alexanderstraße und verfuhr unmittelbar vor dem aus entgegengekehrter Richtung kommenden Straßenbahnwagen 1699 der Linie 16 das Gleis zu kreuzen. Der Wagenführer gab zwar sofort Gefahrdrems, konnte aber den Zusammenstoß nicht mehr verhindern. Der Bierwagen wurde von der Vorderplattform erfasst, zur Seite gedrückt und stieß infolgedessen gegen den von der Schilderstraße kommenden Straßenbahnwagen Nr. 2809 der Linie 78. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß das Vordergestell des Bierwagens zertrümmert und drei Näher des Gefährtes zerbrochen wurden. An den beiden Straßenbahnwagen wurden die beiden Vorderplattformen eingedrückt. Personen wurden nicht verletzt.

Die Bleichsucht der Stenotypistin. In wie hohem Grade die Bleichsucht unter den jugendlichen Geschäftsmädchen verbreitet ist, trat in einem Gutachten zutage, welches gestern zwei in einer Streitsache als Sachverständige geladene Ärzte vor der dritten Kammer des Kaufmannsgerichtes abgaben. Die Klägerin Olga A. war bei der Aktiengesellschaft für landwirtschaftliche Maschinen, Lehnig, als Stenotypistin angestellt. Kurz nachdem ihr seitens der Direktion gekündigt wurde, erkrankte sie an Bleichsucht. Der erste Kassenarzt Dr. A. schrieb sie arbeitsunfähig und ein anderer Kassenarzt, Dr. L., bewilligte ihr einen Landaufenthalt von drei Wochen. Die beklagte Gesellschaft verweigerte nun der Klägerin Gehaltszahlung vom Tage ihres Austrittes, indem sie die Ansicht vertritt, daß die Klägerin in Wirklichkeit gar nicht arbeitsunfähig war, sondern nur an der weiterverbreiteten „Kündigungskrankheit“ litt.

Die als Gutachter vernommenen Ärzte stimmten beide darin überein, daß ihr Standpunkt, speziell den weiblichen Kassenmitgliedern gegenüber, ein äußerst schwieriger sei, zumal sie auch die Interessen der Kasse im Auge behalten sollen. Wie man aber in der Rechtsprechung eher zehn Schuldige laufen läßt, als einen Unschuldigen bestraft, so schrieb sie, und mit ihnen wohl jeder vernünftige Kassenarzt, in zweifelhaften Fällen das sich krank meldende Kassenmitglied auch wirklich krank. Bleichsucht gehört aber zu jenen Krankheiten, bei denen die objektiven Merkmale sehr gering seien und der Arzt auf die Angaben des Patienten angewiesen sei. Es seien allerdings die meisten jugendlichen Geschäftsmädchen in der Großstadt bleichsüchtig. Daß die Klägerin simuliert habe, wurde von beiden Sachverständigen für ausgeschlossen gehalten.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die beklagte Gesellschaft zur Zahlung des Restgehaltes von 90 Mark. Es lägen keine Beweise dafür vor, daß sich die Klägerin nur durch den Vorwand einer Erkrankung der Tätigkeit in den letzten Wochen entziehen wollte. Die Aussagen der beiden Ärzte ergaben gleichfalls, daß die Klägerin in Wirklichkeit arbeitsunfähig war und nicht etwa simuliert habe.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich gestern morgen gegen 6 Uhr in der Raakenstraße. Der Vorarbeiter Dinse, welcher eine Kolonne Bahnarbeiter beaufsichtigte, trat unmittelbar vor dem herannahenden Straßenbahnwagen Nr. 1715 der Linie 8 auf das Gleis, wurde umgestoßen und geriet unter die Vorderplattform. Der Wagenführer gab zwar sofort Gegenstrom, konnte aber nicht mehr verhindern, daß D. mit den Beinen unter den Schuttrahmen geschoben wurde. Um den Verunglückten zu befreien, mußte der Motorwagen angehoben werden. Dinse, welcher außer Verletzungen an den Beinen Zerrung der Rückenmuskeln und Verletzung der Wirbelsäule erlitten hatte, wurde zunächst nach der Unfallstation Zoologischer Garten und von dort nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht.

Ertrunken ist gestern nachmittag gegen 3 Uhr unweit der Schillingstraße der bei dem Kabinenwärter Liebert beschäftigt gewesene Bootsmann Karl Gräulich aus Gosen. Gräulich war im Begriff, den Kahn nach der anderen Seite zu schieben und rutschte dabei mit seinem Staben aus, so daß er kopfüber ins Wasser fiel. Kollegen, die den Vorfall bemerkten, eilten mit ihren Handbähnen zur Unglücksstelle, um Hilfe zu bringen. Jedoch zu spät. Nach längerem Suchen fanden sie seine Leiche; dieselbe wurde nach dem Schauhaufe übergeführt.

Jugendliche Opfer des Straßenverkehrs. Drei Kinder sind vorgestern abend im Straßenverkehr schwer verunglückt. Einer der Unfälle wurde durch die Rücksichtslosigkeit eines Körtelkutschers in der Bellermannstraße herbeigeführt. An der Kreuzung der Pringelallee überschritten die beiden zehn und drei Jahre alten Geschwister Sibbeth und Otto Kahle, deren Eltern in der Pringelallee 77 wohnen, Hand in Hand den Fahrdamm. Plötzlich bog in voller Karriere ein Körtelwagen um die Straßenecke und fuhr direkt auf die Kinder los. Schreiend flüchteten die Kleinen nach dem Bürgersteig zu, doch sie konnten ihn nicht mehr erreichen. Beide wurden sie von den Pferden niedergedrückt und von dem Wagen überfahren. Das Hinterrad ging dem Knaben über den Schädel und dem Mädchen über Ober- und Unterschenkel hinweg. Der Zustand des Kleinen K. ist hoffnungslos. Das unglückliche Kind hatte einen komplizierten Schädelbruch davongetragen. Auch die schweren Verletzungen der Schwester geben zu Besorgnissen Anlaß. Der Körtelkutscher soll angetrunken gewesen sein. — An der Ecke der Göben- und Potsdamerstraße wurde der neunjährige Schüler Wilhelm Volkdorf, Rödernstr. 70 wohnhaft, von einem Geschäftswagen überfahren und schwer verletzt. Der Knabe hatte gemeinsam mit seinem dreizehnjährigen Bruder einen Handwagen geschoben und als die Pferde eines hinterdrein fahrenden Geschäftsfuhrwerts vor einem vorüberfahrenden Automobil scheuten, ging er durch und jagten auf die beiden los. Dem dreizehnjährigen B. gelang es, sich zu retten, dagegen wurde der jüngere Bruder umgerissen und überfahren. Er trug einen komplizierten Oberschenkelbruch und schwere Kopfverletzungen davon und fand im Krankenhaus Bethanien Aufnahme.

Von einem schrecklichen Unglücksfall ist der Schiffseigentümer Seemer, der mit seinem Fahrzeug auf dem Schiffahrtskanal vor Anker lag, betroffen worden. Während S. dabei war, den Mast hochzuwinden, versing sich das rechte Bein in den Drahtseil und ehe es gelang, die Winde wieder abzustellen, war dem Unglücklichen der Fuß vollständig abgeschnitten worden. S. wurde einem hiesigen Krankenhaus zugeführt.

Eine von Radfahrern viel gebaute Umkleehütte führte gestern am Röhmpfad zu einem heftigen Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Dreirade. Ein Postbeamter fuhr auf einem Postdreirade die Röhmpfadstraße entlang, hielt sich mit der linken Hand an der Hinterplattform des Straßenbahnwagens Nr. 1489 der Linie 54 fest und ließ sich in dieser Weise mitschleifen. In der Kurve an der Raakenstraße, Ecke Röhmpfad, schleuderte das Fahrrad und ließ gegen den aus entgegengekehrter Richtung kommenden Straßenbahnmotorwagen Nr. 2344 der Linie 80. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß das Postdreirad total zertrümmert

wurde. Der Beamte war im Moment der höchsten Gefahr von seinem Sitz heruntergesprungen und stürzte zu Boden; er kam jedoch anscheinend ohne Verletzungen davon.

Verloren gegangen sind am Donnerstag abend auf dem Wege von der Tiltstr. bis zur Lützowstr. über Frankfurter Allee 40 vierzig Mark an 65 Pf. vom Zentralverband der Maurer. Der Finder wird gebeten, dieselben auf dem Verbandsbureau der Maurer, Engelstr. 15, abzugeben.

In einem Unfall von geistiger Unmachtung hat die 62jährige Ehefrau Emilie Rembe aus der Schloßstr. 23 in Charlottenburg ihrem Leben ein Ende bereitet; die Bedauernswerte erhängte sich in der Wohnung.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Vom Pferde tödlich verletzt wurde die Portierfrau Marie Handkewicz, Schillerstraße 34 wohnhaft. Die Frau wollte an der Ecke Schiller- und Krumme Straße den Damm überschreiten, ohne darauf zu achten, daß ein Grünstrahwagen im Trabe heranzufuhr. Der Kutscher rief der Frau zu, worauf dieselbe bei dem Versuch, auszuweichen, ausglitt. Im gleichen Moment fiel auch das zurückgerissene Pferd, so daß die Frau unter die Hufe desselben geriet. Durch den Versuch des Pferdes, wieder auf die Beine zu kommen, wurde die Frau schwer von den Hufen verletzt. Blutüberströmt wurde sie herbeigeholt und nach Anlegung eines Notverbandes nach der Unfallstation gebracht. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb die Bedauernswerte.

Schwargendorf.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag in der Hundeshlehenstraße in Schwargendorf. Dortselbst wollte der Arbeiter J. Jlebock, Halensee, Brandenburgischestraße 52, wohnhaft, vor dem Hause Nr. 5 den Fahrdamm überschreiten, als ein Straßenbahnwagen der Linie B der Westlichen Berliner Vorortbahn herannahende. J. versuchte, unmittelbar vor dem Wagen über die Straßenbahnplanken zu gehen, wurde aber von der Plattform erfasst, zu Boden gerissen und kam unter den Perron zu liegen. Der Verunglückte erlitt Brüche beider Beine, Bruch des linken Unterarmes und anscheinend auch leichtere innere Verletzungen. Er wurde nach dem Kreiskrankenhause in Groß-Lichterfelde übergeführt.

Nowawes-Neuendorf.

In dem Artikel: „Aus dem Oberlin-Krankenhaus“ ist insofern ein Irrtum vorhanden, als nicht der an einem Leistenbruch leidende Patient sich an uns gewendet hat, sondern ein anderer Patient, der durch die Veröffentlichung Besserung erhoffte.

Spandau.

Zu der Berichtigung des Kreisvorstandes von Potsdam-Spandau-Osthabelland teilt Genosse Reichholz folgendes mit: Die Kritik, die ich am Schlusse meines Berichtes geäußert, war nur gerichtet. Mein Bericht war vollständig wahrheitsgetreu. Allerdings glaube ich, daß die Kritik dem Kreisvorstand nicht angenehm war. — Es ist nicht wahr, daß ich gesagt habe: Die Tätigkeit habe darin bestanden, daß kurz vor der Kreisversammlung eine Anfrage an die Redaktion (soll wohl heißen Prekominmission) gerichtet worden sei, was eine Extrabeilage für Spandau kosten würde. — Wahr ist, daß ich in Spandau so gut wie in Rauen gesagt habe: Insofern in Spandau kommt es vor, als hätte der Kreisvorstand in dieser Sache sehr wenig getan und nicht den Beschluß der Kreisversammlung vom 14. Januar mit der nötigen Konsequenz durchgeführt; es scheint, als ob man erst kurz vor der Rauenversammlung auf unser wiederholtes Anbahnen beim Kreisvorstand sich genötigt sah, sich mal an die Berliner zu wenden. Es muß einem komisch anwandeln, wenn man, wie im Bektener Bericht und auch in Rauen, sagt, das Zusammentreten der Konferenz erfolgte auf Grund des Antrages vom 14. Januar (also obiger Antrag). Es ist klipp und klar in Rauen vom Genossen Pieser nachgewiesen und vom Genossen Staab bestätigt, daß diese Konferenz nur eine Besprechung der Berichterstatter mit den betreffenden Redakteuren war, wozu die Ortsvorstände eingeladen waren, und nicht die Prekominmission. In diesem Sinne habe ich auch in Spandau berichtet. Daß der Vorstand mit der Angelegenheit nicht ganz im Reinen war, geht doch daraus hervor, daß er auf meine Angriffe betreffs der Prinzipienverletzung gar nicht einging. Betreffs der Flugblätter ist die Kommission allerdings nicht zustande gekommen. Sie wird es aber noch, wenn auch vielleicht später. Die Spandauer sollten den letzten Abjah des Antrages Liebsteht selbstverständlich und mit Recht als eine Bevormundung auf.

Im Anschluß hieran erhalten wir auch vom Genossen Pieser eine umfangreiche Nichtigstellung, deren Inhalt zum großen Teil nur eine Bestätigung der vorstehenden ist und den Irrtum des Kreisvorstandes über die fragliche Konferenz aufklärt.

Die Dristrankenassen haben es mit dem „Spandauer Tageblatt“ verstanden. Warum? Weil sie nicht nur nicht im „Spandauer Tageblatt“, sondern auch im „Vorwärts“ die Bekanntmachungen der Krankenkassen veröffentlichen wollen. Das konservative Organ wittert dadurch eine Unterstützung des sozialdemokratischen Parteiblattes, berechnet aber nicht, daß die „Vorwärts“-Leser und zugleich Mitglieder der Kasse ein gewisses Recht haben, zu verlangen, daß die Angelegenheiten ihrer Kasse in ihrer Tageszeitung bekannt gemacht werden. Die konservative Verböhrtheit macht selbst vor dem loyalsten Recht nicht halt. Daß das Blatt Fragen rein geschäftlicher Natur im redaktionellen Teil behandelt, charakterisiert es noch ganz besonders. Den Mitgliedern der Krankenkassen dürfte auch die Mitteilung des „Spandauer Tageblatt“ etwas Selbstverständliches sein, daß Inserate im „Vorwärts“ teurer sind; denn daß ein Organ wie der „Vorwärts“ nach dieser Richtung mit einem Wurzblatt nicht konkurrieren kann, setzt selbst ein Laie nicht voraus.

Potsdam.

Zu einer gründlichen Abrechnung der freien Gewerkschaften mit den „Hirsch-Dunderschen“ und „Christlichen“ führte die hier abgehaltene öffentliche Schneiderversammlung, in der J. Julius-Köln das einleitende Referat hielt. Nach Erledigung des Themas: „Der Deutsche Schneiderverband, seine Leistungen und Errungen“ kamen die örtlichen Konfessionsorganisationen an die Reihe, die als Hülfsstruppe der Kriegervereine mit diesen zusammen gegen die freien Gewerkschaften gehen und schüren. Die von einem Hirsch-Dunderschen Redner wieder vorgebrachte Legende von den „zwei unglücklichen Familienvätern, die weinenden Auges sich über den Terrorismus“ ihrer Gewerkschaft beklagt“ haben sollen, wurde als das gezeichnet, was sie ist: jehuitische Verleumdung. Der von den Zentralorganisationen gestellten Aufforderung an unsere Gegner, ihre rührseligen Geschichten vom „Terrorismus“ gegen zwei angebliche Holzarbeiter in den betreffenden Verovfermählungen vorzubringen und zu beweisen, sind die Lügenpeter bisher noch nicht gefolgt. Warum nicht? — Dagegen gab der Versammlungsleiter, Genosse P. Jie m a n n, ein Kapitel vom wirklichen Terrorismus zur allgemeinen Kenntnis. Er brachte das Schreiben eines hiesigen Kriegervereinsvorsitzenden zur Verlesung, worin dieser die Mitglieder auf den vom Kreisriegerverband Potsdam“ gefassten Beschluß hinweist, daß die Mitglieder der („unpolitischen“) Kriegervereine, welche freien Gewerkschaften angehören, bis zum 1. Oktober tr. ihren Austritt aus diesen vollenzogen haben müssen. Anderenfalls würden sie aus dem Kriegerverein ausgeschlossen. ... Hierüber waren selbst die Hirsch-Dunderschen überlassen. Der Vorsitzende des in Potsdam seinen Sitz habenden Gewerkschaftsvereins der Schneider, Schweißeger, sagte dazu, daß er von diesem Schreiben bisher nichts gewußt habe, das-selbe auch nicht billige. Schärfer sprach sich noch sein Hirsch-Dunderscher Kollege R ü g e r, Danzig gegen diese eigenartige Betätigung des „Kriegervereins“ aus. Die Arbeiter gehörten in die gewerk-

schaflichen Organisationen, nicht in die Kriegervereine. Das für diese bezahlte Geld, wenn sie welches übrig hätten, könnten sie besser verwenden. ... Das stimmt. Diese Treiberen der „Christlichen“ und der Kriegervereine beweisen aber auch, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften allgemein als bedeutungslos angesehen werden, die Unternehmer fürchten nur den „Verband“; sobald die „Christlichen“ mit wirklichen Forderungen kommen, werden sie ebenso bekämpft, wie die „sozialdemokratischen“ Organisationen.

In seinem Schlusswort führte der Referent aus, daß die Zeit hoffentlich nicht mehr fern sei, wo die Arbeiterklasse ebenso einig und geschlossen dastehen werde, wie die Unternehmer, die weder religiöse noch sonstige Rücksichten nähmen, wenn es sich um den Kampf gegen die Arbeiter handelte. Daß in diesem wirtschaftlichen Kampf nur die freien Gewerkschaften siegen können, ist ebenso sicher, wie der endliche Sieg der politisch organisierten Arbeiterklasse über den Kapitalismus überhaupt.

Gerichts-Zeitung.

Ist eine Werkstattsbesprechung über die Kaiserfeier eine öffentliche Angelegenheit? Diese Frage lag gestern der 8. Strafkammer des Landgerichts I in der Berufungsinstanz zur Beurteilung vor. Angeklagt waren die Zigarettenarbeiter Müller und Cohn-reich sowie der Restaurateur Schüh wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Am 21. April hatten die Arbeiter der Zigarettenfabrik Garbath eine Werkstattsbesprechung über innere Angelegenheiten beim Restaurateur Schüh angefaßt. Auf der Tagesordnung stand u. a. auch der Punkt: „Stellungnahme zur Kaiserfeier.“ Es handelte sich hierbei nicht um eine Besprechung über das Wesen und den Wert der Kaiserfeier, sondern darum, daß die Arbeiter der Firma Garbath sich schlüssig werden sollten, ob sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern wollten oder nicht. Nun hatte der Wirt des Versammlungslokals ganz überflüssigerweise den Leutnant Wolter des 17. Polizeiregiments davon benachrichtigt, daß die Werkstattsbesprechung stattdessen solle. Darauf begab sich der Polizeileutnant mit einem Schutzmann nach dem Lokal, um die „Versammlung“ pflichtschuldigst zu überwachen. Der Leiter der Besprechung, Vertrauensmann Müller vom Tabakarbeiterverband, verwies aber den Beamten den Saal, weil er sich einer seiner Ansicht nach gesetzlich ungerüchertigte Uebervachung nicht gefallen zu lassen brauche, da die Versammlung nicht eine solche sei, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftige. Der Polizeileutnant war aber gegenteiliger Ansicht. Er hielt die Besprechung der Kaiserfeier für eine öffentliche Angelegenheit und übte trotz der Aufforderung, sich zu entfernen, die Uebervachung aus. Da die anwesenden Arbeiter der Firma Gewalt nicht anwenden machten oder konnten, so wurde die Tagesordnung im Beisein der beiden Beamten erledigt. Bald darauf erhielten Müller, Cohnreich und Schüh dann eine Anklage, die ersteren als Leiter resp. Einberufer einer nicht 24 Stunden vorher angemeldeten öffentlichen Versammlung, und letzterer, weil er die Abhaltung der Versammlung in seinem Lokal gebudet hatte. Am 7. Juni sprach das Schöffengericht die Angeklagten jedoch frei, weil die Erörterungen über die Stellungnahme der Arbeiter in ein Fabrikbetriebszweck Beteiligung an der Kaiserfeier durch Arbeitsruhe keine öffentliche Angelegenheit sei und infolgedessen eine Anmeldepflicht nicht vorlag, mithin auch die polizeiliche Uebervachung ungesetzlich gewesen war. Gegen dieses Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. In dem gestrigen Termin wurde nun festgestellt, daß außer dem Vertrauensmann Müller nur Arbeiter der Firma Garbath in der Versammlung anwesend waren, wenigstens hatte der Vertrauensmann vorher die Aufforderung ergeben lassen, daß etwaige nicht bei der Firma beschäftigte Arbeiter den Saal zu verlassen hätten. Ferner ist nur über die etwaige Beteiligung an der Arbeitsruhe gesprochen worden, Propagandareden wurden nicht gehalten. Auffallenberweise sagte der mitangeklagte Restaurateur Schüh bei seiner Vernehmung aus, er mache immer von jeder auch nicht anmeldepflichtigen Werkstattsbesprechung, die bei ihm abgehalten werde, der Polizei Mitteilung. Der Reviervorstand habe den Wunsch nach derartigen Mitteilungen ihm gegenüber seinerzeit geäußert, und so sei er den diesbezüglichen Wünschen der Polizei auch stets prompt nachgekommen! Polizeileutnant Wolter als Zeuge bestätigte diese Aussage und gab der Meinung Ausdruck, daß Herr Schüh eigentlich zu Unrecht angeklagt sei, weil dieser der Polizei gegenüber stets bereitwillig seine Schuldigkeit getan habe. Auch der Staatsanwalt hielt ein Vergehen des Angeklagten Schüh nicht für vorliegend, beantragte aber die Beurteilung der beiden anderen Angeklagten, denn die Erörterung der Kaiserfeier sei zweifellos eine öffentliche Angelegenheit. Wenn sich hunderte oder tausende von Arbeitern einer Fabrik darüber besprechen, ob sie durch Arbeitsruhe an der Kaiserfeier teilnehmen wollen, so habe das doch sicher eine Einwirkung auf die Öffentlichkeit zur Folge, denn alles, was eine größere Masse von Fabrikarbeitern angehe, wirke auf die Öffentlichkeit. Rechtsanwalt Dr. Heinemann, der Verteidiger der Angeklagten, bemerkte demgegenüber u. a., wenn man sich dieser unhaltbaren Deduktion des Staatsanwalts anschließen wolle, dann sei es auch eine öffentliche Angelegenheit, wenn ein Fabrikant sich mit seinem Direktor im stillen Kontor über eine vorzunehmende Lohnreduktion schlüssig werde. Das würde dann schließlich mindestens in demselben Maße auf die Öffentlichkeit. Folglich müßte dann auch eine derartige Besprechung zweier Fabrikleiter polizeilich angemeldet und überwacht werden. — Nach kurzer Beratung schloß sich das Gericht den rechtlichen Ausführungen des Verteidigers an und erkannte in Anlehnung an die erstinstanzliche Urteilsbegründung auf Freisprechung aller drei Angeklagten.

Ein überaus trauriges Bild einer Ehe entrollte eine Verhandlung, die gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Hellwig das Schwurgericht am Landgericht II beschäftigte. Wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange mußte sich der 27jährige Oberkellner Artur Möbius aus Magdeburg vor den Geschworenen verantworten. Die Anklagebehörde vertat Staatsanwaltschaftsrat Mundry, die Verteidigung führte Rechtsanwaltschaft Dr. Werhauer. — Der am 22. Januar 1881 zu Magdeburg geborene Angeklagte wurde beschuldigt, in der Nacht zum 27. Mai d. J. gegen drei Uhr morgens in der Wülfersstraße seine Ehefrau Auguste W. geb. Franke mittelst eines Messers derartig mißhandelt zu haben, daß diese an den Folgen der Verletzungen verstarb. — Der schon verschiedentlich vorbestrafte Angeklagte, welcher in einem größeren Etablissement in Magdeburg tätig war, lernte Ende des Jahres 1902 in seinem Geburtsort seine spätere Ehefrau kennen, die damals Kellnerin war. Im März 1904 heiratete er. Die erste Zeit der Ehe verlief verhältnismäßig glücklich, wenn auch der junge Ehemann bald erkannte, daß eine gewisse leichtsinnige Veranlagung bei seiner Frau vorhanden war. Als dann die Frau W. auch noch mit dem Wirtschaftsgeld leichtsinnig umging und einem jungen Bautechniker wiederholt Geldbeträge zustellte, kam es das erste Mal zu Streit. Frau W. verließ schließlich die Wohnung und nahm eine Stellung als Büfett-dame an. Auf Veranlassung des Angeklagten kehrte sie jedoch nach kurzer Zeit zurück. Dieser Vorgang wiederholte sich mehrere Male und immer wieder holte W. die leichtsinnige Jurid. Erst Anfang dieses Jahres kam es zu einem erneuten Zerwürf. Ende Januar hatte W. eine zehntägige Gefängnisstrafe verbüßt. Nach seiner Entlassung erfuhr er, daß seine Ehefrau mit jenem Bautechniker, während er im Gefängnis saß, im „Krisstallpalast“ in Magdeburg gewesen war und sich dort in einer Loge sehr zärtlich benommen hatte. Um eine gewisse Kontrolle über seine Ehefrau zu haben, vermietete W. ein Zimmer seiner Wohnung an den Kellner Richard Fein, den er im Gefängnis gesprochen hatte und mit dem er schon lange Zeit befreundet war. Schon nach wenigen Wochen mußte der Angeklagte die Entdeckung machen, daß er in der Person

des Heinh den Hof zum Gärtner gefeiert hatte. Das Verhältnis zwischen den Eheleuten gestaltete sich immer trüber. Am 5. Mai dieses Jahres kam M. unerwartet in seine Wohnung und fand hier seine Ehefrau in einer ziemlich bedrückenden Situation. Am demselben Abend noch war Frau M. spurlos verschwunden. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß die Flucht unter Beihilfe des Heinh von Statten gegangen war. Einige Tage später war auch S. nach einem vorausgegangenen Wortwechsel mit dem Angeklagten verschwunden. Am 21. Mai erhielt M. aus Berlin eine Karte, in welcher er von seiner Ehefrau aufgefordert wurde, sie zu besuchen, „falls er sie noch etwas lieb hätte“. Der Angeklagte schrieb ihr zurück, daß er ihr trotz der letzten Ereignisse verzeihe und sie sehr schuldig erwarte. Es kam zu einer längeren Korrespondenz, durch welche M. schließlich zu der Ueberzeugung kam, daß seine Frau mit ihrem Liebhaber Heinh in Berlin zusammenlebe. Am 26. Mai fuhr der Angeklagte, ohne seine Ankunft anzumelden, nach Berlin und erfuhr hier in der Wohnung seiner Ehefrau in der Blücherstraße, daß diese in einem Lokal in der Blumenstraße als Kellnerin tätig sei. Er wartete zunächst in dem im Hause befindlichen Restaurant bis 1 Uhr nachts und ging dann auf der anderen Straßenseite auf und ab. Gegen 3 Uhr morgens endlich erschien Frau M. Arm in Arm mit Heinh und beide etwas angeheitert. Der Angeklagte trat auf sie zu und forderte die Treulose auf, mit ihm nach Magdeburg zurück zu kommen, da ihre alte Mutter schwer krank liege. Die „liebvolle“ Gattin hatte nur höhnische Redensarten für ihn übrig, während sie von ihrem Begleiter mit den Worten: „Loh doch den Strolch laufen“ am Arme weitergezogen wurde. Als der Angeklagte hierbei bemerkte, daß Heinh verschiedene Ringe am Finger trug, die er (Möbius) seiner Frau zum Geschenk gemacht hatte, überkam den Betrogenen eine fürchterliche Wut. In einem Moment der höchsten feilschen Erregung zog M. sein Taschenmesser heraus, stürzte sich mit einem Aufschrei auf seine Frau und stach blindlings auf sie ein. Im nächsten Augenblick wälzte sich die Getroffene in ihrem Blute, ehe jemand dazwischen springen konnte. Als ein Schuhmann erschien, ließ er sich willenlos abführen. Die schwerverletzte Frau wurde sofort in das Krankenhaus am Urban geschafft. Hier verstarb sie am 4. Juli, da sich durch die Stiche in den Hals eine eitrige Perforation der Lunge herausgestellt hatte, die dann durch Einschnelzung der Blutgefäße zum Tode durch Verblutung führte. — Vor Gericht war der Angeklagte der Tat geständig. Ihn habe infolge der ganzen traurigen Vorgänge mit seiner Frau, die er leidenschaftlich geliebt habe, eine unbeherrschbare Wut gepackt, als er sie an jenem Abend mit ihrem Liebhaber sah und von diesem noch schwer beleidigt wurde. — Staatsanwaltschaftsrat Mundry trat selbst für Jubiligung mildernder Umstände ein, da man die Tat vom menschlichen Standpunkt erheblich milder beurteilen müsse. Dem auf Schuldig lautenden Wahrspruch der Geschworenen gemäß beantragte der Vertreter der Anklagebehörde eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren. Der Gerichtshof erkannte auch nur auf 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von noch drei Monaten der Untersuchungshaft. Der Angeklagte erklärte, die Strafe sofort antreten zu wollen.

Es gibt noch Richter in Preußen. Wegen Bedrohung und Beleidigung hatten sich vor einigen Tagen zwei Maurer aus Remel vor dem Remeler Schöffengericht zu verantworten. Im Frühjahr dieses Jahres befanden sich die Maurer in Remel in einem heftigen Lohnkampfe. Am 4. Juni sollen die Angeklagten drei Arbeitswillige aus Vommelsvitz mit „Loislag bedroht“ und durch die Worte: „Geldfüßler“, Streikbrecher usw. beleidigt haben. Die beiden Angeklagten bestritten jede Schuld. Die Arbeitswilligen bekundeten als Zeugen, daß sie von einer Bedrohung nichts wußten. Nur durch den Ausdruck: „Geldfüßler“ fühlten sie sich beleidigt. Der Staatsanwalt hatte sich wohl beraten gefühlt, „im öffentlichen Interesse“ Anklage zu erheben, doch der Amtsanwalt erklärte das ganze Vorkommnis als eine „lächerliche Kinderei“. Der Amtsrichter stimmte ihm bei

und die beiden Sünder kamen mit je fünf Mark Geldstrafe hinweg. Ein Glück, daß die Angeklagten nicht in Königsberg, Breslau, Magdeburg auf der Anklagebank standen, sonst wären sie wahrscheinlich zu harten Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Vermischtes.

Ueber ein entschliches Grubenunglück wird aus Herne, den 27. September berichtet: Auf der zur Harpener Bergbaugesellschaft gehörigen Zeche „Julia“ in Vaulau ereignete sich ein entschliches Unglück. Am Montag, den 24. d. M. brach im Schacht ein Pfeiler. Infolgedessen stürzten bedeutende Kohlenmassen hernieder und schütteten dem vor Ort befindlichen Bergmann Johann Walschewski aus Holsterhausen den Rückweg ab. Das Rettungswerk wurde sofort aufgenommen. Unter Leitung des Grubenverwalters und Betriebsführers Schmitz begannen vierzig Kameraden des Verschütteten mit der Wegräumung der Kohlenmassen. Sie wurden in ihrem aufopferungsvollen Werk ermuntert durch Klopfen und Rufen Walschewskis. Tag und Nacht wurde ununterbrochen eine fast übermenschliche Arbeit geleistet. Leider hat diese Arbeit nicht den erhofften Erfolg gehabt. Gestern abend waren noch Lebenszeichen des Verschütteten zu vernehmen; dann hörte man plötzlich nichts mehr. Als man heute früh gegen 8 Uhr auf Walschewski stieß, fand man ihn bereits als Leiche. Er hatte einen Schädelbruch und andere Verletzungen erlitten, die offenbar seinen Tod herbeigeführt hatten. Der auf so tragische Weise ums Leben gekommene hinterläßt eine Witwe und fünf Kinder. Das jüngste Kind war ihm vor zehn Tagen geboren worden.

Ueber Unwetter, dessen Ausläufer auch in Algier Verheerungen angerichtet haben, wird in folgenden Telegrammen gemeldet:

Madrid, 28. September. Ueber die Katastrophe in Santomera laufen zahlreiche, jähredliche Einzelheiten ein. Ganze Familien sind umgekommen, andere obdachlos. Zahlreiche Häuser drohen einzustürzen. Ein ganzes Viertel liegt bereits in Trümmern. Auch aus den Provinzen Valencia, Castellon und Cuenca laufen Hochposten ein.

Algier, 28. September. Ein heftiger Zyklon verheerte Remours; er vernichtete die Gärten und zerstörte zahlreiche Gebäude, darunter mehrere der Militärverwaltung gehörende. Der angerichtete Schaden ist sehr beträchtlich. Soweit bisher bekannt wurde, sind drei Personen umgekommen, doch befürchtet man, daß die Zahl der Verunglückten eine höhere ist.

Die schweren Stürme im Süden der Vereinigten Staaten von Nordamerika geben zu den ernstesten Befürchtungen für die Sicherheit der Stadt New Orleans Anlaß. Die Drahtverbindungen sind zerstört. Der Sturm treibt mit fürchterlicher Gewalt mächtige Wassermassen aus.

Lissabon, 27. September. Aus ganz Portugal, besonders aus den Bergen bei Cintra, werden heftige Stürme gemeldet, die bedeutenden Schaden anrichteten.

New York, 28. September. Aus New Orleans wird über die Ueberschwemmungen noch berichtet, daß zahlreiche Opfer zu verzeichnen sind. Die Eisenbahn nach Louisville ist in der Nähe des Katharinensees gänzlich unter Wasser gesetzt. Viele Eisenbahnbrücken sind weggerissen. Der Pontchartrainssee hat meilenweite Strecken überschwemmt.

Pensacola (Florida), 28. September. Durch den Sturm sind hier alle Häuser beschädigt; bei vielen wurde das Dach fortgerissen. Die Küste ist besät mit Trümmern der Landungsabämme und Schiffe. Mehrere Dampfer sowie zahlreiche Segelschiffe wurden von der Flut weit aufs Land getrieben und liegen jetzt auf dem Trocknen in den Strohen. Der in Pensacola und Umgegend angerichtete Schaden beträgt mehr als zwei Millionen Dollar. Der Getreideelevators und der Landungsabamm der Louisville-Knoxville-Eisenbahn sind stark beschädigt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 30. September, vormittags 10 Uhr, in Kellers Festsaal, Köpenicker Str. 29: Feier der Jugendaufnahme. Festrede des Herrn Dr. Bruno Wille. Gäste willkommen. Nach Beginn der Feier kein Zutritt mehr.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (E. S. 29, Hamburg.) Illale Baumjulenweg. Heute abend 8 1/2 Uhr im Restaurant B. Klein-Schwager, Baumjulenstr. 67: Mitgliederversammlung.

Sozialdemokratischer Kreis- und Distriktsklub „Freie Zusammenkunft“. Heute abend 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 16: Sitzung. Vortrag.

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Nordbr.-Prin. Sonntag, den 30. September 1906, nachmittags 2 Uhr, im Lokal des Herrn Volkmer, Hermann- und Pfaffenstraßen-Ecke: Vereinsversammlung.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Weizen Ia 71-76 pr. 100 Pfd., IIa 65-70, IIIa 60-64, IVa 54-58. Roggen Ia 105-115, IIa 84-90, IIIa 74-83, IVa 64-73, holl. 0,00. Gerste Ia 77-82, IIa 67-76. Schweinefleisch 67-74. Rindfleisch Ia per Pfd. 0,80-1,07, IIa 0,40-0,75, Rotwülst Ia 0,45-0,58, IIa 0,30-0,40. Damwoll 0,43-0,60. Wollschmeine per Pfund 0,21-0,56. Frischlinge 0,40-0,66. Rindfleisch per Stück 0,90-1,05. Widderfleisch per Stück 1,25-1,50. Rehämmer, junge Ia 1,20-1,40, junge IIa 0,80-1,18, alte 0,80-0,92, junge Heine 0,50-0,70. Fühner, alte per Stück 1,50-2,50, alte IIa 1,20-1,40, junge per Stück 0,70-1,35. Lenden, junge per Stück 0,40-0,53, alte 0,00. Enten, junge per Stück 1,75-2,60, alte per Stück 0,00. Hamburger, junge per Stück 3,00. Gänse, Ia per Pfund 0,53-0,65, IIa 0,40-0,50. Hamburger, junge 0,65, Ia per Stück 3,00-4,40, IIa 1,30-2,90. Voullets per Stück 0,80-1,45, da. Heine 0,70. Hechte per 100 Pfd. 76-98. Zander 78. Mandl 00-00. Schlei 115-134. Bleis 50-62. Kafe, groß 88-89, mittel 79-83, klein mittel 60-60, unsortiert 63-70. Rüben, matt 00,00. Karpfen, 30er 0,00, 25er Galtzer 89-90, 60er Kaiser 79-84, 40er Schleißche 00-00. Barje, matt 67, klein 00-00. Raraischen 71-72. da. klein 0,00. Weis 0,00. Bunte Röhre 54-60, matt 0,00. Amerikanischer Zacks Ia neuer per 100 Pfd. 110-120, da. IIa neuer 90-100, da. IIIa neuer 75. Sprossen, Kieler, Ball 0,75-1,50, Danziger, Ball 0,50-0,80. Hühner, pommerische Ia, per Schock 9,00, da. pommerische IIa 2-4, Kieler, Silesie Ia 4-6, da. mittel per Röhre 2-3, da. klein per Röhre 0,00. Wädlings, per Ball Kieler 1-3, Straßburger 2,00-3,50. Kafe, groß per Pfd. 1,10-1,50, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60. Heringe per Schock 4-5. Schellfische Röhre 3,00, da. 1/2 Röhre 2. Röhre, per 100 Pfd. 20. Delfin 00. Sardellen, 100er per Anker 95, 1904er 95, 1905er 90, 1906er 70. Schottische Vöhringe 1905 0,00, large 40-44, fall 36-38, mod. 35-42, deutsche 37-44. Heringe, neue Rattes, per 1/2, Ia. 60-120. Sardinen, russ. Sah 1,50-1,60. Brauerlinge, Böhle (4 Eier) 1,50-1,75. Remaugen, Sah 11, kleine 5-6, Kieler 14. Quammern, kleine, per Pfd. 0,00-0,00. Krebse, per Schock, große 11, mittel 8, kleine 2,50-3,50, unsort. 6. Galtzer, groß 0,00, mittel 0,00. Eier, Land, per Schock 3,50-4,50. Butter per 100 Pfd. Ia 124-126, IIa 118-120, IIIa 112-116, abfallende 95-110. Saure Gurken Schock 3,50-4,00. Pfeffergurken 3,50-4,00. Kartoffeln per 100 Pfund magnum bonum 2-2,25, Daberste 2-2,25, Rosen 1,50-1,75, weisse 1,75-2,00, Salzkartoffeln 4,00-5,00. Spinat per 100 Pfd. 5,00-10,00. Karotten per Schockbund 2,00-3,00. Sellerie, fleische, per Schock 1,50-6,00, da. pommerische 4-6,00. Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,25-4,50, da. kleine 2,75-3,25, da. fleische (Berl.) 30-50. Charlotten 50-60. Petersilie, grün, Schock 1,25. Kohlrabi per Schock 0,75-1,00. Rettig, bayr., pr. Schock 2,40-4,80. Radieschen per Schock 0,60-0,80. Salat, pr. Schock 1,50-1,75. Bohnen, grüne, per 100 Pfund 8-12. Backbohnen 8-15. Schoten per 100 Pfund 00-60. Pfefferlinge pr. 100 Pfd. 10-18. Mohrrüben pr. 100 Pfd. 2-3. Letzter Rüben pr. 100 Pfd. 8-12. Blumenkohl pr. Mandel 1,50-2,50, da. Grunter, Kopf 0,22-0,25. Spargelkohl pr. Schock 4,00-7,00. Rotkohl pr. Schock 3,00-7,00. Weiskohl pr. Schock 2,00-5,00. Rosenkohl pr. 100 Pfd. 30-35. Stimpfler pr. 100 Pfd. 40-60. Gurken, Perster, Schock 0,00, da. Einlege, Schock 1,50-3,00, da. Rothenerger 1,50-2,00, da. Regnier 0,00, da. Einlege (Sens) 8-18. Kohlrüben, Schock 3-4,00. Tomaten, fleische 100 Pfd. 10-15. Kürbis 2-3. Birnen, ital. der 100 Pfd. 0,00, fleische 3-16, Zivoler 20-35, böhmische 4-16. Äpfel, per 100 Pfd. fleische 5-15, Gravensteiner 12-18, Zivoler 15-30, Zivoler in Büssen 14-23. Preiselbeeren 0,00, schwedische 17-24. Bohnen, per Schock 1,00-1,50. Pfäumen, per 100 Pfd. fleische 2-3. Bohnen, große 9-13. Zitronen, Messina 300 Stück 19,00-22,00, 360 Stück 12,50-22,00, 200 Stück 0,00, 420 Stück, klein 12,00-15,00, 500 Stück, klein 13-15. Pfirsiche, Werderfleiche per 100 Pfd. 10-35, Zivoler 40-50.

Adreßbuch

für

Berlin und seine Vororte

1907.

Die Hauslisten für den Jahrgang 1907 sind nunmehr den Herren Hauseigentümern bzw. Verwaltern zur Weitergabe an die verehrlichen Haushaltungsvorstände zugegangen. Die letzteren werden hiermit gebeten, die erforderlichen Angaben recht genau und deutlich in die Hauslisten einzutragen und diese so schnell wie möglich weiterzugeben. Selbstständige Gewerbetreibende, denen eine besondere Eintragungskarte für ihr Gewerbe nicht zugestellt ist, mögen vor allem auf sorgfältige Ausfüllung der einzelnen Rubriken in der Hausliste achten, weil diese nunmehr als Grundlage für die Aufnahme im Gewerbenachweis benutzt wird. Da die

Abholung der Hauslisten Dienstag, den 2. Oktober,

beginnt, so richte ich an diejenigen Haushaltungsvorstände in Berlin, denen die Hauslisten bisher noch nicht vorgelegt wurden, das Ersuchen, bei ihren Herren Hauseigentümern oder Verwaltern wegen der Liste Nachfrage zu halten und für die schleunige Eintragung der erforderlichen Angaben Sorge zu tragen oder mir diese unverzüglich direkt zugehen zu lassen.

Im Hinblick darauf, daß die Bewohner der Reichshauptstadt das größte Interesse an einem vollkommenen und zuverlässigen Adreßbuch haben, darf ich wohl erwarten, daß alle Einwohner durch recht genaue Ausfüllung der Hauslisten und durch deren schleunige Weitergabe die mühevolle und kostspielige Zusammenstellung des Adreßbuchs unterstützen werden.

Berlin, den 28. September 1906.

SW. 68, Zimmerstr. 37-41.

August Scherl.

Warenhaus J. Hirschweh

Frankfurter Allee 191/192
Ecke Kronprinzenstraße, am Ringbahnhof.

Wrangelstraße 53
Ecke Falckensteinstraße.

Geschenk = Woche.

Von Sonnabend, den 29. September, nachmittags 4 Uhr, bis inkl. Montag, den 8. Oktober cr., erhält jeder Kunde beim Einkauf von **2 Mark** an ein praktisches **Geschenk** nach eigener Wahl im Werte von zirka

5% des Einkaufsbetrages.

Sämtliche Geschenkartikel sind im **Parterrelokal** übersichtlich zur Ansicht ausgestellt. — Trotz dieser großen Vergünstigung gewähren auf fast alle Waren

noch 5% Rabatt!

Um der geehrten Kundschaft bei ihren Einkäufen in jeder Weise gerecht werden zu können, bitten wir höflichst, des großen Andranges wegen die **Vormittagsstunden** zu wählen.

Altes Schützenhaus,
empfehltes
Säle.
November sind Sonnabende frei.

Weidenweg 12 1 Raden m. Bohn. 75 R. u. H. Bohn. frei durch Tröllsch I.
Reederei Nobiling.
Morgen Sonntag
Berliner Schweiz, Gosener.
9 Uhr früh 1 m. Musik
2 1/2 m. Mittag nach der
Dort: Konzert u. Tanz; abends: Höhenfeste u. Alpenkühn a. d. Bergen.
Abfahrtsstelle: Restaurant Schultheiß, Jannowitzbrücke.
Preis: Hin und zurück 60 Pf. Kinder 30 Pf.

Kaffeepreise steigen!
Wer sich für die Preisbewegungen an den Produktmärkten interessiert, verlange Proestlers Broschüre: „Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft“. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. Vollständige Ausgabe M. 2.—, Teil- und Volksausgabe 60 Pf.

Dr. Schönemann
Spezial-Arzt für 21032*
Haut- und Hautleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.
Vorneo/Decksblatt, hell, p. 9 Pf.
3,50 R. Berlin N., Brunnenstr. 190

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlusstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattradem Inlett, 10,50, Plandische Andreadstraße achtunddreißig. 17748
Kotiro-gelbes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreadstraße achtunddreißig, Plandische.
Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00, Großes Laten 1,00, Lehmann Andreadstraße achtunddreißig, Elektrische nach Bedarf.
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 2, portiere. 11
Bettlagerer, Gardinenverkauf, Steppdecken, Spottbillig Plandische Haus Weidenweg neunzehn. 141
Bauernbetten, Garderobenlagen, Ausstreuerröcke, Spottbillig Weidenweg neunzehn. 141
Braubetten, Bettmatten, Gardinenverkauf, Kissen, Teppichlager, Kammernregler, Weidenweg neunzehn. 141
Bettverkauf, Wandbuden, Tischdecken, Ufferten, Festgeschirre, Plandische Haus Weidenweg neunzehn. 142
Teppiche! (Jederbaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Dörfelstr. Markt 4, Bahnhof Börse. 266/14
Steppdecken Spottbillig Große Frankfurterstraße 60. 18428
Kinderwagen, Kinderbettchen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt Spottbillig, Schneider, Karlsruherstraße 172. 9625
Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00, Holz, Blumenstraße 36b. 18148
Geschäftsreibrad, ähnelst Radli, 50,00, Holz, Blumenstraße 36b.
Steppdecken billig Herbst Große Frankfurterstraße 9, portiere. 71
Herberten, Stand 10,50, große 16,00, Gardinen, Böden, Uhren, Teppiche, Decken, Garderobe, Goldschmuck, Spottbillig, Plandische Haus Karlsruherplatz 7. 18778
Frischwinger, elegante, 11,00, Betten billig Gubenerstraße 3, Plandische. 146
Nähmaschinen! Jede bis 15,00, mer Teilzahlung läuft oder nachweis. Sämtliche Systeme, Postkarte, Brauer, Tischstraße 60. 146
Monatdanze und Winterpaletts von 5,00, Noppen von 4,50 an, Hosen von 1,50 an, Bekleidungsstücke von 12,00 an, Brods von 2,50 an, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namend billigen Preisen, aus Plandische verkaufte Sachen laufen man am billigsten bei Rich, Plandische 14. 15628
Betten, Kissen Stand, 12,00, Langstraße 53 IV. 146
Krautstraße 50, Brautleute kaufen Möbel, Spiegel, Volkswaren Spottbillig, Snafelds Möbelgeschäft, kein Laden. 16175
Destillation, Restauration, billig zu verkaufen, Röhres Röhrenstraße 3, Wengels. 146

Rechenrechner Herrenanzüge, Herrenpaletts aus feinsten Rohstoffen 18 bis 39,00, Hosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntag, Deutsches Verlagshaus, Jägerstraße 62, I.
Portierkassette Herrenanzüge und Paletts aus feinsten Rohstoffen 25-40 Mark, Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verlagshaus Germania, Unter den Linden 21, Kleine Alleen. 16658
Möbel, billig. An meiner seit 1880 bestehenden Möbelwerkstatt Guelternstraße 15, am Halleschen Tor, stehen viele Wohn- und Geschäftsmöbel, verleihten gemessene und neue Ausstattungen zu sehr billigen Preisen. Teilzahlung bei geringer Anzahlung gestattet. Besuchen ohne Anzahlung. Bei Lieferung gebühren Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochwertige 500 bis 1000 Mark. Besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verleihten gemessener Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 20, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Sprungfederunterlage 23, Kuschelstühle, Berlin 34, Kuschelstuhl 18, Säulenbureau 30, Tischchen 43, Pannschloß mit Sattelstücken 73, englische Plüschgarnitur 98, Kuschelbettstelle mit Matratze 38, Schreibtisch 25, geschmücktes Bett 115, englische Schlafzimmern, Speisezimmer, besonders preiswerte Salons. Gebrauchte Möbel werden kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Schenker geliefert. Musterbuch gratis. Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet.
Plüschsofa, billig. Pallasstraße 95, Bernalter. 16120
Monatdanze, Winterpaletts, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Karlsruher, nur Rosenhaldenstraße 10. Habe keine Ähnlern.
Gänge! Gänge! (Schneiderei), ähnelst billige Preise, sind zu verkaufen Samarkanderstraße 21, Bettfedern-Verkauf, Paul Hoff. 162/14
Teppiche mit Gardinen im Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, portiere. 11
Singermaschine, 8,00, verzugs halber Adenstraße 47 II. 163/4
Schlüsseln elegante Plüschsofa, Kuschelbetten, Sportreißer, Kissen, Hosenstränge 54, Garderobenschränke 38, Badzweileiten 21, Kuchentisch 27, Schlafsofa 38, Kuschelbettstelle, englische Schlafzimmern, Kammernregler, auch Teilzahlung, Transport frei. Poststraße 81.
Dame verkauft Kuschelbett 28 Mark, moderne Kammernregler, Kuschelstuhl 16, Bettstellen mit Federunterlage und Kissen 20, Kuchentisch 25, Badzweileiten, Kuschelstuhl, Schlafsofa 38, Kuschelbettstelle, englische Schlafzimmern, Kammernregler, auch Teilzahlung, Transport frei. Poststraße 81.
Dame verkauft Kuschelbett 28 Mark, moderne Kammernregler, Kuschelstuhl 16, Bettstellen mit Federunterlage und Kissen 20, Kuchentisch 25, Badzweileiten, Kuschelstuhl, Schlafsofa 38, Kuschelbettstelle, englische Schlafzimmern, Kammernregler, auch Teilzahlung, Transport frei. Poststraße 81.

Wärmungs-Kasseler! Gardinen, Stores, 10 Proz. Rabatt, Fenster 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,95, 3,85, 4,75, 5,75 ufm. Weidenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, nahe Koppentstraße.
Küchenschrank 2,15, 2,25, 2,45, 2,95, 3,25, 3,85, 4,50 ufm. Borzleischgarden, weiß, creme, rot und goldfarbig in allen Preislagen 10 Proz. Rabatt, Weidenbergs Teppichhaus.
Wärmungs-Kasseler! Kuschelsofa, Kuschelstühle und Reize für ganze Bezüge 15 Proz. Rabatt.
Japaner- und Perser-Teppiche, 2 Meter lang 3,85; 2,35 Meter lang 5,90. 18188
Große Kosten echte Plüschteppiche mit Kesseln, nur so lange Vorrat 10 Proz. Rabatt, Weidenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 18198
Wärmungs-Kasseler! Einen Posten Kuschelbetten 1,85, 1,95, 2,45, 2,95, 3,50, 4,35 ufm. 18208
Plüschbetten, wert das Doppelte! jetzt 6,85, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00 10 Proz. Rabatt. 18218
Steppdecken, nur so lange Vorrat 2,85, 3,50, 4,85, 6,85, 8,85. 18228
Tuch- und Wollwaren mit Duerbezug 3,85, 4,50, 5,00, 7,85, 9,50, 10,50 ufm. mit 10 Proz. Rabatt Weidenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, Hallestraße nahe Koppentstraße. 18238
Gebrauchte Schlafsofa 27,00, Grade urlich, Bettstellen Adalbertstraße 42, Möbelgeschäft. 16438
Schlüsseln Wohnraum eleganter Säulenbureau, Kuchenschrank, Spiegel, Kissen, billig verkauft Nagelsstraße 18b portiere recht. 16406
Bettstelle, Schrank, Doppelbett billig verkauft. Kroll, Brandenburgerstraße 59. 16355
Plüsch- und Tuchwaren rot, grün und blau, 10,75, 8,75, 6,50, 3,90 des Fensters, Teppichhaus Jodels, Rosenhaldenstraße 2, am Tor. 18818
Teppiche mit kleinen Kesseln, fast für die Hälfte, Teppichhaus Joseph, Rosenhaldenstraße 2, am Tor. 18828
Stores, Kissen, 20 Prozent Rabatt; Kuschelbetten über ein und zwei Betten, 2,15 und 3,90, Gardinenhaus Joseph, Rosenhaldenstraße 2, am Tor. 18838
Kleiderständer, Kuschelstühle, Spiegel, Regulator, fast neu, verkauft sofort Haupt, Adalbertstraße 6, Duergebäude III.
Quadratrate 10 Mark! 300 Hochwaldhölzchen, Eggersdorf-Strassberg, ein herrlicher, idyllischer Lustort, mitten im Walde, 5 Minuten vom Bahnhof, beste Anlage, nie wiederkehrend! Besuchen gratis! Verkäufer täglich am Terrain oder Bahnhof, auch Sonntags. Nur der bekannte billige Otto Jores, Pantion, Gubenerweg 10. 16455
Teppiche, Gardinen, Diamanten, Solokasse, Steppdecken, Kuschelsofa, Plüschbetten, Brautwägen, Spottbillig Gelegenheiten Potsdamerstraße 100, Fischer. 17458

Verschiedenes.
Achtung! Nieder! Sonntag, den 30. dieses Monats: Morgenstraße bei Krüger, Lydenstraße 8. 24332
Patentanwalt Geisel, Gubenerstraße 94a. 9275
Rixdorf, Druses Bettstühle, Knebelstraße 113, Restaurant, Gärten, Vereinszimmer, Parkfestsaal (600 Personen). Sonntags Ball. 1119
Plandische, Feinzeug 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 16678
Berliner! Saal, Vereinszimmer Sonnabende frei. (Weidner!) Kuchhaus, Annenstraße 16. 246/3
Platina, alte Goldschmuck, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Rehring, Staubgold, Brillanten, photographische Rückstände. Treffen laut Goldschmelze von Wrangelstraße 4, Telefon IV. 6958. 162/7
Kunstkopiererei von Frau Kofsky, Charlottenburg, Kochstraße 84, I.
Goldschmuck, Komiker, Gropland, Straße 6. 16256
Gesangsverein Sänger herbei! (sich) Kimmende Männer zur Vergrößerung des Vereins. Mittwoch 9 Uhr, Reichenderstraße 48, Restaurant Brattig. 15956
Zanderkäufer empfiehlt sich Berlin. Holz, Oppelnerstraße 41.
Küchenmöbel frecht billig Koppent, Friedenstraße 97. 16428
Für alle und neue Lumpen, Restall ufm. ufm. zahlst die höchsten Preise Hugo Bromberger, Skalitzerstraße 125, am Banisch Abstell. 16388
Tanzunterricht! Gruppe, Annenstraße 18, zweimonatliche Anfänger-Sonntagskurse, Herren 4,00, Damen 3,00 monatlich. Spezial Bojzenunterricht. 246/2

Vermietungen.
Zimmer.
Möbliertes Zimmer, 1 Herr, 14, vermietet Adol, Bienerstraße 106, I. Anfang vom III. 16378
Möbliertes zweifertiges Zimmer, zwei Herren, a 10 Mark, Wrangelstraße 115, vorn 3 Treppen recht. 16378
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle Engel, 10, vorn I. 1436

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgebracht. U. Glözer, Plandische Straße 27. 14695
Stellenangebote.
Automobilfahrer! Jedermann wird zu erstklassigem Chauffeur theoretisch und praktisch ausgebildet. Günstigste Erfolge! Autotechnikum „Berlin“, Spichernstraße 11/12.
Tischler, tüchtiger, auf alle Art- und Fensterarbeiten eingearbeitet, Paul Köhler, Dreißigwälderstraße 100.
Ein Schleifer und Polierer auf Maschinenarbeit verlangt, H. Bernert, Charlottenburg, Wielandstraße 42, Savignyplatz. 16288
Radfahrer mit eigenem Fahrrad, welche 50 Mark Kaution stellen können, finden dauernde Stellung. Arbeitszeit: morgens 5-11 Uhr, nachmittags 3 1/2-7 Uhr. Meldungen Schützenstraße 24. 163/1
Gründerer verlangt Goldblechfabrik Rixdorf, Plandische 18. 16466
Tüchtige Arbeiter für Möbeltransporte werden gesucht. Montag früh 1/2 Uhr melden. Gustav Brode u. Co., Köpenickerstraße 127. 16395
Wahrgeldner verlangt Otto Dredow, Reimsendorferstraße 94. 148
Vader verlangt Goldblechfabrik Plandische 63. 146
Aufwartefrau Plandische 24, Laden. 162/2
Väterin verlangt Ziegler, Boedstraße 25. 16495
Warenfrauen finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung Brinzenstraße 41. 162/19
Warenfrauen finden sofort sehr lohnende Beschäftigung Savourenstraße 20. 162/20
Köpenick, Frau zum Ausfragen des „Vorwärts“ sofort verlangt. Meldung in der Parteipedition Arch. Holz, Grünstraße 11. 16878
Kartondruckerin im und außer dem Hause gesucht. Kartondruckerei Neue Wrangelstraße 32. 16346
Warenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung (Tour Plandische). Meldungen Schützenstraße 22. 162/2

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
Ein tüchtiger selbständiger Klempner bei hohem Lohn gesucht. Reize wird vergütet. 275/5
Giolina & Hahn, Mannheim N. 2. 9.

Flotten Dreher
auf Holzstraßen sucht E. Uhlmann, Eisenbahnstr. 15.
Achtung! Achtung!
Schildermaler!
Sämtliche Firmen der Schilderbranche, welche nicht bewilligt haben, sind für alle Stellen **geipert!** Kollegen! Laßt Euch nur durch den Arbeitsnachweis, Plandische Straße 36, Amt IV, 4475, vermitteln.
Die Verwaltung.

Achtung!
Rahmenmacher, Tischler, Polierer, Vergolder, Buchbinder u. Hilfsarbeiter.
Die Arbeiter der Photographierahmenfabrik Priemer, Merandinerstraße, befinden sich im Streik. Zugang ist ferngehalten. 92/17
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Klavierarbeiter!
In der Pianofabrik von Bell & Co., Androssstr. 32, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. 141/16
Zugang ist ferngehalten.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kürschner!
Der Verein selbständiger Kürschner (Pelzbranche) hat über die Firma **Joka u. Co.** die Zwerre verhängt. Wir ersuchen die selbständigen Kürschner, sich streng an den Beschluß zu halten. 103/2
Der Vorstand.
Die Fabrik Berlin des Deutschen Kürschnerverbandes erlucht die Mitglieder, diese Beschlüsse streng zu meiden, da selbige ebenfalls die Zwerre verhängt hat über die Firma. **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Steinarbeiter!
Sämtliche Bauten des Baumeisters Backofen, Potsdamer Platz 3, sind gesperrt. 190/8
Ehe die Differenzen erledigt sind, darf dort keine Arbeit angenommen werden. **Die Ortsverwaltung.**